



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

STATISTIKEN

Daten & Analysen

Die Quartalspublikation *Statistiken – Daten & Analysen* fokussiert ihre Berichte auf die österreichischen Finanzinstitutionen, Finanzströme und Außenwirtschaft.

**Medieninhaberin und
Herausgeberin**

Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
statistik.hotline@oenb.at
Tel. (+43-1) 40420-5555
Fax (+43-1) 40420-04-5499

Schriftleitung

Johannes Turner, Gerhard Winkler, Michael Pfeiffer

Koordination

Patrick Thienel

Redaktion

Marc Bittner

Grafische Gestaltung

Abteilung Informationsmanagement und Services

Layout und Satz

Jonas Jakobuff, Andreas Kulleschitz, Melanie Schuhmacher, Michael Thüringer

Druck und Herstellung

Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien

DVR 0031577

ISSN 2310-5364 (Online)

© Oesterreichische Nationalbank, 2019. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.

Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling.

EU Ecolabel: AT/028/024



Inhalt

Editorial

Kurzberichte

Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der Kreditinstitute zum 31. Dezember 2018	9
<i>Paul Ehrlich, Norbert Ernst</i>	

Finanzverhalten des privaten Sektors 2018	11
<i>Erza Aruqaj, Stefan Wiesinger</i>	

Analysen

Executive Summaries/Übersicht	17
-------------------------------	----

Bautätigkeit treibt Kreditwachstum bei Unternehmen und Privaten	20
<i>Martin Bartmann, Klaus Formanek, Patrick Thienel</i>	

Entwicklung des liquiden Finanzvermögens der österreichischen Haushalte im Börsenjahr 2018	27
<i>Bianca Ullly, Jun Chao Zhan</i>	

Unternehmen fragen etwas weniger Kredite nach	40
<i>Gerald Hubmann</i>	

Entwicklung der Insolvenzen in Österreich im Jahr 2018	53
<i>Elizabeth Bachmann</i>	

Österreichs Zahlungsbilanz im Jahr 2018	58
<i>Erza Aruqaj, Thomas Cernohous, Bianca Ullly, Jacob Wagner, Stefan Wiesinger</i>	

Bestimmungsfaktoren des grenzüberschreitenden Dienstleistungshandels 2016	73
<i>Jacob Wagner</i>	

Public acceptance of the euro in Austria over time	81
<i>Elisabeth Ulbrich</i>	

Daten

Tabellenübersicht

1 Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	95
2 Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	96
3 Kundenzinssätze – Neugeschäft	97
4 Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	98
5 Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors gemäß Teil 2 und 3 CRR	99
6 Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	100
7 Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	101
8 Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt	102
9 Sonstige Finanzintermediäre	103
10 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	104
11 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	105
12 Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	106
13 Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	107
14 Direktinvestitionen	108

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

In der vorliegenden Ausgabe der statistischen Quartalspublikation der Oesterreichischen Nationalbank, „Statistiken – Daten & Analysen“, finden Sie wie gewohnt Beiträge zu ausgewählten Themen der Finanzstatistik.

Im einleitenden Analyseartikel beschäftigen sich Martin Bartmann, Klaus Formanek und Patrick Thienel in gewohnter Weise mit den wichtigsten Entwicklungen bei den österreichischen Finanzinstituten. Sie beleuchten – im Rückblick auf die OeNB-Pressekonferenz vom 4. April 2019 – die Entwicklung der letzten zehn Jahre, mit Fokus auf das Jahr 2018. So stieg vor dem Hintergrund eines positiven wirtschaftlichen Umfelds das Kreditvolumen inländischer Unternehmen und privater Haushalte deutlich an. In beiden Fällen waren es insbesondere Investitionen in den Wohnbau, die das Kreditwachstum stark positiv beeinflussten. Gleichzeitig waren in Österreich erstmals Fälle von negativen Einlagenzinssätzen bei sehr hohen Unternehmenseinlagen zu beobachten.

Bianca Ully und Jun Chao Zhan konzentrieren sich in ihrer Analyse auf die Entwicklung des liquiden Finanzvermögens (Bankeinlagen, Aktien, verzinsliche Wertpapiere sowie Investmentfondsanteile) der österreichischen Haushalte im Börsenjahr 2018. Sie kamen zum Ergebnis, dass die Haushalte in Folge der Kursverluste im vierten Quartal 2018 einen negativen Preiseffekt in Höhe von 6,8 Mrd EUR auf ihre direkt gehaltenen Wertpapiere erlitten. Diese Verluste dürften aber nicht unmittelbar realisiert worden sein, da die Verkäufe in Relation zu den hohen Buchverlusten sehr gering ausfielen.

Wie gewohnt werden Ihnen die aktuellsten Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft von Gerald Hubmann präsentiert. Es werden sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite der Kreditvergabe sowie die Refinanzierungssituation analysiert. Der Autor kommt zum Schluss, dass die befragten Banken annehmen, dass Unternehmen 2019 erstmals geringfügig weniger Kredite nachfragen.

Der Beitrag von Elizabeth Bachmann untersucht die Entwicklung der Insolvenzen in Österreich im Jahr 2018. Gemäß den der OeNB vorliegenden Datenquellen stiegen die Insolvenzen um 0,9%. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Anzahl jener Neu-Insolvenzen, die über große Kreditengagements verfügen und somit im Zentralkreditregister (ZKR) erfasst werden, zwar rückläufig ist, allerdings ein Anstieg des betroffenen ZKR-Volumens zu beobachten ist.

Erza Aruqaj, Thomas Cernohous, Bianca Ully, Jacob Wagner und Stefan Wiesinger geben in ihrer Analyse einen Überblick über die Entwicklung der österreichischen Zahlungsbilanz im Jahr 2018. Diese ergab, dass sich Österreichs Außenwirtschaft vor dem Hintergrund von Handelskonflikten zwischen den USA und China, US-Strafzöllen auf europäische Stahlimporte, Fed-Zinserhöhungen, einem Kursanstieg des USD sowie Verhandlungen zum Brexit mit einem Leistungsbilanzsaldo von +9,0 Mrd EUR stabil positiv entwickelte. Die Stützen dafür waren der grenzüberschreitende Güterverkehr sowie einmal mehr der Reiseverkehr.

Jacob Wagner fokussiert in seinem Beitrag auf die Bestimmungsfaktoren des grenzüberschreitenden Dienstleistungshandels im Jahr 2016. Es zeigt sich, dass noch immer wenige große internationale Firmen die treibende Kraft im grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel sind.

Elisabeth Ulbrich analysiert die Entwicklung der öffentlichen Unterstützung für den Euro in Österreich auf der Grundlage von OeNB-Barometer-Umfragen. Sie stellt fest, dass die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem Euro von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich und der Eurozone abhängt. Weiters besteht eine starke Korrelation zwischen der Einstel-

lung der Befragten zum Euro und zur Europäischen Union. Insgesamt gaben 88 % der Befragten an, mehrere Vorteile aus dem Euro gezogen zu haben.

Zwei Kurzberichte sowie eine Kurzauswahl von 14 Tabellen ergänzen das vorliegende Heft. Auf unserer Website steht Ihnen unter <http://statistik.oenb.at> ein umfassendes Datenangebot zur Verfügung. In diesem Zusammenhang möchten wir Sie auf folgende Links aufmerksam machen:

Standardisierte Tabellen: <http://www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html>

Benutzerdefinierte Tabellen:

<http://www.oenb.at/isaweb/dynal.do?lang=DE&go=initHierarchie>

Veröffentlichungskalender: <http://www.oenb.at/isaweb/releasehierarchie.do?lang=DE>

Seit 2011 steht Ihnen das umfangreiche OeNB-Statistikangebot für Smartphones und Tablets kostenlos mobil nutzbar zur Verfügung. Die App wird auf der OeNB-Website unter <http://app.oenb.at> präsentiert.

Sollten Sie Fragen zum Datenangebot der OeNB haben, wenden Sie sich bitte an unsere Statistik-Hotline, +43-1-40420-5555 oder statistik.hotline@oenb.at.

Wenn Sie per E-Mail über Neuerscheinungen informiert werden möchten, bitten wir Sie, sich unter www.oenb.at/Service/Newsletter.html zu registrieren.

Johannes Turner
Gerhard Winkler
Michael Pfeiffer

Kurzberichte

Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der Kreditinstitute zum 31. Dezember 2018

Paul Ehrlich, Norbert Ernst¹

Das konsolidierte Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen von allen in Österreich meldepflichtigen Bankkonzernen und Einzelinstituten wurde im Jahr 2018 in Höhe von insgesamt 6,9 Mrd EUR angegeben. Dies entspricht einem Anstieg um 338,0 Mio EUR (+5,1%) im Vergleich zum Jahr 2017.

Die Bilanzsumme aller in Österreich meldepflichtigen Bankkonzerne und Einzelinstitute belief sich zum Jahresende 2018 auf 986,0 Mrd EUR und lag damit um 36,7 Mrd EUR (+3,9%) über dem Vergleichswert per 31. Dezember 2017.

Entwicklung des konsolidierten Jahresergebnisses im Detail

Die konsolidierten Betriebserträge der österreichischen Kreditinstitute lagen im Jahr 2018 um 5,2 % über dem Vorjahreswert. Positiv auf die Betriebserträge wirkte sich vor allem das um 4,6 % gestiegene Nettozinsergebnis aus. Weitere positive Treiber waren ein stark gestiegenes sonstiges betriebliches Ergebnis, das um 3,1 % gestiegene Provisionsergebnis und die um 15,6 % höheren Dividenden und Beteiligungserträge (aus UGB²-Bilanzen). Einen Rückgang um 8,4 % verzeichnete hingegen der Handelserfolg.³

Das konsolidierte Betriebsergebnis wies einen Anstieg um 3,4 % aus. Positiv wirkten sich die bereits angeführten gestiegenen Betriebserträge aus. Die Erhöhung der Abschreibung bei den immateriellen Vermögenswerten⁴ um 86,7 % gegenüber dem Vorjahr dämpfte hingegen das Betriebsergebnis. Zudem stiegen die Verwaltungsaufwendungen um 1,8 %, wobei sich diese Entwicklung sowohl bei den Personal- als auch bei den Sachaufwendungen widerspiegelt.

Insgesamt konnte das konsolidierte Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen um 5,1 % verbessert werden. Neben den verbesserten Betriebserträgen wirkte sich vor allem der Rückgang des Saldos aus Wertberichtigungen, Wertminderungen/Wertaufholungen sowie Rückstellungen für das Kreditrisiko um 59,7 % positiv auf das Jahresergebnis aus. Ergebnisverschlechternd waren die negative Veränderung des sonstigen Saldos um 109,5 % und der Anstieg der Ertragssteuern um 15,5 %.

Es ist zu beachten, dass die Daten für das Jahresende 2018 auf den Bilanzierungsvorschriften gemäß IFRS 9 beruhen, während die Vergleichswerte für 2017 noch unter IAS⁵ 39 erstellt wurden. Diese Regelwerke unterscheiden sich hauptsächlich in den Vorgaben zur Ermittlung der Wertminderungen.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen, paul.ehrlich@oenb.at, norbert.ernst@oenb.at.

² Unternehmensgesetzbuch.

³ Handelserfolg = Gewinne oder Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten (netto) + sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS (International Financial Reporting Standards) und nGAAP FINREP (national Generally Accepted Accounting Principles, Financial Reporting) + Gewinne oder Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten (netto).

⁴ Abschreibung und Wertminderung bei den immateriellen Vermögenswerten inkl. Firmenwert, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und Beteiligungen.

⁵ International Accounting Standards.

Tabelle 1

Konsolidierte Ertragslage der österreichischen Bankkonzerne und Einzelinstitute

	2018	2017	Differenz	
	in Mio EUR	in Mio EUR	absolut	relativ
ZINSEERGEBNIS, NETTO	15.210	14.536	674	4,6%
+ PROVISIONSERGEBNIS, NETTO	7.097	6.885	212	3,1%
+ Handelserfolg ¹	739	807	-68	-8,4%
+ Dividendenerträge	628	543	85	15,6%
+ Sonstiges betriebliches Ergebnis	350	67	283	424,4%
= BETRIEBSERTRÄGE, NETTO	24.023	22.837	1.186	5,2%
- Verwaltungsaufwendungen	14.232	13.985	248	1,8%
- Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten inkl. Firmenwert, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und Beteiligungen	1.430	766	664	86,7%
= BETRIEBSERGEBNIS	8.361	8.087	274	3,4%
- Saldo aus Wertberichtigungen, Wertminderungen/Wertaufholungen sowie Rückstellungen für das Kreditrisiko	378	938	-560	-59,7%
- Sonstige Rückstellungen	60	111	-51	-46,0%
+ Anteil des Gewinns oder Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	1.064	1.149	-85	-7,4%
+ Sonstiger Saldo in Summe	-28	298	-326	-109,5%
= PERIODENERGEBNIS VOR STEUERN UND MINDERHEITENANTEILEN	8.959	8.484	475	5,6%
- Ertragssteuern	1.444	1.250	194	15,5%
+ Außerordentlicher Gewinn oder Verlust nach Steuern für UGB-/BWG-Melder	-9	0	-9	x
+ Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	14	25	-11	-42,2%
- Minderheitenanteile	605	682	-77	-11,2%
= PERIODENERGEBNIS NACH STEUERN UND MINDERHEITENANTEILEN	6.916	6.577	338	5,1%

Quelle: OeNB.

¹ Gewinne oder Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten (netto) + sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP + Gewinne oder Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten (netto).

Datenstand: 19.03.2019.

Entwicklung der konsolidierten Vermögenslage im Detail

Aktivseitig gab es die größten absoluten Veränderungen bei den Darlehen und Krediten (+35,4 Mrd EUR), beim Kassenbestand und den Guthaben bei Zentralbanken (+3,7 Mrd EUR) sowie bei den Eigenkapitalinstrumenten (-2,8 Mrd EUR). Passivseitig zeigten sich die größten absoluten Veränderungen bei den Einlagen von Nichtbanken (+25,1 Mrd EUR).

Finanzverhalten des privaten Sektors 2018

Erza Aruqaj, Stefan Wiesinger¹

Österreichs Haushalte sparten im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr mehr. Obwohl es im vierten Quartal 2018 zu Börsenturbulenzen kam, stieg das Finanzvermögen der Haushalte inklusive privater Organisationen ohne Erwerbszweck auf 674,7 Mrd EUR. Täglich fällige Einlagen waren im Niedrigzinsumfeld weiterhin die attraktivste Anlageform. Die Verpflichtungen stiegen wieder stärker, wobei langfristige Kredite weiterhin dominierten. Trotz gegenüber dem Vorjahr schwächerer finanzieller Aktivitäten des Unternehmenssektors 2018 blieb dessen Verschuldungsgrad auf konstantem Niveau. Der Finanzierungssaldo aus Geldvermögensbildung und Finanzierung drehte per Jahresende 2018 mit –0,9 Mrd EUR ins Negative (2017: +1,4 Mrd EUR). Demzufolge nahmen nichtfinanzielle Unternehmen 2018 mehr finanzielle Mittel auf als sie in finanzielle Instrumente veranlagten.

Kurskorrekturen bremsten Anstieg des Finanzvermögens der privaten Haushalte² in Österreich

Vor allem einkommensbedingt³ wiesen Österreichs Haushalte im Jahr 2018 laut Berechnung von Statistik Austria eine Sparquote von 7,4% auf und konnten damit das letztjährige Tief von 6,8% überwinden.

Das gesamte Finanzvermögen der privaten Haushalte inklusive privater Organisationen ohne Erwerbszweck (POoE) lag zum Jahresende bei 674,7 Mrd EUR. Das Finanzvermögen der privaten Haushalte ohne POoE machte 661,2 Mrd EUR aus. Auch 2018 waren Neuveranlagungen in täglich fällige Einlagen dominierend und wurden in Höhe von 18,7 Mrd EUR aufgebaut, obwohl sich die Einlagenzinssätze kaum verändert haben. Damit belief sich das Volumen an täglich fälligen Einlagen auf 159 Mrd EUR zum Jahresende 2018. Gleichzeitig zeigte sich ein Abbau bei den nicht-täglich fälligen Einlagen von 109,1 Mrd EUR im Jahr 2017 auf 102,9 Mrd EUR im Jahr 2018. In Summe bildeten Bargeld und Einlagen mit 42,3% des gesamten Finanzvermögens weiterhin die beliebtesten Finanzierungsinstrumente der österreichischen Haushalte inkl. POoE. Damit zeigt sich, dass klassische Spareinlagen an Attraktivität verlieren und im Niedrigzinsumfeld täglich fällige Einlagen weiterhin von Privaten präferiert werden.

Der Bestand an verzinslichen Wertpapieren wurde 2018 von privaten Haushalten inkl. POoE weiterhin abgebaut und lag per Jahresende bei 30,6 Mrd EUR, während Ende 2017 der Bestand bei rund 33 Mrd EUR gelegen war. Damit wurde der Trend der letzten Jahre fortgesetzt, wobei negative Kurseffekte mit 0,6 Mrd EUR ebenfalls zur Reduktion beitrugen.

Aufgrund der Börsenturbulenzen im vierten Quartal 2018 konnten die privaten Haushalte nicht mehr von den steigenden Marktwerten bei börsennotierten Aktien und Investmentzertifikaten profitieren. Im Jahr 2018 erlitten private Anlegerinnen und Anleger bei börsennotierten Aktien Kursverluste von 11%, womit sich der Bestand von 25,2 Mrd EUR im Vorjahr auf 22,4 Mrd EUR im Jahr 2018 verringerte.

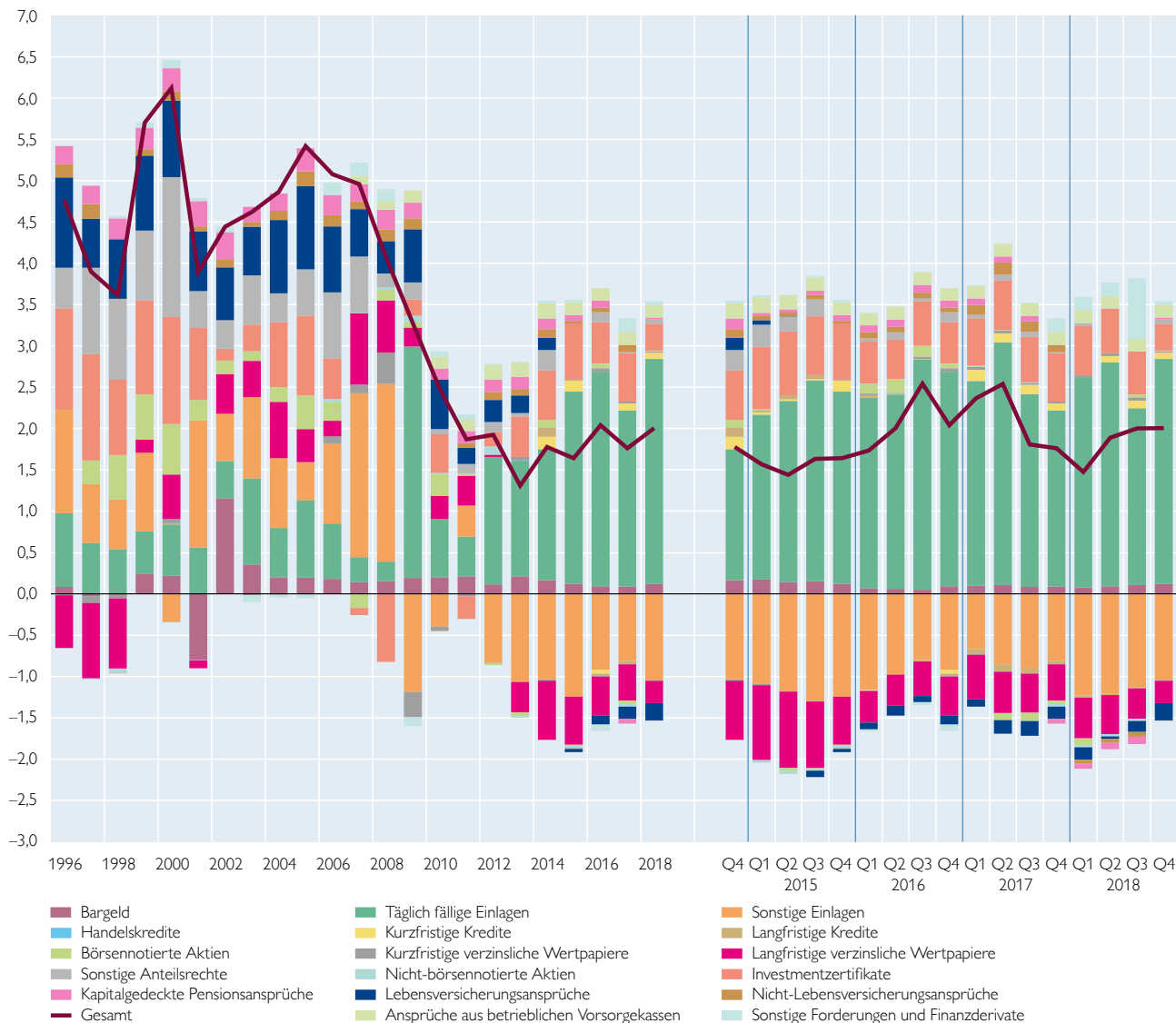
¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, erza.aruqaj@oenb.at, stefan.wiesinger@oenb.at.

² Private Haushalte inklusive privater Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. Kirchen, Gewerkschaften, gemeinnützige Stiftungen).

³ Sowohl das verfügbare Bruttoeinkommen als auch das verfügbare Nettoeinkommen inklusive betrieblicher Versorgungsansprüche sind im Vergleich zum Vorjahr um 4,4% gestiegen.

Transaktionsbedingtes Jahreswachstum des Geldvermögens der Haushalte inkl. POoE

kapitalgewichtete Anteile in %



Quelle: OeNB.

Bei Investmentzertifikaten zeigte sich ein ähnliches Bild - es kam kursbedingt zu Einbußen von 7,2 %, das ist doppelt so hoch wie das neu veranlagte Volumen. Dementsprechend wirkte sich diese Entwicklung auf den Bestand aus, der sich von 59,5 Mrd EUR (2017) auf 57 Mrd EUR im Jahr 2018 reduzierte. Dadurch verringerte sich in der Jahresbetrachtung der Aktienanteil am gesamten Finanzvermögen auf nur 3,4 %, der Anteil der Investmentzertifikate lag bei 8,7 %.

Zwischen 2012 und 2017 hatten private Haushalte kumuliert rund 15 Mrd EUR an Kursgewinnen aus Aktien und Investmentfondsveranlagungen verbuchen können. Dem standen im Jahr 2018 Kursverluste in Höhe von 7,1 Mrd EUR gegenüber, womit rund die Hälfte der aufgebauten Marktwertsteigerungen verloren ging.

Im Jahr 2018 verschuldeten sich Österreichs Haushalte inkl. POoE transaktionsbedingt um 5,4 Mrd EUR und damit per saldo um 0,6 Mrd EUR mehr als im Jahr zuvor. Das Volumen der Verpflichtungen lag zum Jahresultimo bei 194,7 Mrd EUR (einschließlich sonstiger Verbindlichkeiten), wobei langfristige Kredite mit 93 % – und bei den privaten Haushalten vor allem die Wohnbaukredite – weiterhin die wichtigste Kategorie der Verbindlichkeiten darstellten.

Konstanter Verschuldungsgrad trotz abschwächender finanzieller Aktivitäten des Unternehmenssektors 2018

Der inländische nichtfinanzielle Unternehmenssektor konnte 2018, nach einer guten Konjunktur 2017 – das reale BIP-Wachstum betrug in Österreich 2,6 % –, seine Bruttowertschöpfung abermals um 5,1 % steigern. Dem zugrunde lag ein bereits 2017 verstärktes Wachstum der Bruttoinvestitionen des Unternehmenssektors mit 8,7 %. Im Jahr 2018 flaute die Wachstumsrate der Bruttoinvestitionen zwar leicht ab (6,4 %), lag aber weiter deutlich über dem 5-Jahresdurchschnitt von 4,7 %. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den finanziellen Konten wider.

Der Finanzierungssaldo aus Geldvermögensbildung und Finanzierung 2018 drehte per Ultimo mit –0,9 Mrd EUR ins Negative (2017: +1,4 Mrd EUR). Demzufolge nahmen nichtfinanzielle Unternehmen 2018 mehr finanzielle Mittel auf als sie in finanzielle Instrumente veranlagten.

Die gesamte Finanzierung⁴ des Unternehmenssektors betrug 2018 12,6 Mrd EUR. Verglichen mit dem Vorjahr (27,1 Mrd EUR) zeigt sich eine deutliche Abschwächung der finanziellen Mittelaufnahme von nichtfinanziellen Unternehmen. In einer Detailbetrachtung wird ersichtlich, dass sich sowohl die Finanzierung über Eigenkapital (um 6,6 Mrd EUR) als auch jene über Fremdkapital (um 7,8 Mrd EUR) reduzierte. Dieser gleichmäßige Rückgang von Eigen- und Fremdkapitalfinanzierung lässt den Verschuldungsgrad⁵ des Unternehmenssektors zwischen 2017 und 2018 auf einem stabilen Niveau von 98,5 % verweilen. Besonders beachtenswert entwickelte sich 2018 die Finanzierung des Unternehmenssektors über Kredite. Während grenzüberschreitende Kredite mit knapp 5,9 Mrd EUR getilgt wurden, sah sich der heimische Bankensektor mit einer verstärkten Kreditnachfrage österreichischer Unternehmen konfrontiert. Mit einem Kreditwachstum von 6,8 % (9,2 Mrd EUR) lag Österreich damit weit über dem Euro-raumschnitt von 3,9 %. Demgegenüber wurden Unternehmensanleihen in Summe um 2,2 Mrd EUR mehr getilgt als neu emittiert.

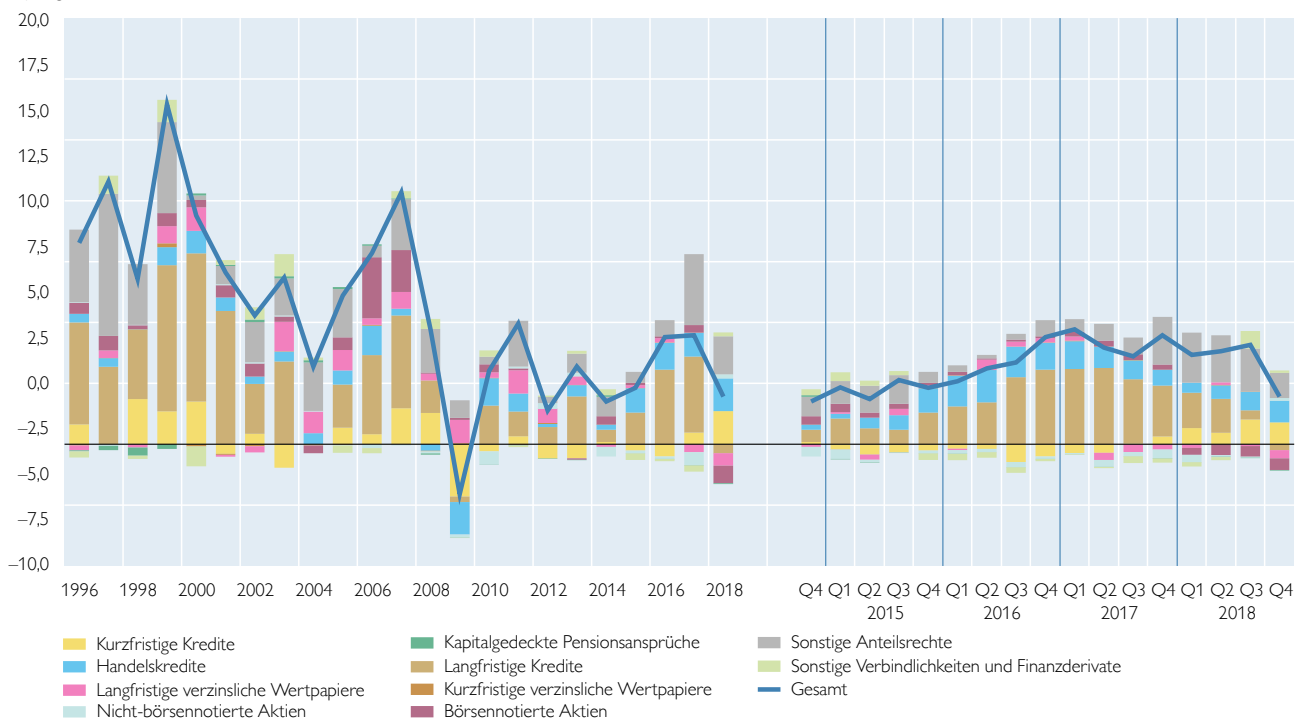
Auf Grund weltweiter Turbulenzen am Aktienmarkt mussten auch heimische börsennotierte Unternehmen teils große Kursverluste hinnehmen. In Summe verringerte sich das Eigenkapital dieser Unternehmen auf Grund von Bewertungseffekten um 12,3 Mrd EUR oder 13 %. Diese wertmäßigen Verluste teilten sich aber nicht gleichermaßen auf die Aktionäre auf. Ausländische Investoren, die 2017 knapp 46,2 % aller verfügbaren börsennotierten Aktien österreichischer Unternehmen hielten, mussten mit Kursrückgängen von 22,2 % höhere Verluste verbuchen als inländische Investoren (5,3 %). Durch die 10-prozentigen Kursanstiege

⁴ Dazu zählt sowohl die Finanzierung über Eigen- wie auch Fremdkapital.

⁵ Der Verschuldungsgrad (debt to equity ratio) ist eine betriebswirtschaftliche Kennzahl, die das Verhältnis zwischen dem bilanziellen Fremdkapital und dem Eigenkapital angibt.

Transaktionsbedingtes Jahreswachstum der Verpflichtungen der nichtfinanziellen Unternehmen

kapitalgewichtete Anteile in %



Quelle: OeNB

auf den Aktienmärkten in den ersten drei Monaten 2019 wurden die im Schlussquartal 2018 erlittenen Kursverluste teilweise kompensiert.

Die finanziellen Investitionen des Unternehmenssektors zeigten 2018 mit 11,7 Mrd EUR ein ähnlich verhaltenes Bild wie die Finanzierung und lagen weit unter dem 5-Jahresdurchschnitt von 17,8 Mrd EUR. Unter Berücksichtigung einzelner Finanzierungsinstrumente wird deutlich, dass im Jahr 2018 sowohl der Rückgang des Einlagenwachstums⁶ (2,6 Mrd EUR gegenüber 8,9 Mrd EUR im Jahr 2017) als auch Desinvestitionen bei Wertpapieren⁷ in Höhe von 2,8 Mrd EUR (2017: Investitionen in Höhe von 11,6 Mrd EUR) ausschlaggebend für diese Entwicklung waren. Einzig die Kreditvergabe⁸ stieg im Vergleich zu 2017 (7,8 Mrd EUR) auf 11,5 Mrd EUR.

⁶ Hier wird auch das Bargeld inkludiert.

⁷ Dazu zählen Anleihen, börsennotierte Aktien, nicht-börsennotierte Aktien sowie Investmentzertifikate.

⁸ Dazu zählen sowohl Kredite als auch Handelskredite.

Analysen

Executive Summaries

Construction activity drives household and corporate loan growth

Given the positive economic environment, lending to domestic corporations and households expanded considerably in the course of 2018, driven, above all, by investment in residential construction. At the same time, some banks cut deposit rates for very high corporate deposits into negative territory for the first time in Austria.

Trends in Austrian households' liquid financial assets in the 2018 stock market year

The 2018 stock market year was characterized by trade conflicts between the United States and China, U.S. tariffs on European steel exports, the Fed's interest rate hike at the end of September and the strengthening of the U.S. dollar. Price losses were particularly strong in the fourth quarter of 2018, with losses recorded in December 2018 ranking among the highest monthly losses observed since the 1930s. For households investing in the stock market, turbulences like those observed in 2018 constitute a major source of uncertainty with respect to the accumulation of financial wealth. Against this background, the present analysis examines the impacts of these stock market turbulences on households' liquid financial assets (bank deposits, shares, debt securities and mutual fund shares). We analyze Austrian households' direct investments and, by applying a look-through approach, also their indirect investments via mutual fund shares. Austrian households are considered rather risk averse and often prefer to delegate their investment decisions to fund managers. In 2018, they invested more than 50 % of their direct securities holdings in domestic and foreign mutual fund shares. While Austrian households tend to have a home bias when making direct investment decisions, their total investments (i.e. direct and indirect investments) show a clear shift toward foreign securities. The most important foreign debtor countries for securities investments of domestic households are Germany and the U.S.A. In the fourth quarter of 2018, Austrian households suffered price losses in the amount of EUR 6.8 billion from their direct securities holdings. Most likely, however, these losses were not realized immediately, as sales volumes were rather low in relation to the high price losses. In early 2019, stock markets showed signs of a renewed uptrend: In January 2019, Austrian households recorded price and foreign exchange gains of EUR 1.2 billion from direct investment.

Slight decrease in corporate loan demand

Demand for corporate loans dropped for the first time in years in the first quarter of 2019, according to Austrian banks participating in the euro area bank lending survey, after having seen sustained growth from 2016 onward. In the second quarter of 2019, corporate loan demand is expected to decline further. The vigorous loan growth observed in recent years and the current decline in loan demand have been primarily driven by changes in financing needs for fixed investment. In addition, corporate borrowing has been supported by increasingly favorable terms and conditions over the past few years as banks repeatedly narrowed the margins on average-risk corporate loans between mid-2016 and end-2018, mainly for competitive reasons. With regard to household borrowing, the survey results have remained broadly unchanged since end-2017. On the supply side, credit standards for housing loans were tightened somewhat in the first quarter of 2019 – a trend that has been observed for one year. By contrast, the conditions for average-risk housing loans have been eased somewhat repeatedly for competitive reasons since 2017. Consequently, creditworthy borrowers have been benefiting from increasingly favorable conditions for taking out housing loans. According to the surveyed banks, the Eurosystem's asset purchase program has dampened banks' earnings situation from the outset because it has negatively affected net interest margins; however, the banks also reported positive impacts on their liquidity and financing conditions in the past. Based on the survey results, banks' earnings have also been unfavorably affected by the Eurosystem's negative deposit facility rate, which has caused lasting downward pressure on credit interest rates and margins. In particular, respondent banks stated that it has dampened their net interest income.

Übersicht

Bautätigkeit treibt Kreditwachstum bei Unternehmen und Privaten

Vor dem Hintergrund eines positiven wirtschaftlichen Umfelds stieg 2018 das Kreditvolumen inländischer Unternehmen und privater Haushalte deutlich an. In beiden Fällen waren es insbesondere Investitionen in den Wohnbau, die das Kreditwachstum stark positiv beeinflussten. Gleichzeitig waren in Österreich erstmals Fälle von negativen Einlagenzinssätzen bei sehr hohen Unternehmenseinlagen zu beobachten.

Entwicklung des liquiden Finanzvermögens der österreichischen Haushalte im Börsenjahr 2018

Das Börsenjahr 2018 war von Handelskonflikten zwischen den USA und China, US-Strafzöllen auf europäische Stahllexporte, der Fed-Zinserhöhung Ende September sowie dem Kursanstieg des US-Dollars geprägt. Besonders im vierten Quartal kam es zu hohen Kursverlusten, wodurch der Dezember 2018 als einer der verlustreichsten Monate in der Börsengeschichte seit den 1930er-Jahren gilt. Börsenturbulenzen, wie sie im Jahr 2018 zu beobachten waren, stellen einen großen Unsicherheitsfaktor für die betroffenen Haushalte in ihrer Finanzvermögensbildung dar. Vor diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Analyse die daraus resultierenden Auswirkungen auf das liquide Finanzvermögen der Haushalte wie Bankeinlagen, Aktien, verzinsliche Wertpapiere sowie Investmentfondsanteile. Betrachtet werden sowohl die direkten Investitionen als auch die via Investmentfonds getätigten indirekten Veranlagungen (Look-through). Österreichische Haushalte gelten eher als risikoavers und delegieren ihre Anlageentscheidungen häufig an Fondsmanager weiter. Sie veranlagten über 50 % ihres direkten Wertpapierbestandes in in- und ausländische Investmentfondsanteile. Während inländische Haushalte in ihrer Veranlagungsstrategie einen „Home Bias“ aufweisen, zeigen die gesamten Investitionen (direkt und indirekt) eine deutliche Verschiebung hin zu ausländischen Wertpapieren. Dabei stellen Deutschland und die USA die zwei wichtigsten ausländischen Schuldnerländer für inländische Wertpapierinvestitionen dar. Haushalte mussten im vierten Quartal 2018 Kursverluste in Höhe von 6,8 Mrd EUR bei ihren direkt gehaltenen Wertpapieren hinnehmen. Diese Verluste dürften aber nicht unmittelbar realisiert worden sein, da die Verkäufe in Relation zu den hohen Buchverlusten sehr gering ausfielen. Anfang 2019 war wieder ein Aufwärtstrend bemerkbar. Aktuelle Kursentwicklungen zeigen, dass Haushalte im Jänner Preis- und Wechselkursgewinne in Höhe von 1,2 Mrd EUR aus direkter Veranlagung verzeichnen konnten.

Unternehmen fragen etwas weniger Kredite nach

Nachdem die an der Umfrage teilnehmenden Banken ab 2016 durchgehend von Steigerungen der Nachfrage im Unternehmenskundengeschäft berichtet hatten, war das erste Quartal 2019 erstmals seit langem von einer Abschwächung gekennzeichnet. Für das zweite Quartal 2019 wird ein weiterer Rückgang der Nachfrage erwartet. Die treibende Kraft sowohl für die dynamische Kreditentwicklung der letzten Jahre als auch für die aktuelle Abschwächung war und ist der Finanzierungsbedarf für Anlageinvestitionen. Die Aufnahme von Krediten war in den letzten Jahren für die Unternehmen zu immer günstigeren Konditionen möglich, da die Banken von Mitte 2016 bis Ende 2018 – hauptsächlich aus Wettbewerbsgründen – die Margen für durchschnittlich risikoreiche Unternehmenskredite kontinuierlich gesenkt haben. Im Kreditgeschäft mit privaten Haushalten hat sich die Nachfrage seit Ende 2017 kaum geändert. Angebotsseitig wurden im ersten Quartal 2019 die Richtlinien für Wohnbaukredite etwas verschärft. Eine diesbezügliche Tendenz ist seit einem Jahr festzustellen. Hingegen kam es aufgrund der Wettbewerbssituation seit 2017 immer wieder zu leichten Lockerungen der Margen für durchschnittlich risikoreiche Wohnbaukredite. Für Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer mit entsprechender Bonität ergaben sich hierdurch zunehmend günstigere Finanzierungsbedingungen für den Wohnbau. Den Angaben der befragten Banken zufolge belastet das Wertpapierankaufprogramm des Eurosystems seit seinem Bestehen aufgrund negativer Effekte auf die Nettozinss margins die Ertragslage der Banken, hatte aber in der Vergangenheit auch positive Einflüsse auf ihre Liquidität und ihre Finanzierungsbedingungen. Die Ertragslage sehen die Banken auch vom negativen Einlagenzinssatz des Eurosystems ungünstig betroffen. Dieser verursacht gemäß den Ergebnissen der Umfrage einen anhaltenden Abwärtsdruck auf die Kreditzinsen und -margen und dämpft insbesondere die Nettozinsträge der Banken.

Insolvency trends in Austria for 2018

There has been no clear overall trend in large-scale insolvencies in Austria, judging from the number of newly opened corporate insolvency proceedings and available data for 2018. The 2018 numbers of newly opened corporate insolvency proceedings published by Austrian creditor protection associations diverge, suggesting either a decrease of 1.9% (Kreditschutzverband – KSV) or a slight increase of 0.6% (Alpenländischer Kreditorenverband – AKV). In line with the AKV's results, data sources used by the Oesterreichische Nationalbank (OeNB) also point to an increase in new insolvencies (+0.9%). Moreover, the OeNB's findings indicate that while the number of new insolvencies that involved large credit exposures and were hence listed in the Central Credit Register (CCR) has declined, the corresponding volume of loans recorded in the CCR has increased. This development is consistent with the observations made by the KSV, which reveal that decreasing corporate insolvencies had been going hand in hand with an increase in liabilities. External data sources do not predict any substantial changes in insolvency trends in Austria for 2019, based on economic forecasts and the expectation that an interest rate hike would come in 2020 at the earliest. However, forecasts assume a marked increase in insolvencies in Europe, and the U.K. in particular.

Austria's 2018 balance of payments

The year 2018 was characterized by trade conflicts between the United States and China, new U.S. tariffs on European steel exports, the Fed's interest rate hikes in September and December, the strengthening of the U.S. dollar and Brexit negotiations. Toward the end of the year, subdued growth prospects for 2019 were among the factors that caused significant price losses in international financial markets. In this environment, developments in Austria's external sector remained stable and positive. Austria's current account balance came to +EUR 9.0 billion, relying mainly on goods and, as in previous years, on tourism. However, the surpluses generated in the real economy were only partly reflected in the net external assets position. The international investment position went up only slightly by +EUR 1 billion, with valuation effects on the liabilities side, in particular, preventing a stronger rise. Cross-border capital flows were lower than in 2017 both on the assets and the liabilities sides, with their net balance of +EUR 7.5 billion closely matching the current account balance.

Determinants of cross-border trade in services in 2016

As part of the compilation of the balance of payments, the Oesterreichische Nationalbank (OeNB) – together with Statistics Austria – is responsible for capturing cross-border trade in services. The present article analyzes the factors that determine the structure of cross-border services trade by Austrian enterprises. To this end, the characteristics of such enterprises identified on the basis of the data presented in the 2009 special issue “Structure of Trade in Services in 2006” of the OeNB's STATISTIKEN publication were assessed against data for the 2016 reporting year. Following a brief overview of the dynamics of cross-border trade in services, this article examines in detail, based on enterprise-level data, the determinants of service trading, revealing that it continues to be dominated by a small number of large international companies operating in Austria.

Public acceptance of the euro in Austria over time

This article analyzes the development of public support for the euro in Austria 20 years after its introduction based on OeNB Barometer survey data. We find that public satisfaction with the euro over time mirrors (1) the general performance of the Austrian economy and (2) political and economic developments in Austria and the euro area. Moreover, there is a strong correlation between respondents' attitudes toward the euro and toward the EU throughout the sample period. In relation to underlying sociodemographic characteristics of respondents, we find that negative attitudes clearly increase with age and decrease with educational attainment, while also being highly dependent on occupational status. A large majority of respondents indicated to have derived a range of benefits from the euro and consider the euro to have had a strong and positive influence on the domestic economy.

Entwicklung der Insolvenzen in Österreich im Jahr 2018

Anhand der Großinsolvenzen im Jahr 2018 lässt sich, bezogen auf die Anzahl der neu eröffneten Unternehmensinsolvenzen und den vorliegenden Datenquellen keine allgemeine Entwicklung ableiten. So berichtet der Kreditschutzverband (KSV) für das Jahr 2018 bei der Anzahl der neu eröffneten Unternehmensinsolvenzen über einen Rückgang von 1,9%, wohingegen der Alpenländische Kreditorenverband (AKV) für das Jahr 2018 von einem leichten Anstieg der neuen Unternehmensinsolvenzen von 0,6% berichtet. Analog zum Ergebnis des AKV stiegen auf Basis der Datenquellen, die der OeNB vorliegen, die Insolvenzen um 0,9%. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Anzahl jener Neu-Insolvenzen, die über große Kreditengagements verfügen und somit im Zentralkreditregister (ZKR) erfasst werden, zwar rückläufig ist, allerdings ein Anstieg des betroffenen ZKR-Volumens beobachtet wird. Diese Entwicklung deckt sich mit den Beobachtungen des KSV, der neben rückläufigen Unternehmensinsolvenzen gleichzeitig über Anstiege der Verbindlichkeiten berichtet. Basierend auf Konjunkturprognosen und der Erwartung, dass eine Zinsanhebung frühestens 2020 erfolgen soll, sehen externe Datenquellen im Ausblick für das Jahr 2019 in Österreich keine wesentlichen Veränderungen. Für Europa hingegen werden insbesondere in Großbritannien starke Insolvenzanstiege erwartet.

Österreichs Zahlungsbilanz im Jahr 2018

Das Jahr 2018 war von Handelskonflikten zwischen den USA und China, US-Strafzöllen auf europäische Stahlexporte, den Fed-Zinserhöhungen im September und Dezember, dem Kursanstieg des US-Dollar sowie den Verhandlungen zum Brexit geprägt. Gegen Jahresende führten unter anderem gedämpfte Wachstumsaussichten für das Jahr 2019 zu erheblichen Kursverlusten an den internationalen Finanzmärkten. In diesem Umfeld zeigte sich Österreichs Außenwirtschaft mit einem Leistungsbilanzsaldo von +9,0 Mrd EUR stabil positiv, die Stützen dafür waren der grenzüberschreitende Güterverkehr sowie einmal mehr der Reiseverkehr. Die realwirtschaftlichen Überschüsse finden sich auf der Kapitalseite allerdings nur teilweise in der Nettoauslandsposition wieder. Die internationale Vermögensposition erhöhte sich lediglich geringfügig um 1 Mrd EUR. Vor allem Bewertungseffekte auf der Verpflichtungsseite verhinderten einen höheren Anstieg. Die grenzüberschreitenden Kapitalflüsse waren sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite geringer als 2017, der Saldo lag mit +7,5 Mrd EUR nahe am Wert des Leistungsbilanzsaldos.

Bestimmungsfaktoren des grenzüberschreitenden Dienstleistungshandels 2016

Im Rahmen der Zahlungsbilanzstellung ist die OeNB in Zusammenarbeit mit Statistik Austria für den grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel zuständig. Die Analyse beschäftigt sich mit den Bestimmungsfaktoren des Dienstleistungshandels österreichischer Firmen. Die zu untersuchenden Firmenattribute wurden auf Basis des 2009 erschienenen STATISTIKEN Sonderhefts der OeNB „Struktur des Dienstleistungshandels 2006“ ermittelt und mit Daten des Berichtsjahres 2016 analysiert. Nach einer kurzen Vorstellung der Dynamik des grenzüberschreitenden Dienstleistungshandels wird basierend auf Firmeneinzeldaten eine detaillierte Analyse der Bestimmungsfaktoren durchgeführt. Es zeigt sich, dass noch immer wenige große internationale Firmen die treibende Kraft im grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel sind.

Wie hat sich die Einstellung der österreichischen Bevölkerung zum Euro seit der Euro-Einführung verändert?

Zweck des vorliegenden Beitrags ist es, auf Basis der OeNB-Barometerumfragen ein Meinungsbild der österreichischen Bevölkerung 20 Jahre nach der Euro-Einführung zu zeichnen. Dabei zeigt sich, dass die Einstellung zum Euro eng mit der allgemeinen Wirtschaftslage in Österreich zusammenhängt und die großen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Österreich und im Euroraum widerspiegelt. Ferner ist durchwegs ein starker Zusammenhang mit der Einstellung zur EU festzustellen. Im Hinblick auf die soziodemografischen Charakteristika der Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer lässt sich sagen, dass die Euro-Skepsis mit dem Alter zunimmt. Umgekehrt steigt die Zustimmung zum Euro mit dem Bildungsniveau, wobei auch der Beschäftigungsstatus eine große Rolle spielt. Insgesamt befand die überwiegende Mehrzahl der Befragten, dass der Euro eine Reihe von Vorteilen gebracht hat und dass die heimische Wirtschaft von der Euro-Einführung stark profitiert.

Bautätigkeit treibt Kreditwachstum bei Unternehmen und Privaten

Kredite, Einlagen und Zinssätze österreichischer Banken

Martin Bartmann, Klaus Formanek, Patrick Thienel¹

Vor dem Hintergrund eines positiven wirtschaftlichen Umfelds stieg 2018 das Kreditvolumen inländischer Unternehmen und privater Haushalte deutlich an. In beiden Fällen waren es insbesondere Investitionen in den Wohnbau, die das Kreditwachstum stark positiv beeinflussten. Gleichzeitig waren in Österreich erstmals Fälle von negativen Einlagenzinssätzen bei sehr hohen Unternehmenseinlagen zu beobachten.

Kundengeschäft steigt trotz rückläufiger Bilanzsumme

Die Bilanzsumme des österreichischen Bankensektors ging seit 2008 um rund 20 % zurück und betrug Ende 2018 845 Mrd EUR. Der Rückgang betraf vorwiegend das Zwischenbankgeschäft, welches auch aufgrund von Strukturreformen (z. B. Fusionen) im Bankensektor rückläufig war, während das inländische Kundengeschäft (Kredite, Wertpapiere, Anteilsrechte inländischer Nichtbanken) im selben Zeitraum weiter ausgebaut wurde.

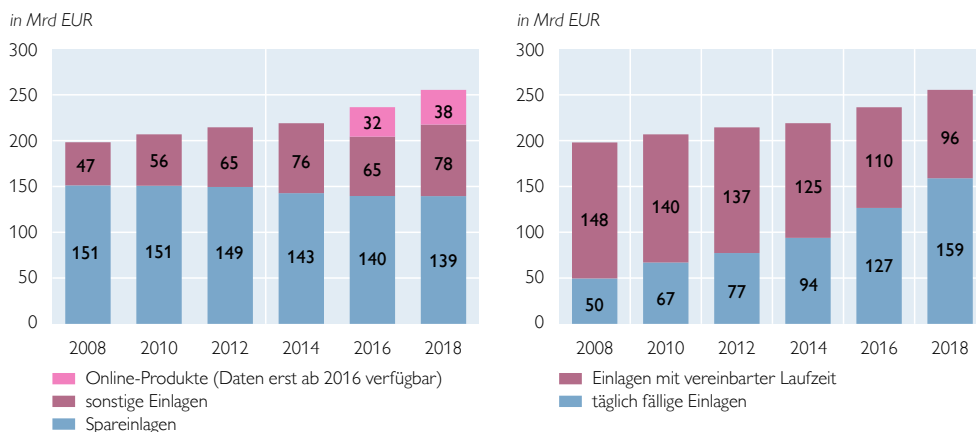
Klassische Spareinlagen gehen zurück

Das in Österreich traditionell sehr beliebte Sparbuch verliert an Attraktivität. Das Gesamtvolumen an Spareinlagen von privaten Haushalten bei österreichischen Banken lag im Dezember 2018 mit 139,4 Mrd EUR auf dem geringsten Wert seit Dezember 2007. Trotzdem weiteten private Haushalte ihr gesamtes Einlagenvolumen bei inländischen Banken in den letzten Jahren deutlich aus (2018: +4,8 % gegenüber dem Vorjahr), wobei Online-Produkte eine immer stärkere Rolle spielen. Betrachtet man die Fristigkeit der Einlagen privater Haushalte, setzte sich der Trend hin zu täglich fälligen Einlagen weiter fort. Mit einem aushaftenden Gesamtvolumen von 159 Mrd EUR (2018: +13 % gegenüber dem Vorjahr) hatten diese bereits einen Anteil von 62 % am gesamten Einlagenvolumen privater Haushalte, nachdem dieser vor 10 Jahren noch bei 25 % gelegen war. Einlagen mit vereinbarter Laufzeit wurden in Österreich seit 2012 hingegen durchgehend abgebaut (2018: –6,5 % gegenüber dem Vorjahr) und wiesen im Dezember 2018 nur noch ein Volumen von 96 Mrd EUR auf. Dies entsprach einem Anteil von 38 % am gesamten Einlagenvolumen.

Im Euroraum insgesamt war im Jahr 2018 mit einem Jahreswachstum von 4,3 % eine etwas geringere Dynamik bei den Einlagen privater Haushalte erkennbar. Auch hier beeinflussten insbesondere täglich fällige Einlagen, die um 8,5 % zunahmen, das Einlagenwachstum deutlich positiv, während Einlagen mit vereinbarter Laufzeit um 4,1 % zurückgingen.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, martin.bartmann@oenb.at, klaus.formanek@oenb.at, patrick.thienel@oenb.at.

Einlagen privater Haushalte in Österreich



Einlagenzuwächse über alle Sektoren hinweg

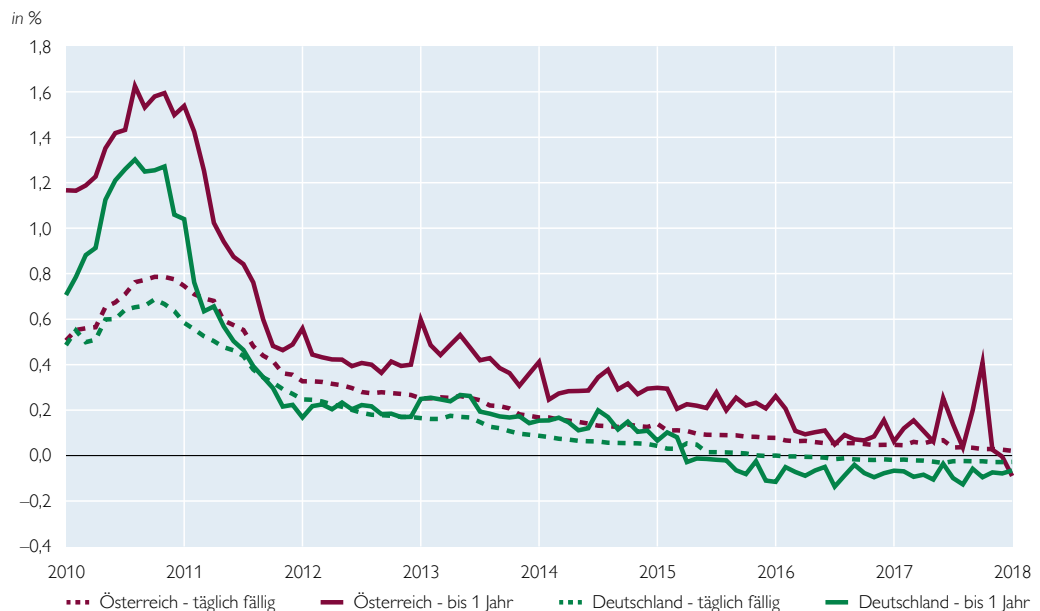
In den letzten Jahren waren kontinuierliche Einlagenzuwächse über alle Sektoren hinweg erkennbar. Neben privaten Haushalten erhöhten insbesondere institutionelle Anleger wie Versicherungen und Pensionskassen oder Investmentfonds ihre Einlagen bei österreichischen Banken. In Summe stieg das Einlagenvolumen der sonstigen Finanzintermediäre (inklusive Versicherungen und Pensionskassen) im Jahr 2018 transaktionsbedingt um 15,5 % auf 29,1 Mrd EUR an. Hinter diesen Institutionen stehen jedoch auch meist private Haushalte, welche die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen (z. B. durch den Kauf von Investmentzertifikaten).

Nichtfinanzielle Unternehmen erhöhten auch im Jahr 2018 ihre Einlagen, jedoch reduzierte sich die Jahreswachstumsrate im Laufe des Jahres 2018, sodass sie im Dezember mit 5,2 % deutlich unter dem Vorjahreswert (7,3 %) lag. Im Euroraum insgesamt ging das Jahreswachstum von Unternehmenseinlagen ebenfalls zurück (auf 3,6 % im Jahr 2018 gegenüber 7,6 % im Vorjahr).

Erstmals negative Zinssätze für Unternehmenseinlagen in Österreich

Der OGH stellte in einem Urteil fest, dass Nullzinsen oder sogar negative Zinssätze bei Spareinlagen privater Haushalte nicht möglich sind. Bei sehr hohen Unternehmenseinlagen sind negative Zinssätze in Österreich vereinzelt bereits Realität geworden. Während der kapitalgewichtete Durchschnittszinssatz für täglich fällige Unternehmenseinlagen per Ende 2018 mit 0,02 % nur noch knapp positiv war, lag der Zinssatz für das Neugeschäft von kurzfristig (bis ein Jahr) gebundenen Unternehmenseinlagen mit -0,09 % erstmals im negativen Bereich. Allerdings handelt es sich in Österreich nur um vereinzelte sehr große Einlagengeschäfte, die mit einem negativen Zinssatz belegt wurden. In einigen Euroraum-Ländern sind negative Einlagenzinssätze bei nichtfinanziellen Unternehmen schon seit längerer Zeit ein bekanntes Phänomen. Zum Beispiel lagen in Deutschland die Zinssätze für neue Unternehmenseinlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu einem Jahr seit März 2016 und jene für täglich fällige Einlagen seit November 2016 im negativen Bereich.

Neugeschäftszinssätze von Einlagen nichtfinanzieller Unternehmen



Bei privaten Haushalten zeigte sich bei den Neugeschäftszinssätzen für Einlagen bei österreichischen Banken kaum eine Veränderung. Der Zinssatz für neue Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von bis zu einem Jahr lag in Österreich im Dezember 2018 bei 0,21% und damit nahe seinem historischen Tiefststand (0,19%). Die entsprechenden Vergleichswerte in Deutschland bzw. im Euroraum insgesamt lagen mit 0,28% bzw. 0,31% etwas darüber. Bei täglich fälligen Einlagen bzw. neuen Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von über einem Jahr wiesen österreichische Banken mit 0,09% bzw. 0,61% höhere Zinssätze als Deutschland (0,02% bzw. 0,46%) oder der Euroraum-Durchschnitt (0,03% bzw. 0,47%) auf. Negative Einlagenzinssätze bei privaten Haushalten waren in keinem Euroraum-Mitgliedsland zu beobachten.

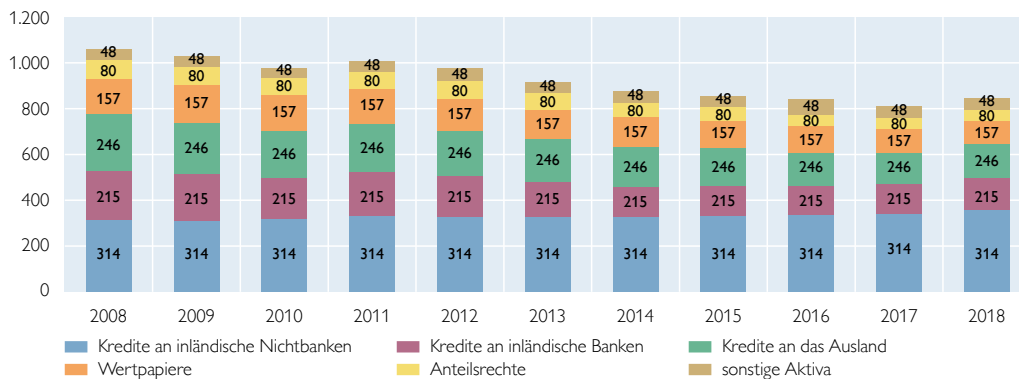
Zunehmendes Kreditgeschäft mit inländischen Nichtbanken

Obwohl die Anzahl der Kreditinstitute und deren Bilanzsumme in den letzten 10 Jahren deutlich abgenommen haben, stieg das Kreditgeschäft mit inländischen Nichtbanken weiter an und erreichte im Dezember 2018 einen Wert von 356,8 Mrd EUR. Die Bedeutung des inländischen Kreditgeschäftes mit Nichtbanken gemessen an der Bilanzsumme stieg im Vergleichszeitraum von rund 30% (2008) auf 42% (2018) deutlich an. Das inländische Zwischenbankgeschäft verlor hingegen stark an Bedeutung. So machten Kredite an inländische Banken 2018 nur noch 143,0 Mrd EUR statt 214,9 Mrd EUR (2008) aus. Kredite an ausländische Banken und Nichtbanken hatten 2018 mit 146 Mrd EUR einen um 100 Mrd EUR geringeren Wert als vor 10 Jahren (246 Mrd EUR). Auch hier war es vor allem das ausländische Zwischenbankgeschäft, welches mit einem Rückgang um 78,2 Mrd EUR (auf 61,9 Mrd EUR) für den Großteil der Entwicklung verantwortlich war. Wertpapiere (2018: 99 Mrd EUR) und Anteilsrechte (2018: 50 Mrd EUR) verloren

Grafik 3

Bilanzsumme österreichischer Banken: Aktiv-Seite

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

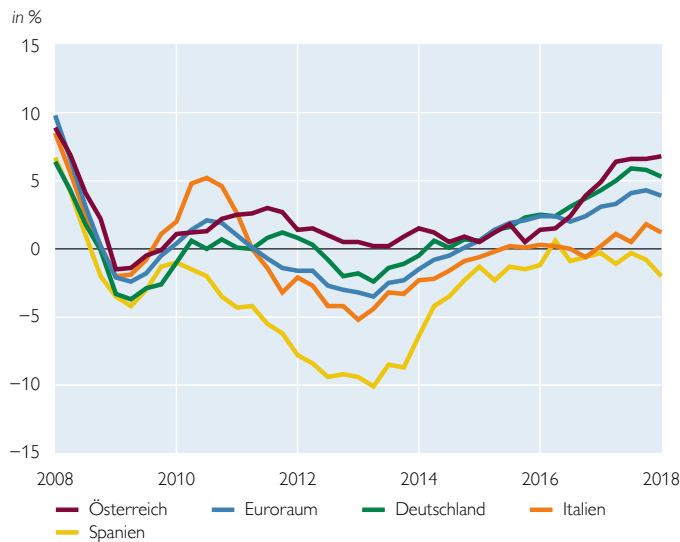
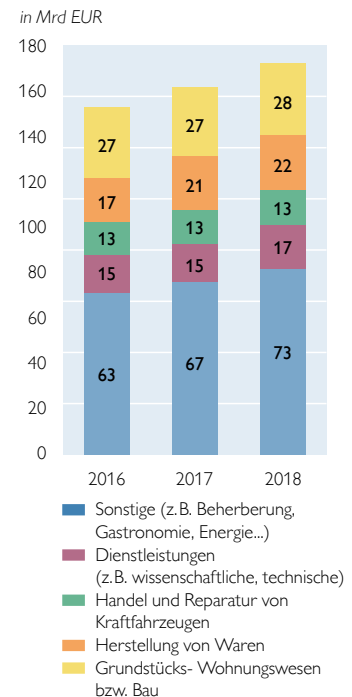
ebenfalls im Verlauf der letzten 10 Jahre – sowohl absolut, als auch gemessen an der gesamten Bilanzsumme – an Bedeutung.

Vor dem Hintergrund eines deutlich positiven wirtschaftlichen Umfeldes – das reale BIP-Wachstum betrug in Österreich 2018 2,7% – stieg auch das Kreditvolumen inländischer Unternehmen mit 6,8% auf einen neuen Höchststand von 153,1 Mrd EUR an. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zeigt sich jedoch, dass der Schuldenstand von Unternehmen mit 40% im Jahr 2018 noch deutlich unter dem Wert von 2008 (46%) lag, weil das Kreditwachstum von Unternehmen real erst 2018 deutlich angesprungen ist und sich zuvor meist unterhalb des nominalen BIP-Wachstums befand.

Im Euroraum insgesamt lag das Kreditwachstum des Unternehmenssektors im Jahr 2018 bei 3,9% und wies damit im Vergleich zu den Vorjahren einen deutlich dynamischeren Wert auf. Wachstumsraten, die über dem Euroraum-Durchschnitt lagen, wiesen neben Österreich (6,8%) auch Belgien (7,0%), Frankreich (6,4%) oder Deutschland (5,3%) auf. Ein Rückgang des Kreditvolumens bei Unternehmen war lediglich in den Niederlanden (-1,4%) und in Spanien (-2,0%) zu beobachten.

Bautätigkeit treibt Kreditwachstum bei Privaten und Unternehmen

Verantwortlich für das starke Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen waren vor allem die in Österreich weiterhin vorherrschende hohe Wohnbautätigkeit und das anhaltende Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2018. Betrachtet man das aushaftende Kreditvolumen nichtfinanzieller Unternehmen nach Branchen, so sieht man, dass der Großteil der gesamten Ausweitung in den letzten beiden Jahren beim Grundstücks- und Wohnungswesen bzw. in der Baubranche stattfand. Im Jahr 2018 kam es in diesen Branchen zu einem Wachstum des aushaftenden Kreditvolumens um 8,1% bzw. zu einem Netto-Zuwachs um 5,4 Mrd EUR gegenüber dem Vorjahr.

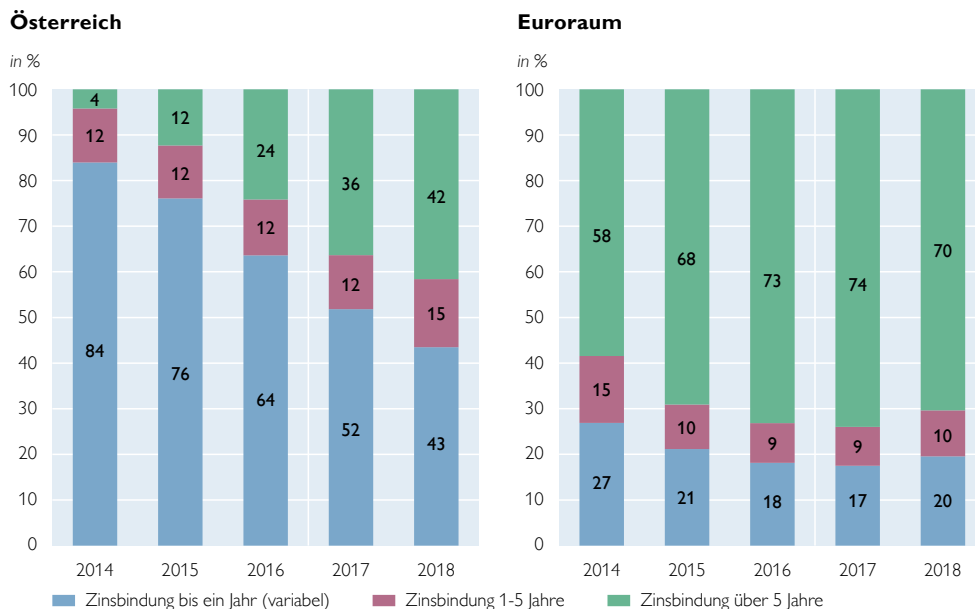
Bautätigkeit treibt Kreditwachstum bei Unternehmen**Jahreswachstum Unternehmenskredite****Unternehmenskredite untergliedert nach Branchen**

Quelle: OeNB, EZB.

Auch bei privaten Haushalten blieb die Nachfrage nach Wohnbaukrediten auf einem hohen Niveau bestehen. Insgesamt weiteten sich Wohnbaukredite in Österreich 2018 um 4,8 % aus und hatten damit den stärksten Einfluss auf das Kreditwachstum privater Haushalte insgesamt (3,7 %). Mit einem aushaftenden Gesamtvolumen von 110,5 Mrd EUR machten Wohnbaukredite rund 68 % des gesamten Kreditvolumens privater Haushalte bei österreichischen Banken aus. Im Euroraum betrug der Anteil der Wohnbaukredite am gesamten aushaftenden Kreditvolumen privater Haushalte sogar 76 %, das Jahreswachstum lag dabei mit 3,2 % jedoch unter jenem Österreichs.

Die historisch geringen Kreditzinssätze dürften weiterhin einen positiven Einfluss auf das Kreditwachstum privater Haushalte im Euroraum haben. Die Zinskonditionen für neu vergebene Wohnbaukredite unterschieden sich dabei zwischen den großen Euroraum-Ländern kaum und auch allgemein kann festgestellt werden, dass es speziell in dieser Kategorie zu einer Konvergenz der Zinssätze zwischen den einzelnen Euroraum-Ländern gekommen ist. Der Zinssatz für neu vergebene Wohnbaukredite lag in Österreich im Dezember 2018 mit 1,82 % nahe am Euroraum-Durchschnitt (1,81 %). Im Vergleich zum Vorjahr (1,86 %) veränderten sich die Zinskonditionen für neu vergebenen Wohnbaukredite – sowohl in Österreich als auch im Euroraum – unwesentlich.

Zusammensetzung des Neugeschäfts bei Wohnbaukrediten



Quelle: OeNB, EZB.

Verstärkte Absicherung des historisch niedrigen Zinsniveaus

Bei der Struktur des Neugeschäfts kam es in Österreich abermals zu einer Zunahme der Kredite mit langen Zinsbindungen. Variabel verzinsten Kredite, die 2014 in Österreich noch einen Anteil von 84% am Neugeschäft von Wohnbaukrediten privater Haushalte hatten, verloren im Laufe der letzten Jahre stark an Bedeutung. 2018 betrug ihr Anteil am Neugeschäftsvolumen von Wohnbaukrediten nur noch 43%, der Anteil von Krediten mit einer anfänglichen Zinsbindungsfrist von über fünf Jahren hat sich seit 2015 verzehnfacht und lag mit 42% auf einem ähnlich hohen Niveau wie jener von variabel verzinsten Krediten. Ausschlaggebend für die starke Nachfrage nach Krediten mit sehr langen Zinsbindungen waren die weiterhin sehr attraktiven Zinssätze. So lag der kapitalgewichtete Durchschnittszinssatz für Kredite mit einer anfänglichen Zinsbindung von über fünf Jahren im Dezember 2018 bei 2,19% und damit um lediglich 65 Basispunkte (BP) über dem Zinssatz für variabel verzinsten Kredite (mit einer anfänglichen Zinsbindung von bis zu einem Jahr).

Konsumkredite weiteten sich 2018 geringfügig aus

In Österreich weiteten sich Konsumkredite im Jahr 2018 – vor dem Hintergrund steigender Zinssätze – nur geringfügig (+0,5%) gegenüber dem Vorjahr aus. Im Euroraum insgesamt stiegen die von Banken vergebenen Konsumkredite mit 6,7% deutlich stärker an. Das dynamische Wachstum bei Konsumkrediten im Euroraum wurde dabei insbesondere von Spanien (+14,7%) und Italien (+9,1%) positiv beeinflusst. Aber auch der Deutschland-Vergleichswert war mit +5,1% deutlich höher als in Österreich.

Die Zinskonditionen für neu vergebene Konsumkredite unterscheiden sich zwischen den einzelnen Euroraum-Ländern deutlicher als bei Wohnbaukrediten und lagen auch wesentlich über diesen. Der Grund für die vergleichbar hohen Zinssätze in diesem Bereich liegt an geringeren Sicherheiten und den damit verbundenen höheren Risiken. Im Euroraum insgesamt lag der Zinssatz für neue Konsumkredite mit 5,39 % um 13 Basispunkte über dem Vorjahreswert, wobei die Entwicklungen in den einzelnen Euroraum-Ländern sehr unterschiedlich waren. So stiegen die Zinssätze für neue Konsumkredite in Deutschland (+44 BP auf 5,81 %) oder Österreich (+32 BP auf 4,99 %) weiter an, während jene in Spanien (-34 BP auf 6,9 %) bzw. in Italien (-32 BP auf 6,22 %) rückläufig waren.

Entwicklung des liquiden Finanzvermögens der österreichischen Haushalte im Börsenjahr 2018

Bianca Ullly, Jun Chao Zhan¹

Das Börsenjahr 2018 war von Handelskonflikten zwischen den USA und China, US-Strafzöllen auf europäische Stahllexporte, der Fed-Zinserhöhung Ende September sowie dem Kursanstieg des US-Dollars geprägt. Besonders im vierten Quartal kam es zu hohen Kursverlusten, wodurch der Dezember 2018 als einer der verlustreichsten Monate in der Börsengeschichte seit den 1930er-Jahren gilt. Börsenturbulenzen, wie sie im Jahr 2018 zu beobachten waren, stellen einen großen Unsicherheitsfaktor für die betroffenen Haushalte in ihrer Finanzvermögensbildung dar. Vor diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Analyse die daraus resultierenden Auswirkungen auf das liquide Finanzvermögen der Haushalte wie Bankeinlagen, Aktien, verzinsliche Wertpapiere sowie Investmentfondsanteile. Betrachtet werden sowohl die direkten Investitionen als auch die via Investmentfonds getätigten indirekten Veranlagungen (Look-through). Österreichische Haushalte gelten eher als risikoavers und delegieren ihre Anlageentscheidungen häufig an Fondsmanager weiter. Sie veranlagten über 50 % ihres direkten Wertpapierbestandes in in- und ausländische Investmentfondsanteile. Während inländische Haushalte in ihrer Veranlagungsstrategie einen „Home Bias“ aufweisen, zeigen die gesamten Investitionen (direkt und indirekt) eine deutliche Verschiebung hin zu ausländischen Wertpapieren. Dabei stellen Deutschland und die USA die zwei wichtigsten ausländischen Schuldnerländer für inländische Wertpapierinvestitionen dar. Österreichische Haushalte mussten im vierten Quartal 2018 Kursverluste in Höhe von 6,8 Mrd EUR bei ihren direkt gehaltenen Wertpapieren hinnehmen. Diese Verluste dürften aber nicht unmittelbar realisiert worden sein, da die Verkäufe in Relation zu den hohen Buchverlusten sehr gering ausfielen. Anfang 2019 war wieder ein Aufwärtstrend bemerkbar. Aktuelle Kursentwicklungen zeigen, dass Haushalte im Jänner Preis- und Wechselkursgewinne in Höhe von 1,2 Mrd EUR aus direkter Veranlagung verzeichnen konnten.

Einleitung

Das veranlagte Finanzvermögen der Haushalte lässt sich vor allem auf Basis der Liquidität des Finanzinstruments unterscheiden. Bankeinlagen, Bargeldbestand, (börsennotierte) Aktien, verzinsliche Wertpapiere sowie Investmentfondsanteile sind (relativ) liquide Veranlagungsformen und können innerhalb eines kurzen Zeitraums bei Bedarf in eine andere Form umgewandelt werden. Haushaltsbefragungen im Rahmen der dritten Welle des Household Finance and Consumption Surveys in Österreich zeigen, dass der Anteil jener Haushalte in Österreich, welche sogenannte liquide riskante Vermögenswerte (Aktien, Anleihen und Investmentzertifikate) halten, etwa 15 % betrug.² Dieser Anteil stieg zwar in den höheren Nettovermögensdezilen, doch selbst in diesen blieb der Anteil der Haushalte mit liquiden riskanten Vermögenswerten relativ niedrig (ca. 30 % im 90. Perzentil). Der Vermögensanteil, welcher von diesen Haushalten in riskante Assets investiert wird, ist über alle Vermögensdezile mit ca. über einem Drittel

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, bianca.ully@oenb.at, junchao.zhan@oenb.at.

² <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpwps/ecb.wp2270~9c72a27c18.en.pdf?54ee6f400f6b2c613d300dc171d766bb>.

ihres Nettovermögens relativ stabil.³ Börsenturbulenzen, wie sie im Jahr 2018 zu beobachten waren, stellten daher einen großen Unsicherheitsfaktor für die betroffenen Haushalte in ihrer Finanzvermögensbildung dar.

Das veranlagte Finanzvermögen der Haushalte kann zusätzlich in einen direkten bzw. indirekten Anteil untergliedert werden. Untersuchungen für die österreichischen Haushalte haben ergeben, dass bei einer Anwendung eines „Look-through-Ansatzes“ unter Berücksichtigung aller indirekten Kanäle das letztlich dem Haushaltssektor zurechenbare Wertpapiervolumen jenes des direkt veranlagten Volumens deutlich übersteigt.⁴

Vor diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Analyse das Volumen des liquiden Finanzvermögens österreichischer privater Haushalte⁵ als Reaktion auf die jüngsten Kursschwankungen an den internationalen Aktienmärkten im Jahr 2018. Anschließend wird unter Anwendung eines „Look-through-Ansatzes“ die indirekte Veranlagung der Haushalte über den Kanal der inländischen Investmentfonds im Detail beleuchtet.

Turbulentes Börsenjahr 2018

Während das Jahr 2017 durch eine Rekordralley auf den Aktienmärkten gekennzeichnet war (der Dow Jones Industrial Average Index verzeichnete 2017 einen der höchsten Jahreskursgewinne mit 24%), war das Börsenjahr 2018 von Handelskonflikten zwischen den Wirtschaftsmächten geprägt. Grafik 1 illustriert die Entwicklung verschiedener internationaler Aktienindizes über das Gesamtjahr bis zum ersten Quartal 2019.

Das Börsenjahr 2018 startete Anfang Februar auf allen großen Märkten mit einer Kurskorrektur gegenüber dem Jahresbeginn. Im März erlitten die Aktienmärkte einen zweiten starken Kurseinbruch im Zusammenhang mit dem schwebenden Handelskrieg zwischen den USA und China. Ein zusätzlicher Unsicherheitsfaktor stellte im März für die internationalen Aktienmärkte die Ankündigung eines generellen Importzolls in Höhe von 25% auf Stahl und Aluminium durch die Vereinigten Staaten dar.

Nach einer kurzen Erholungsphase drohten sich die Anspannungen zwischen den USA und China über den Sommer weiter zu verschärfen. Zusätzlich traten im Juni die Zölle auf europäische Stahlexporte offiziell in Kraft. Der deutsche Leitindex DAX zeigte bereits ab August einen Abwärtstrend, welcher bis zum Ende des Jahres anhielt, während sich an den anderen internationalen Märkten zwischen Juni und Mitte September eine kurze stabile Phase abzeichnete. Die gegenseitige Belegung mit Strafzöllen zwischen den USA und China im September die zeitnahe Fed-Zinserhöhung Ende September sowie die Ankündigung weiterer Zinserhöhungen im Jahr 2018 schickten die Kurse an allen internationalen Märkten auf eine

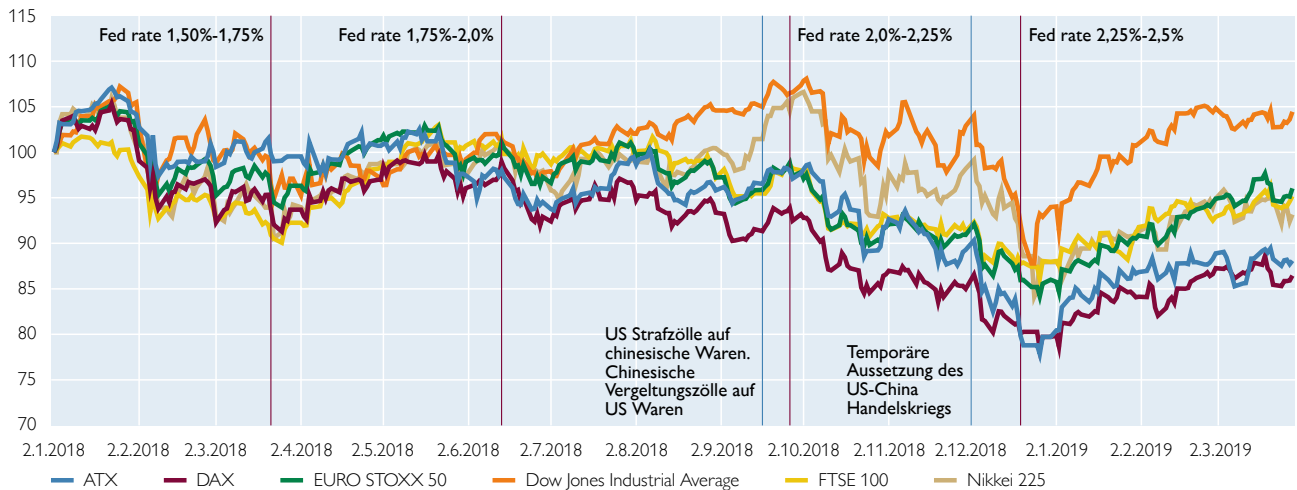
³ <https://www.hfcs.at/dam/jcr:6c798d62-f16a-4fc7-8555-9df9042fc836/hfcs-2017-austria-first-results.pdf>

⁴ https://www.oenb.at/dam/jcr:53d1c0b7-1230-4091-b2ec-fa421122c028/04_Sektorale-VGR_2018_Andreasch.pdf

⁵ *Konsumenten Haushalte und selbstständig Erwerbstätige als private Haushalte im Sinne von ESVG 2010 (S. 14).*

Entwicklung internationaler Aktienindizes

Preisindizes (2.1.2018=100)



Quelle: OeNB, Federal Reserve Board, Bloomberg.

Talfahrt, die das ganze vierte Quartal andauerte. Anfang Dezember einigten sich die USA mit China auf einen Waffenstillstand im Handelskrieg mit temporärer Aussetzung der Strafzölle bis März 2019. Unmittelbar nach der letzten Erhöhung des US-Leitzinssatzes im Dezember 2018 brachen die Aktienkurse weltweit noch einmal kräftig ein, womit der Dezember 2018 als einer der verlustreichsten Dezembermonate in die Börsengeschichte einging. Wechselkursschwankungen sind für österreichische Anleger, die in Fremdwährungswertpapiere investieren, eine zweite Quelle möglicher Unsicherheiten. Allen voran sind Wertpapiere in US-Dollar für bestimmte inländische Investoren eine beliebte Anlagekategorie. Ab April hat der US-Dollar gegenüber dem Euro trotz der heftigen ökonomischen Turbulenzen der zweiten Jahreshälfte aufgewertet.⁶ So lag der USD/EUR-Kurs zum Jahresultimo 2018 gegenüber dem Monatsultimokurs vom März desselben Jahres um 7% höher. Die Aufwertung des US-Dollars federte daher wiederum die Preisverluste der in US-Dollar veranlagten Investitionen in der Jahresbetrachtung ab.

Die Auswirkungen der Börsenturbulenzen 2018 haben die Haushalte aufgrund ihrer direkten Veranlagung in Aktien und Investmentfondsanteile zu spüren bekommen. Im folgenden Kapitel werden die direkte Veranlagung der Haushalte in Wertpapiere und die Auswirkungen der Kurseinbrüche je Finanzierungsinstrument erläutert, im darauffolgenden Kapitel zusätzlich die indirekte Veranlagung betrachtet.

Direkte Veranlagung der Haushalte in Wertpapieren

Das gesamte direkt kontrollierte liquide Finanzvermögen der Haushalte in Form von Wertpapieren, Bankeinlagen und Bargeldbestand betrug im Dezember 2018

⁶ Tägliche Referenzkurse der EZB: <https://www.oenb.at/isaweb/chart.do?lang=DE&report=2.14.9>.

382,6 Mrd EUR (davon 110,4 Mrd EUR als direkte Wertpapierveranlagung, 248,7 Mrd EUR als Bankeinlagen und 23,5 Mrd EUR als Bargeldbestand). Der Vergleichswert betrug per September 2018 381 Mrd EUR (davon 117,3 Mrd EUR als direkte Wertpapierveranlagung, 240,8 Mrd EUR als Bankeinlagen und 23,2 Mrd EUR als Bargeldbestand). Der Bestandsrückgang an gehaltenen Wertpapieren im letzten Quartal war fast ausschließlich auf Preiseffekte (−6,8 Mrd EUR) und nur zu einem sehr geringen Teil auf Transaktionen (−108 Mio EUR) zurückzuführen. Die Einlagen der Haushalte bei inländischen Banken verzeichneten im Oktober 2018 einen hohen Anstieg in der Höhe von ca. 5,1 Mrd EUR von 240,8 Mrd EUR auf 245,9 Mrd EUR, gefolgt von weiteren Erhöhungen in den beiden Folgemonaten (November: +1,7 Mrd EUR; Dezember: +1 Mrd EUR). Der Anstieg der Bankeinlagen im letzten Quartal war wesentlich von täglich fälligen Einlagen getrieben. Diese erhöhten sich von September auf Oktober 2018 von 145 Mrd EUR auf 150,4 Mrd EUR um rund 5,5 Mrd EUR (November: +1,93 Mrd EUR; Dezember: +1,57 Mrd EUR). Setzt man den direkten Wertpapierbestand zu den Bankeneinlagen und Bargeldbestand der Haushalte in Relation, so machten die Wertpapiere zum Jahresultimo 2018 etwa 29 % des liquiden Finanzvermögens der Haushalte aus. Der Septemberwert vor dem Börsencrash lag mit 31 % etwas höher.

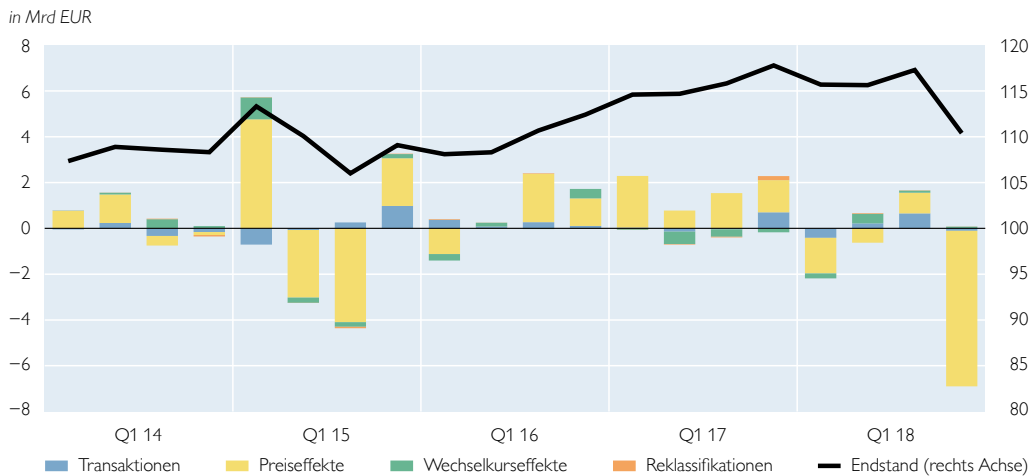
Inländische Haushalte gelten als eher risikoavers. Sofern überhaupt eine Investition in Wertpapiere vorlag, veranlagten Haushalte Ende 2018 über 50 % (57 Mrd EUR) ihres Wertpapierportfolios in in- und ausländische Investmentfondsanteile und 26 % (29 Mrd EUR) in verzinsliche Wertpapiere. Nur 20 % (24 Mrd EUR) wurden in als risikoreich geltende börsennotierte und nicht börsennotierte Aktien veranlagt. Verbriefte Finanzderivate sind mit nicht einmal 1 % (0,1 Mrd EUR) vernachlässigbar, weshalb im Rahmen der Analyse nicht weiter darauf eingegangen wird.

Insgesamt betrug die buchmäßigen Preiseffekte der Haushalte im Jahr 2018 −8 Mrd EUR und die Wechselkurseffekte 0,4 Mrd EUR. Die Transaktionen für die gesamten Wertpapierveranlagungen beliefen sich 2018 auf 0,3 Mrd EUR.

Der Anteil an Investmentfondsanteilen hat sich in den letzten Jahren um 10 Prozentpunkte erhöht, während Haushalte weiterhin ihre Investitionen in verzinsliche Wertpapiere – bedingt durch die Niedrigzinsphase und dem bis 2017 anhaltenden Trend zur Bankbilanzverkürzung – netto abbauten. 2018 wurden Nettoverkäufe verzinslicher Wertpapiere in Höhe von 1,7 Mrd EUR verzeichnet. Die Bestände inländischer verzinslicher Wertpapiere beliefen sich zum Ultimo 2018 auf 23 Mrd EUR (21 % der direkten Veranlagung), jene ausländischer Wertpapiere auf 6 Mrd EUR (5 %). Ausländische Anleihen wurden im Gegensatz zu inländischen Anleihen (−2 Mrd EUR) leicht zugekauft (+0,3 Mrd EUR). Obwohl 2018 erstmals seit dem Jahr 2008 mehr inländische Bankanleihen emittiert als getilgt wurden, verkauften Haushalte insbesondere inländische Bankanleihen netto in Höhe von −1 Mrd EUR (davon im ersten Quartal −0,8 Mrd EUR). Ende 2018 betrug die Bestände an inländischen Bankanleihen 13,5 Mrd EUR (knapp 50 % der Bestände von in- und ausländischen Anleihen). Verkauft wurden auch Anleihen sonstiger inländischer Finanzinstitute (−0,7 Mrd EUR) sowie inländische Unternehmensanleihen (−0,4 Mrd EUR). Österreichische Staatsanleihen wurden leicht zugekauft (+0,2 Mrd EUR). Inländische Haushalte hielten insgesamt 2,2 Mrd EUR ausländische Staatsanleihen (8 % der Bestände an verzinslichen Wertpapieren), davon 0,7 Mrd EUR deutsche Staatsanleihen und 0,4 Mrd EUR

Grafik 2

Direkte Wertpapierveranlagung (in- und ausländische Aktien, Anleihen und Investmentfondszertifikate) 2014–2018



US-Staatsanleihen. Ebenfalls beliebt waren mit Beständen in Höhe von 1,4 Mrd EUR Unternehmensanleihen (davon 0,6 Mrd EUR deutsche Unternehmensanleihen) sowie mit 1,1 Mrd EUR Bankanleihen (davon 0,8 Mrd EUR deutsche Bankanleihen).

Im Gegensatz zu den Investitionen in börsennotierte Aktien und Investmentfondsanteile fielen die Kursverluste 2018 für verzinsliche Wertpapiere mit –0,6 Mrd EUR relativ gering aus (–2 % in Relation zum Ultimostand 2017).

Insgesamt betrachtet war 2018 für österreichische Haushalte kein gutes Jahr für die Entwicklung ihres Aktien- und Investmentfondsportfolios. Grafik 2 veranschaulicht die Entwicklung der Wertpapierbestände sowie Kurs- und Transaktionswerte der letzten 5 Jahre. Börsennotierte Aktien und Investmentfondsanteile verzeichneten die höchsten Kurseinbrüche in dieser Periode. Aufgrund der globalen Börsenturbulenzen mussten die Haushalte im vierten Quartal 2018 negative Preiseffekte für börsennotierte Aktien über 3 Mrd EUR bzw. –12 % für Investmentfondsanteile in Höhe von 3,4 Mrd EUR bzw. –6 % verbuchen (Veränderungen jeweils in Relation zum Vorquartalsendstand).

Insgesamt betrug die Preiseffekte für börsennotierte Aktien im Jahr 2018 knapp –3 Mrd EUR. Davon entfielen –1,3 Mrd EUR auf inländische Aktien und –1,7 Mrd EUR auf ausländische Aktien. Die größten Verluste in Höhe von –0,8 Mrd EUR entstanden durch den Bestand deutscher Unternehmensaktien. Positive Wechselkurseffekte in Höhe von 0,2 Mrd EUR – hauptsächlich durch den Bestand an USD-Wertpapieren – konnten den Einbruch nur leicht abfedern. Für USD-Aktien haben sich die Preiseffekte im Jahr 2018 insgesamt in Höhe von –223 Mio EUR (davon im vierten Quartal: –598 Mio EUR) und Wechselkurseffekte in Höhe von +182 Mio EUR (davon im zweiten Quartal +204 Mio EUR) nahezu aufgehoben. 2017 konnten Haushalte noch Preis- und Wechselkursgewinne in Höhe von 4,1 Mrd EUR verzeichnen. Über die letzten fünf Jahre (2014–2018) betrachtet, entwickelten sich allerdings die Aktieninvestitionen der Haushalte ins-

gesamt durchaus positiv, mit Preis- und Wechselkursgewinnen in Höhe von 3,9 Mrd EUR (+22 % im Vergleich zum Endstand 2013).

Transaktionsbedingt erhöhten inländische Haushalte 2018 ihre Bestände an ausländischen Aktien um 265 Mio EUR, während inländische Aktien in annähernd demselben Ausmaß (261 Mio EUR) verkauft wurden. Besonders beliebt waren deutsche Aktien mit Nettozukäufen in Höhe von 178 Mio EUR (davon 88 Mio EUR Unternehmensaktien und 65 Mio EUR Bankaktien). Ende 2018 besaßen Haushalte inländische börsennotierte Aktien in Höhe von knapp 9 Mrd EUR (8 % der direkten Wertpapierveranlagung) sowie ausländische Aktien in Höhe von 13,4 Mrd EUR (12 %) im Portfolio. Regional betrachtet hielten Haushalte deutsche Aktien in Höhe von 4,5 Mrd EUR (davon 3,6 Mrd EUR Unternehmensaktien), US-Aktien in Höhe von 3,5 Mrd EUR (davon 3,1 Mrd EUR Unternehmensaktien) sowie Schweizer Aktien in Höhe von 1,9 Mrd EUR (davon 1,4 Mrd EUR Unternehmensaktien).

Mit ihrer direkten Veranlagung in Investmentfondsanteile verloren Haushalte 2018 4,4 Mrd EUR (davon –3,4 Mrd EUR im vierten Quartal), während sie 2017 noch Gewinne in Höhe von 1,2 Mrd EUR verzeichnen konnten. Die positiven Wechselkurseffekte waren wie bei den börsennotierten Aktien mit 0,1 Mrd EUR überschaubar. Die höchsten Verluste entstanden durch inländische gemischte Fonds (Preis- und Wechselkurseffekte: –0,4 Mrd EUR bzw. –8 % in Relation zum Endstand 2017), inländische Aktienfonds (–1,1 Mrd EUR bzw. –16 %) sowie ausländische Aktienfonds (–0,8 Mrd EUR bzw. –10 %). Im Gegensatz zu den Investitionen in börsennotierte Aktien waren die Kursveränderungen der Investmentfondsanteile, in die Haushalte investierten, innerhalb der letzten 5 Jahre mit –1,2 Mrd EUR negativ.

Die Zukäufe von Investmentfondsanteilen im Jahr 2018 waren mit über 2 Mrd EUR die niedrigsten der letzten 5 Jahre, im vierten Quartal 2018 kam es sogar erstmals seit dem ersten Quartal 2012 zu Nettoverkäufen in Höhe von 157 Mio EUR. Am stärksten wurden im Jahr 2018 inländische Investmentfonds (+976 Mio EUR) sowie Investmentfonds aus Luxemburg (+825 Mio EUR) und Deutschland (+252 Mio EUR) zugekauft. Am stärksten verkauften Haushalte Investmentfonds aus Großbritannien (–182 Mio EUR). Mit –46 % in Relation zum Endstand 2017 waren das die mit Abstand höchsten Verkäufe britischer Fonds seit 5 Jahren. Zum Jahresultimo 2018 hielten Haushalte inländische Investmentfondanteile in Höhe von 40,4 Mrd EUR (37 % der direkten Wertpapierveranlagung) und ausländische Investmentfondsanteile in Höhe von 16,9 Mrd EUR (15 %).

Grafik 3 veranschaulicht die Entwicklung der von Haushalten gehaltenen börsennotierten Aktien sowie Investmentzertifikate im Zeitverlauf der letzten 5 Jahre. Die Einzelkomponenten zeigen, dass die Verkäufe trotz stark abfallender Kurse im vierten Quartal 2018 sehr gering ausfielen. Somit deutet dies auf eine eher beobachtende Haltung der österreichischen Haushalte beim jüngsten Börsencrash hin, wodurch die meisten erlittenen Verluste der Haushalte nicht unmittelbar realisiert wurden.

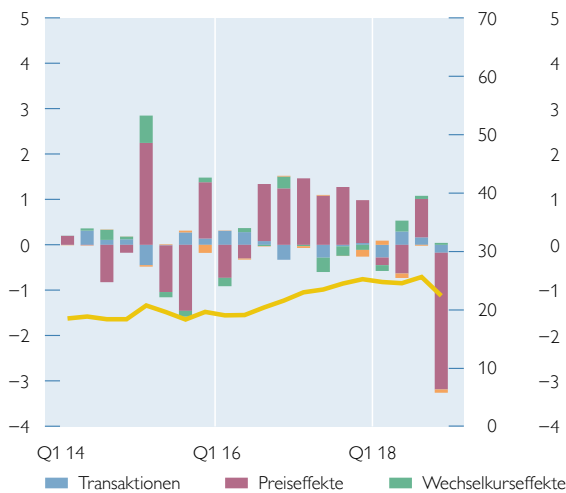
Insgesamt betragen die Bestände inländischer Investmentfondsanteile (ohne Fonds-in-Fonds-Investitionen) 129,1 Mrd EUR. Davon hielten Haushalte 31 % (40,4 Mrd EUR) sowie institutionelle Investoren 41 % (53,5 Mrd EUR). Vergleicht man Transaktionen und Preiseffekte bei inländischen Investmentfondszertifikaten je Gläubigergruppe (ohne Fonds-in-Fonds-Investitionen), so fällt auf, dass Haus-

Grafik 3

Direkte Veranlagung der Haushalte in in- und ausländische börsennotierte Aktien und Investmentfondsanteile

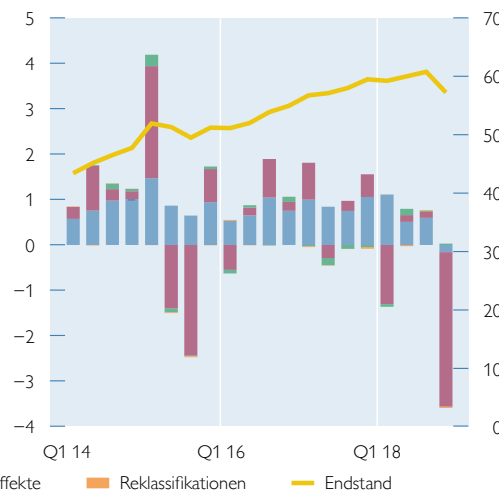
Börsennotierte Aktien

in Mrd EUR



Investmentfondsanteile

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

halte nicht nur mit ihren direkten Investitionen in inländische Investmentfondszertifikate, sondern auch mit ihren indirekten Veranlagungen durch institutionelle Investoren wie Versicherungen, Pensionskassen und betriebliche Vorsorgekassen von den Kurseinbrüchen im vierten Quartal 2018 stark betroffen waren. So ergaben sich für institutionelle Investoren im vierten Quartal 2018 buchmäßige Preisverluste in Höhe von 2,4 Mrd EUR. Grafik 4 zeigt die Verteilung der Preiseffekte und Transaktionen der Investmentzertifikate je Gläubigergruppe für das vierte Quartal 2018 und veranschaulicht, dass bei Berücksichtigung indirekter Veranlagung durch institutionelle Investoren die Auswirkung der jüngsten Börsenturbulenzen auf das gesamte Finanzvermögen der Haushalte noch stärker ausfallen würde.

Im folgenden Kapitel werden mittels „Look-through“ die Auswirkungen der Fondsinvestitionen auf die Haushalte näher beleuchtet. Strukturelle Informationen zu den direkten und indirekten Investitionen der Haushalte über alle indirekten Kanäle inklusive Versicherungen und Pensionskassen sind dem Artikel „Indirekte Finanzveranlagungen der Haushalte“⁷ zu entnehmen.

⁷ Andreasch et al. 2018. Indirekte Finanzveranlagungen der Haushalte in Österreich. Strukturanalyse anhand eines „Look-through-Ansatzes“ auf Basis von Einzelwertpapierdaten. In: Einkommen, Konsum und Vermögen der Haushalte – Sektorale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1998-2017 (STATISTIKEN Sonderheft). OeNB. Verfügbar unter: https://www.oenb.at/dam/jcr:53d1c0b7-1230-4091-b2ec-fa421122c028/04_Sektorale-VGR_2018_Andreasch.pdf.

Grafik 4

Inländische Investmentfondszertifikate (ohne Fonds-in-Fonds) Q4 18

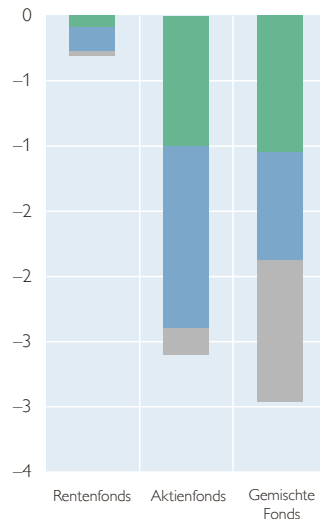
Transaktionen

in Mrd EUR



Preiseffekte

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

Indirekte Wertpapierinvestitionen der österreichischen Haushalte über inländische Investmentfonds

Der „Look-through-Ansatz“ ist eine Methodologie zur Berechnung der indirekten Wertpapierveranlagung des ursprünglichen Gläubigers mittels Kombination verschiedener Einzelwertpapiererhebungen.⁸ In der vorliegenden Analyse wird für die Haushalte durch den Kanal der gehaltenen inländischen Investmentfondsanteile „durchgeschaut“, um die indirekte Wertpapierveranlagung der Haushalte im vierten Quartal 2018 zu untersuchen. Im Falle einer inländischen Fonds-in-Fonds (F.i.F.)-Veranlagung wird ein zweites Mal der „Look-through-Ansatz“ angewendet, um die zugrunde liegenden indirekten Anleihen- und Aktienanteile auf der zweiten Ebene zu ermitteln.⁹ Nachfolgend soll ein konkretes Beispiel den „Look-through-Ansatz“ verdeutlichen.

Ein Fonds X wird zu 20 % von Haushalten gehalten. Dieser Fonds X investiert zu 70 % in Aktien und zu 30 % in einen anderen inländischen Fonds Y, welcher wiederum zu 60 % in Anleihen und 40% in Aktien investiert. In der ersten Stufe des „Look-through-Ansatzes“ werden zunächst die vom Fonds X gehaltenen Wertpapiere exklusive der inländischen F.i.F.-Veranlagung anteilig den Haushalten zugeordnet (d. h. $0,2 \cdot 0,7 = 14\%$ des Aktienvolumens des Fonds X). In der zweiten Stufe werden die gehaltenen Anleihen und Aktien vom Schuldnerfonds Y anteilmäßig über die Investitionskette den Haushalten zugewiesen (d. h. $0,2 \cdot 0,3 \cdot 0,6 = 3,6\%$ des Anleihe- und $0,2 \cdot 0,3 \cdot 0,5 = 3\%$ des Aktienvolumens des Fonds Y).

Österreichische Haushalte hielten zum Ultimo September 2018 42,5 Mrd und per Ende Dezember 2018 EUR 40,4 Mrd EUR an inländischen Investmentfondszertifikaten. Tabelle 1 zeigt das Ergebnis des „Look-through-Ansatzes“ für die indirekte Wertpapierveranlagung der Haushalte über den Kanal der inländischen Fonds nach Fondskategorien. Die Differenz zwischen den direkt gehaltenen Investmentzertifikaten der Haushalte und der Summe der unten dargestellten indirekten Wertpapierveranlagung nach „Look-through“ stellen die Kassenbestände, Immobilien und sonstige Vermögensgegenstände der inländischen Investmentfonds dar.

⁸ Umlaufvolumen der inländischen Investmentfonds, direkte Bestände der Gläubiger (z. B. inländische Haushalte) an inländischen Investmentfonds sowie direkte Bestände der inländischen Investmentfonds.

⁹ In der vorliegenden Analyse wird der „Look-through-Ansatz“ maximal bis zur zweiten Stufe einer inländischen Fonds-in-Fonds-Veranlagungskette angewendet (d.h. ein Rest an inländischen F.i.F.-Forderung bleibt bestehen, wenn der Schuldnerfonds einer F.i.F.-Veranlagung ein weiteres Mal in einen inländischen Fonds investiert). Assets der ausländischen Fonds können aufgrund fehlender Einzelmelderinformation nicht weiter aufgeschlüsselt werden und verbleiben als Forderung in Form von ausländischen Investmentzertifikaten.

Tabelle 1

Im vierten Quartal 2018 verringerte sich der indirekte Wertpapierbestand der von Haushalten gehaltenen inländischen Aktienfonds von 7,1 Mrd EUR auf 6,1 Mrd EUR. Ein Großteil der indirekten Aktienveranlagung der Haushalte wurde über inländische Aktienfonds getätigt, wobei sich deren Portfolio zu einem hohen Anteil aus US-Aktien zusammensetzte. Im September 2018 betrug die indirekte Aktienveranlagung der Haushalte durch die inländischen Aktienfonds insgesamt 5,6 Mrd EUR, wovon US-Aktien 1,6 Mrd EUR ausmachten. Im Gegensatz zum hohen Volumen der direkt von Haushalten in Deutschland investierten Aktien (5,1 Mrd EUR) betrug der Vergleichswert über die inländischen Aktienfonds lediglich 375 Mio EUR. Der gesamte indirekte Aktienbestand der von Haushalten gehaltenen Aktienfonds verlor im vierten Quartal in Folge der Börsenturbulenzen an den internationalen Märkten stark an Wert und ging im Dezember 2018 auf 4,8 Mrd EUR zurück. Allein im Dezember 2018 verloren die von Aktienfonds¹⁰ gehaltenen börsennotierten US-Aktien ca. 9 % gegenüber dem Vormonat. Ausländische Investmentzertifikate machten einen weiteren wesentlichen Teil der indirekten Veranlagung der Haushalte aus. Österreichische Haushalte hielten im September indirekt 1,5 Mrd EUR

an ausländischen Investmentzertifikaten über inländische Aktienfonds. Die ausländischen F.i.F.-Veranlagung der inländischen Aktienfonds besteht im Allgemeinen wiederum fast ausschließlich aus ausländischen Aktienfonds.¹¹ So bestanden in beiden Monaten volumenanteilig etwa 97 % aller ausländischen F.i.F.-Veranlagungen der inländischen Aktienfonds aus ausländischen Aktienfonds, wodurch sich die Börsenturbulenzen in der ausländischen F.i.F.-Veranlagung besonders stark niederschlugen.

Der indirekte Wertpapierbestand der Haushalte über inländische Mischfonds verringerte sich im vierten Quartal 2018, im Wesentlichen preis- und wechsellkursbedingt, von 18 Mrd EUR auf 16,8 Mrd EUR. Neben den Aktienfonds sind

Indirekte Wertpapierveranlagung der Haushalte über inländische Investmentfonds („Look-through“)

Endstand zu Marktwerten bewertet		Sep. 18	Dez. 18	
Position		in Mio. EUR		
Aktienfonds	Gesamt	7.098	6.085	
	Verzinsliche Wertpapiere	25	26	
	Aktien u. Anteilsrechte	5.577	4.755	
	hiervon AT	579	459	
	hiervon EA (exkl. AT)	1.154	984	
	hiervon US	1.581	1.307	
	Inländische F.i.F. (Rest)	2	2	
	Ausländische F.i.F.	1.494	1.302	
	hiervon Aktienfonds	1.451	1.256	
	Mischfonds	Gesamt	17.942	16.754
Verzinsliche Wertpapiere		7.004	6.921	
Aktien u. Anteilsrechte		2.928	2.430	
hiervon AT		216	166	
hiervon EA (exkl. AT)		794	642	
hiervon US		1.158	969	
Inländische F.i.F. (Rest)		57	51	
Ausländische F.i.F.		7.954	7.352	
hiervon Aktienfonds		4.238	3.389	
hiervon Rentenfonds		3.120	3.468	
Rentenfonds	Gesamt	10.166	9.827	
	Verzinsliche Wertpapiere	9.764	9.444	
	hiervon AT	1.530	1.473	
	hiervon EA (exkl. AT)	4.255	4.171	
	hiervon US	1.249	1.117	
	Aktien u. Anteilsrechte	4	2	
	Inländische F.i.F. (Rest)	11	12	
	Ausländische F.i.F.	387	368	
	Immobilienfonds	Gesamt	837	845
		Verzinsliche Wertpapiere	781	789
Inl. F.i.F. (Rest)		-	-	
Ausl. F.i.F.		56	56	
Hedge, Geldmarktfonds & sonstige	Gesamt	105	99	
	Verzinsliche Wertpapiere	23	19	
	Inländische F.i.F. (Rest)	-	-	
	Ausländische F.i.F.	83	80	

Quelle: OeNB.

¹⁰ Population der inländischen Aktienfonds, welche inländische Haushalte als Gläubiger haben.

¹¹ Fast ausschließlich in luxemburgische und irische Fonds veranlagt.

Mischfonds ein weiterer wichtiger Kanal für die indirekte Aktienveranlagung der Haushalte. Im September 2018 betrug der indirekt über Mischfonds investierte Aktienbestand der Haushalte 2,9 Mrd EUR. Dieser Aktienbestand betrug im Dezember nach Kursverlusten nur mehr 2,4 Mrd EUR. Ein substanzieller Anteil der Assets der Mischfonds war in ausländischen Fonds veranlagt. Zum September 2018 besaßen österreichische Haushalte indirekt 8 Mrd EUR an ausländischen Investmentzertifikaten über gemischte Fonds. Dieses Volumen ging im Dezember auf 7,4 Mrd EUR zurück. Eine genauere Betrachtung der F.i.F.-Veranlagung für inländische Mischfonds zeigt, dass der Anteil von ausländischen Aktienfonds an der gesamten ausländischen F.i.F.-Veranlagung im September und Dezember 2018 etwa 53 % (4,2 Mrd EUR) bzw. 46 % (3,3 Mrd EUR) betrug. Ausländische Rentenfonds stellen die zweitgrößte Kategorie der F.i.F.-Veranlagung von Mischfonds mit einem Anteil von 39 % (3,1 Mrd EUR) bzw. 47 % (3,4 Mrd EUR) dar. Die geringere Aktienkonzentration der Mischfonds federte somit größere Kursverluste und Bestandsrückgänge ab.

Das Volumen der indirekten Anleiheveranlagung über inländische Renten- und Mischfonds betrug zum September 2018 insgesamt 16,7 Mrd EUR. Verglichen mit den stark gesunkenen Aktienkurswerten blieben die Rentenkurse im vierten Quartal relativ stabil, wodurch der indirekte Anleihebestand in den beiden Vergleichsmonaten fast konstant blieb (Dezember 2018: 16,3 Mrd EUR). Die indirekt gehaltenen Anleihen stammten hauptsächlich aus dem Inland (2,1 Mrd EUR), Frankreich (2 Mrd EUR), USA (1,7 Mrd EUR), sowie Deutschland (1,7 Mrd EUR). Immobilien-, Geldmarkt-, Hedge- und sonstige Fonds investierten kaum in Aktien und hielten erwartungsgemäß in Vergleich zu den Renten- und Mischfonds nur ein relativ geringes Volumen an Rentenwerten. Zusammenfassend über alle inländischen Fondskategorien ergab sich zum Jahresultimo 2018 ein Gesamtvolumen indirekter Wertpapierveranlagung in Höhe von 33,6 Mrd EUR. Der Vergleichswert für den September 2018 betrug 36,2 Mrd EUR.

Tabelle 2 zeigt das liquide Finanzvermögen der Haushalte in Form von Wertpapieren und Bankeinlagen für die Ultimos der beiden Vergleichsmonate im letzten Quartal 2018. Die Tabelle zeigt zunächst die wichtigsten Positionen der direkten Veranlagung nach Finanzierungsinstrument und Emittenteninformation. In der Tabellenspalte *Direkt und indirekt gesamt* wurde das Volumen der indirekt gehaltenen Wertpapiere über die inländischen Investmentfonds aus Tabelle 1 zum Volumen der direkt veranlagten Wertpapiere der Haushalte hinzugezählt, um eine Gesamtansicht über das Wertpapier-Portfolio der österreichischen Haushalte in den letzten Monaten eines turbulenten Börsenjahres 2018 zu erhalten.

Der Vergleich zwischen der direkten Veranlagung und der Gesamtansicht (Summe der direkten und indirekten Veranlagung über die inländischen Investmentfonds) in liquides Vermögen zeigt deutliche Unterschiede in den Dimensionen hinsichtlich der Veranlagungsform (Anleihen versus Aktien) sowie des Ursprungslandes des Emittenten. Während die Daten auf einen „Home-Bias“ in der direkten Investitionsentscheidung der Haushalte hindeuten, zeigt sich ein anderes Bild unter der Berücksichtigung indirekter Veranlagung durch die inländischen Investmentfonds, die deutlich stärker ausländische Wertpapiere bevorzugen. Die Struktur des gesamten Wertpapierbestandes der Haushalte blieb jedoch vor und nach den Kurseinbrüchen fast unverändert.

Tabelle 2

Direkte und indirekte Veranlagung der Haushalte

Endstand zu Marktpreisen bewertet	September 2018			Dezember 2018		
	Direkt	Indirekt (via inländische Investmentfonds)	Direkt und indirekt gesamt	Direkt	Indirekt (via inländische Investmentfonds)	Direkt und indirekt gesamt
<i>in Mio EUR</i>						
Inländische Wertpapiere excl. Investmentfonds gesamt	35.066	3.834	38.900	33.568	3.584	37.152
hiervon Anleihen	23.282	2.966	26.248	23.161	2.895	26.055
hiervon Bankanleihen	14.911	1.300	16.211	13.470	1.262	14.732
hiervon Unternehmensanleihen	2.610	1.320	2.925	2.512	292	2.804
hiervon Staatsanleihen	1.157	1.320	2.477	1.249	1.306	2.555
hiervon Aktien	11.785	796	12.581	10.407	625	11.032
hiervon Unternehmensaktien	9.236	620	9.856	8.072	489	8.560
Ausländische Investmentzertifikate	18.297	9.974	28.271	16.890	9.158	26.048
hiervon Aktienfonds	8.263	5.697	13.960	7.197	4.651	11.848
hiervon Mischfonds	4.577	398	4.975	4.304	412	4.716
hiervon Rentenfonds	3.119	3.615	6.734	3.024	3.944	6.968
Ausländische Aktien und Anteilsrechte	15.329	7.712	23.041	13.495	6.563	20.058
hiervon Deutschland	5.139	729	5.868	4.502	604	5.106
hiervon Unternehmensaktien	4.102	602	4.703	3.582	492	4.074
hiervon Frankreich	435	498	932	382	387	769
hiervon Niederlande	785	222	1.007	698	197	895
hiervon Schweiz	2.014	376	2.390	1.879	328	2.207
hiervon Großbritannien	894	491	1.385	819	410	1.229
hiervon USA	4.115	2.741	6.856	3.526	2.276	5.802
hiervon Unternehmensaktien	3.665	2.276	5.941	3.137	1.910	5.047
Ausländische Staatsanleihen	2.183	6.575	8.758	2.228	6.678	8.906
hiervon Deutschland	713	887	1.600	713	914	1.627
hiervon Frankreich	15	1.028	1.043	19	1.017	1.036
hiervon Niederlande	250	150	400	250	167	417
hiervon Schweiz	195	3	198	225	3	228
hiervon Großbritannien	134	71	205	134	77	211
hiervon USA	434	549	983	443	527	970
Sonstige ausländische Anleihen	3.873	8.056	11.929	3.840	7.627	11.466
hiervon Deutschland	1.513	720	2.233	1.520	758	2.278
hiervon Frankreich	370	1.139	1.509	364	1.055	1.420
hiervon Niederlande	362	854	1.216	372	821	1.193
hiervon Schweiz	18	30	48	16	32	48
hiervon Großbritannien	241	731	972	203	686	889
hiervon USA	368	1.471	1.839	383	1.226	1.609
hiervon Unternehmensanleihen	252	805	1.057	264	669	933
Wertpapier-Veranlagung (exkl. inländische Investmentfonds) gesamt	74.749	36.151	110.899	70.021	33.610	103.630
Inländische Investmentfondszertifikate						
direkte Veranlagung der Haushalte	42.529	–		40.373	–	
indirekte Veranlagung der Haushalte ¹	–	70		–	64	
Nicht-Wertpapiervermögen der inländischen Fonds ²	–	6.309		–	6.698	
Wertpapier-Veranlagung gesamt	117.278			110.393		
Einlagen auf inländischen Banken	240.794			248.566		
hiervon täglich fällig	144.928			153.851		
Bargeld	23.180			23.511		

Quelle: OeNB.

¹ Indirekter inländischer Investmentfondsbestand nach 2 x Look-through.² Restgröße Einlagen, Immobilienvermögen und sonstiges Vermögen.

Die Gegenüberstellung der beiden Ansichten zeigt einen wesentlich höheren Anteil an ausländischem Wertpapierbesitz der Haushalte in der Gesamtansicht (mit 64 % zum Jahresultimo 2018) gegenüber dem Vergleichswert für die direkte Veranlagung (33 %). Die größte Konzentration in der Gesamtansicht des Wertpapierbestands im Ausland stellte Deutschland mit einem Volumen von 9 Mrd EUR in der Gesamtansicht dar. Zum Jahresultimo 2018 veranlagten österreichische Haushalte direkt 4,4 Mrd EUR in US-Wertpapieren (davon 3,1 Mrd EUR in US-Unternehmensaktien). Dieses Volumen verdoppelte sich nahezu auf 8,4 Mrd EUR (davon 5 Mrd EUR in US-Unternehmensaktien) in der Gesamtansicht. Somit stellten die USA in der vorliegenden Gesamtbetrachtung für die österreichischen Haushalte das zweitgrößte ausländische Schuldnerland hinter Deutschland dar. Unterschiede zwischen der direkten und indirekten Veranlagung machten sich ebenfalls bei niederländischen und französischen Banken- und Unternehmensanleihen bemerkbar.

Der zweite Aspekt, bei dem sich wesentliche Veränderungen nach dem „Look-through“ auftraten, betrifft die strukturelle Verteilung zwischen Aktien und Anleihen im Portfolio der Haushalte. Während der direkte Aktienanteil der Haushalte zum Jahresultimo 2018 lediglich 22 % (23 Mrd EUR) betrug, belief sich der Vergleichswert in der Gesamtansicht auf insgesamt 31 Mrd EUR und machte etwa 30 % des gesamten Wertpapierbestandes aus. Hierbei wurde der indirekt gehaltene Aktienbestand der Haushalte über die ausländischen Aktienfonds in der Gesamtansicht (ca. 12 Mrd. EUR) noch nicht berücksichtigt.¹² Der gehaltene Anleihewert in der Gesamtansicht belief sich zum Jahresultimo 2018 auf 46,4 Mrd EUR (September: 47 Mrd EUR). Das Volumen der gehaltenen ausländischen Rentenfonds, welches bei Berücksichtigung den Wert der gehaltenen Anleihen noch weiter erhöhen würde, betrug ca. 7 Mrd. EUR.

Entwicklungen zum Jahresbeginn 2019

Zum Jahresbeginn 2019 erholten sich die Aktienmärkte allmählich wieder von den beträchtlichen Kursverlusten des letzten Quartals. Grafik 1 veranschaulicht diesen Erholungsprozess an den internationalen Märkten, der sogleich nach dem Jahreswechsel einsetzte. Infolgedessen konnten Haushalte bereits im Jänner Preis- und Wechselkursgewinne aus direkter Veranlagung in Höhe von 1,2 Mrd EUR verzeichnen. Während der Dow Jones-Index in den ersten drei Monaten eine rasante Aufholjagd hinlegte und bereits im März das Niveau vor dem Börsencrash wiedererlangte, war eine vollständige Erholung an den meisten anderen internationalen Aktienmärkten zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Eine wesentliche Entlastung im ersten Quartal 2019 war die Aussetzung der gegenseitigen Strafzölle zwischen den Wirtschaftsmächten USA und China. Die Märkte reagierten positiv auf Fortschritte bei den laufenden Verhandlungsrunden der beiden Länder und antizipierten eine mögliche Normalisierung der Handelsbeziehungen. Zudem wurde auf der geldpolitischen Seite von der FED¹³ und EZB¹⁴ signalisiert, dass im

¹² Da Aktienfonds in der Regel fast ausschließlich in Aktien investieren, ergibt sich bei Berücksichtigung der ausländischen Aktienfonds ein Gesamtvolumen an direkt und indirekt gehaltenen Aktien von ca. 43 Mrd EUR.

¹³ Siehe Pressemitteilung der FED vom 20. März 2019: <https://www.federalreserve.gov/newsevents/pressreleases/monetary20190320a.htm>.

¹⁴ Siehe Pressemitteilung der EZB vom 24. Jänner 2019: <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2019/html/ecb.mp190124~5c00d09d5d.en.html>.

Jahr 2019 voraussichtlich keine weiteren Zinsanhebungen zu erwarten seien. Das vergleichsweise stabilere wirtschaftliche Umfeld im ersten Quartal 2019 wurde daher von vielen Unternehmen als eine Verbesserung des Geschäftsklimas empfunden.¹⁵ Einige Unsicherheiten verbleiben jedoch zum Jahresbeginn. Neben der aktuellen Brexit-Thematik stellen die laufenden Verhandlungen zwischen der EU und den USA im Zusammenhang mit Auto- und Stahlzöllen eine weitere Herausforderung dar.

¹⁵ <https://www.cesifo-group.de/ifoHome/facts/Survey-Results/Business-Climate/Geschaeftsklima-Archiv/2019/Geschaeftsklima-20190325.htm>.

Unternehmen fragen etwas weniger Kredite nach

Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom April 2019¹

Gerald Hubmann²

Nachdem die an der Umfrage teilnehmenden Banken ab 2016 durchgehend von Steigerungen der Nachfrage im Unternehmenskundengeschäft berichtet hatten, war das erste Quartal 2019 erstmals seit langem von einer Abschwächung gekennzeichnet. Für das zweite Quartal 2019 wird ein weiterer Rückgang der Nachfrage erwartet. Die treibende Kraft sowohl für die dynamische Kreditentwicklung der letzten Jahre als auch für die aktuelle Abschwächung war und ist der Finanzierungsbedarf für Anlageinvestitionen.

Die Aufnahme von Krediten war in den letzten Jahren für die Unternehmen zu immer günstigeren Konditionen möglich, da die Banken von Mitte 2016 bis Ende 2018 – hauptsächlich aus Wettbewerbsgründen – die Margen für durchschnittlich risikoreiche Unternehmenskredite kontinuierlich gesenkt haben.

Im Kreditgeschäft mit privaten Haushalten hat sich die Nachfrage seit Ende 2017 kaum geändert.

Angebotsseitig wurden im ersten Quartal 2019 die Richtlinien für Wohnbaukredite etwas verschärft. Eine diesbezügliche Tendenz ist seit einem Jahr festzustellen. Hingegen kam es aufgrund der Wettbewerbssituation seit 2017 immer wieder zu leichten Lockerungen der Margen für durchschnittlich risikoreiche Wohnbaukredite. Für Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer mit entsprechender Bonität ergaben sich hierdurch zunehmend günstigere Finanzierungsbedingungen für den Wohnbau.

Den Angaben der befragten Banken zufolge belastet das Wertpapierankaufprogramm des Eurosystems seit seinem Bestehen aufgrund negativer Effekte auf die Nettozinsmargen die Ertragslage der Banken, hatte aber in der Vergangenheit auch positive Einflüsse auf ihre Liquidität und ihre Finanzierungsbedingungen.

Die Ertragslage sehen die Banken auch vom negativen Einlagenzinssatz des Eurosystems ungünstig betroffen. Dieser verursacht gemäß den Ergebnissen der Umfrage einen anhaltenden Abwärtsdruck auf die Kreditzinsen und -margen und dämpft insbesondere die Nettozinserträge der Banken.

Die Entwicklungen im Kreditgeschäft sind auch vor dem allgemeinen konjunkturellen Hintergrund zu sehen. Von 2016 bis 2018 gab es in Österreich – unterstützt von einem starken Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen – einen kräftigen Wirtschaftsaufschwung (reales BIP-Wachstum von 2,0 %, 2,6 % und 2,7 % für die Jahre von 2016 bis 2018). Der Konjunkturrückgang wurde aber Mitte 2018 überschritten. Für 2019 und 2020 erwarten aktuelle Prognosen nur mehr ein moderates jährliches Wachstum im Bereich von 1,5 % bis 1,8 % real.

Abschnitt 1 behandelt das Kreditgeschäft der Banken mit Unternehmen, Abschnitt 2 jenes mit privaten Haushalten. Abschnitt 3 hat die Refinanzierungssituation der Banken zum Thema. In den Abschnitten 4 und 5 geht es um die Auswirkungen der geldpolitischen Maßnahmen des Eurosystems auf die Banken und

¹ Die Umfrage wurde in der ersten Märzhälfte 2019 durchgeführt und bezieht sich auf das erste Quartal 2019 sowie auf Erwartungen für das zweite Quartal 2019. Aufgrund des Termins der geldpolitischen Sitzung, bei der die Ergebnisse dem EZB-Rat vorgelegt werden, wurde die Umfrage diesmal zwei Wochen früher als üblich durchgeführt. Redaktionsschluss für sonstige Daten: 3. April 2019.

² Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, gerald.hubmann@oenb.at.

ihre Kreditvergabe. Vorab erfolgt der wichtige Hinweis, dass die Geldpolitik auf den Euroraum insgesamt ausgerichtet ist. Ihre generelle Wirksamkeit kann nicht anhand der hier präsentierten Österreich-Ergebnisse besprochen werden. Schließlich beschäftigt sich Abschnitt 6 mit der langfristigen Entwicklung der Niveaus von Kreditrichtlinien und Kreditnachfrage.

Punktuelle Ergebnisse für die einzelnen Quartale sind den Tabellen 1 bis 3 zu entnehmen, Grafik 1 zeigt längerfristige Trends bei den Quartalsveränderungen, Grafiken 2 und 3 verdeutlichen den Kreditbestand österreichischer Banken gemäß EZB-Monetärstatistik, Grafik 4 enthält Darstellungen der langfristigen Niveauentwicklung von Kreditrichtlinien und Kreditnachfrage. Die Kästen 1 und 2 am Ende des Artikels enthalten Erläuterungen und eine kurze Übersicht über die aggregierten Euroraum-Ergebnisse der Umfrage.

1 Unternehmenskredite: Nachfrage leicht gesunken

Nachdem die an der Umfrage teilnehmenden Banken ab 2016 durchgehend von Steigerungen der Kreditnachfrage im Unternehmenskundengeschäft berichtet hatten, kam es im ersten Quartal 2019 erstmals seit langem zu einer Abschwächung. Für das zweite Quartal 2019 wird ein weiterer Rückgang der Nachfrage erwartet (siehe Tabelle 1 und Grafik 1³). Bei der Beurteilung der aktuellen Ergebnisse darf allerdings die außergewöhnlich starke Dynamik der letzten Jahre nicht vergessen werden. Zudem soll erwähnt werden, dass es auch vereinzelte Angaben über leichte Nachfragesteigerungen in Teilbereichen gab.

Die Daten aus der Monetärstatistik unterstreichen die Umfrageergebnisse auf längere Sicht. Seit Anfang 2017 steigen die Bestände an Unternehmenskrediten bei österreichischen Banken kontinuierlich an. Für Februar 2019 wird ein historischer Höchststand von 182 Mrd EUR ausgewiesen (siehe Grafik 2⁴). Die Ergebnisse der Umfrage über das Kreditgeschäft, die auch als Vorlaufindikator dienen, signalisieren jedoch eine Abschwächung dieses Trends in den nächsten Monaten. Die starke Kreditdynamik der letzten Jahre ist sogar in Relation zur Wirtschaftsentwicklung erkennbar (siehe Grafik 3). Die Bestände an Unternehmenskrediten nehmen auch in % des BIP seit 2017 leicht zu. Nach der Finanzkrise lag dieser Wert Mitte 2009 bei ca. 54 % (nach einem vorherigen deutlichen Anstieg), fiel dann kontinuierlich bis Anfang 2017 auf etwa 44 % und stieg seither wieder moderat an – auf ca. 46 % Ende 2018.

³ Hinweis: Grafik 1 stellt die Entwicklungen anhand des gleitenden Durchschnitts der letzten vier Quartale dar, wodurch die Ergebnisse geglättet werden. Eventuell von der Beschreibung abweichende Einzelquartalszahlen stellen daher keinen inhaltlichen Widerspruch dar.

⁴ Zwei Zeitreihenbrüche aufgrund von Methodik-Änderungen verschieben das in der Monetärstatistik ausgewiesene Niveau der Bestände an Unternehmenskrediten jeweils deutlich sichtbar nach unten (Dezember 2014 und Oktober 2016). Die in diesem Beitrag getätigten Aussagen werden dadurch nicht beschränkt. Es sei auch darauf hingewiesen, dass die qualitativen Ergebnisse der Umfrage über das Kreditgeschäft hinsichtlich der Entwicklung der Kreditnachfrage – vor allem punktuell – nicht zwingend mit der Entwicklung der Kreditbestände aus der Monetärstatistik übereinstimmen müssen.

Tabelle 1

Kredite oder Kreditrahmen für Unternehmen

Veränderung im jeweiligen Quartal,¹ Ergebnisse für Österreich

Saldo aus positiven und negativen Antworten,² Antworten von 7 bzw. 8 Banken

	2015				2016				2017				2018				2019	
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2
<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																		
Kreditrichtlinien																		
Unternehmen gesamt	-2	-3	0	0	-1	0	-1	-1	0	1	-1	1	0	-1	0	0	-1	0
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-1	-2	0	0	0	0	-1	-1	0	0	-1	0	0	-1	0	0	-1	0
Kredite an große Unternehmen	-3	-2	1	0	-1	1	-1	-1	0	1	-1	1	0	1	0	0	-1	0
Kurzfristige Kredite (Laufzeit bis zu einem Jahr)	-1	-2	0	0	-1	0	-1	0	0	1	-1	1	0	0	0	0	0	0
Langfristige Kredite (Laufzeit über ein Jahr)	-3	-4	0	0	-1	-1	-1	-2	0	1	-1	1	0	-1	0	0	-1	-1
<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																		
Kreditbedingungen insgesamt																		
Unternehmen gesamt	-3	-2	0	0	-1	0	2	0	1	0	1	0	1	1	0	0	-1	..
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-2	-2	0	0	-1	-1	1	0	1	0	1	0	1	-1	0	0	-1	..
Kredite an große Unternehmen	-3	-2	0	0	-1	0	1	0	1	1	1	0	2	1	1	0	0	..
<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																		
Margen für durchschnittliche Kredite																		
Unternehmen gesamt	-3	0	0	1	-1	2	3	1	4	3	3	0	3	3	1	0	1	..
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-1	0	2	2	0	1	2	2	3	3	1	0	1	2	0	0	1	..
Kredite an große Unternehmen	-3	-1	1	0	-2	2	2	1	4	3	4	1	3	4	2	1	0	..
<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																		
Margen für risikoreichere Kredite																		
Unternehmen gesamt	-3	-2	-1	0	-2	0	1	0	0	0	0	0	-1	0	0	-1	0	-1
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-1	-2	-1	0	-2	-1	0	0	0	0	0	0	-1	-1	-1	-1	0	-1
Kredite an große Unternehmen	-3	-3	-1	0	-2	0	2	0	1	1	0	-1	0	0	-1	0	-1	..
<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																		
Ausgewählte sonstige Kreditbedingungen																		
Zusatz- oder Nebenvereinbarungen bei Krediten an Unternehmen gesamt	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	-1	0	0	2	0	0	-1
<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																		
Genehmigte Kreditanträge																		
Anteil bezogen auf das Gesamtvolumen	0	-1	-1	0	-1	0	1	0	-1	1	-2	0	0	0	0	-2	-1	-1
<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																		
Kreditnachfrage																		
Unternehmen gesamt	1	-1	-2	0	-1	1	1	2	4	3	2	4	4	5	2	3	-2	-2
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	0	0	0	1	-1	1	1	3	3	1	2	3	3	3	1	3	-2	-1
Kredite an große Unternehmen	0	-1	-2	0	-1	1	-1	3	4	2	2	3	2	5	3	3	-1	-1
Kurzfristige Kredite (Laufzeit bis zu einem Jahr)	1	-1	-1	0	0	0	1	1	1	2	0	3	2	3	0	2	0	-1
Langfristige Kredite (Laufzeit über ein Jahr)	-1	0	-1	1	-1	1	-1	3	5	4	6	6	5	6	4	3	-1	-1
<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																		
Einfluss der Risikoeinschätzung der Banken																		
Wirtschaftslage und Konjunkturaussichten → Kreditrichtlinien	-1	-1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	-1	..
Branchen- oder firmenspezifische Lage und Aussichten, Kreditwürdigkeit der Kreditnehmer → Kreditrichtlinien	-1	-1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	1	0	0	-2	..
<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																		
Einfluss der allgemeinen Wettbewerbssituation auf:																		
Kreditbedingungen insgesamt	0	0	1	0	-1	3	2	1	2	1	2	1	2	3	1	1	1	..
Margen für durchschnittliche Kredite	1	1	3	2	-1	2	2	0	2	2	2	2	2	3	3	2	2	..
Margen für risikoreichere Kredite	-1	0	0	0	-1	0	1	0	1	0	0	-1	0	2	0	0	1	..
Einfluss der Konkurrenz durch andere Banken auf die Kreditrichtlinien	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	2	0	3	0	0	0	..
<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																		
Kreditnachfrage, ausgewählte Einflussfaktoren																		
Anlageinvestitionen	-3	-2	-1	1	-1	0	-2	2	3	4	3	4	5	5	4	3	-2	..
Lagerhaltung und Betriebsmittel	1	-1	-1	-1	-1	1	0	1	1	3	1	3	3	3	1	3	1	..
Fusionen/Übernahmen und Unternehmensumstrukturierungen	1	0	0	1	0	1	1	1	1	0	1	2	4	3	3	2	1	..
Allgemeines Zinsniveau	0	0	0	0	0	0	1	1	1	0	1	1	1	1	1	1	0	..
Refinanzierung, Umschuldung und Neuverhandlung	0	1	0	1	0	3	1	1	2	1	3	3	4	4	3	3	1	..
Innenfinanzierung	-1	-1	-1	-1	-3	-3	-2	-3	-1	-3	-1	0	0	1	2	1	1	0
Kredite von anderen Banken	-1	1	1	0	0	0	0	0	1	0	1	1	2	2	1	1	1	..
Begebung/Tilgung von Schuldverschreibungen	-2	0	-2	-1	-1	-1	-1	0	0	-1	3	2	3	3	3	2	1	..

Quelle: OeNB.

¹ Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.

² Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

Die Banken nannten in den letzten Jahren den Finanzierungsbedarf für Anlageinvestitionen als wesentlichen Grund für die steigende Kreditnachfrage. Auch der Rückgang im ersten Quartal 2019 wird den Anlageinvestitionen, in diesem Fall einem gesunkenen diesbezüglichen Finanzierungsbedarf, zugeschrieben. Es erfolgten auch Angaben einzelner positiv auf die Nachfrage wirkender Faktoren, die den Rückgang bei den Anlageinvestitionen in Summe aber nicht ausgleichen konnten.

Angebotsseitig sind die Kreditrichtlinien seit 2017 nahezu unverändert geblieben – und sollen es im Ausblick auf das zweite Quartal 2019 auch bleiben. Für das erste Quartal 2019 gab es jedoch auch Angaben über eine etwas höher eingeschätzte Risikolage (Wirtschaftsentwicklung, Kreditwürdigkeit) und einen entsprechenden Druck zur Verschärfung der Richtlinien.

Von Mitte 2016 bis Mitte 2018 senkten die Banken die Margen für durchschnittlich risikoreiche Kredite kontinuierlich ab. Die Aufnahme neuer Kredite war in den letzten Jahren für Unternehmen mit entsprechender Bonität also zu immer günstigeren Konditionen möglich. Als Grund für die Reduktion der Margen wurde die Wettbewerbssituation genannt. Auch für das erste Quartal 2019 gab es entsprechende Angaben, per saldo wurden die Margen aber weitgehend unverändert belassen.

2 Kredite an private Haushalte: Richtlinien für Wohnbaukredite leicht verschärft

Seit Ende 2017 hat sich die Nachfrage nach Wohnbaukrediten sowie jene nach Konsum- und sonstigen Krediten kaum geändert. Auch für das zweite Quartal 2019 werden keine Änderungen erwartet. Im ersten Quartal 2019 wurde zwar über unterstützende Einflüsse des allgemeinen, sehr niedrigen Zinsniveaus berichtet, im Aggregat der Antworten der befragten Banken stellt sich die Nachfrage aber weitgehend unverändert dar.

Das niedrige Zinsniveau war in der Vergangenheit ein wesentlicher Faktor für Nachfragesteigerungen im Privatkundengeschäft (siehe Tabelle 2). Die Leitzinsen im Eurosystem sind seit März 2016 unverändert geblieben (Hauptrefinanzierungssatz 0 %, Einlagensatz –0,4 %), nachdem sie zuvor ab November 2011 kontinuierlich gesenkt worden waren. Der Euribor, an den viele variabel verzinste Kredite gebunden sind, ist seit Februar 2016 in allen Fristigkeiten negativ.

Im langjährigen Rückblick hat sich die Nachfrage nach Wohnbaukrediten seit 2011 expansiv entwickelt, jene nach Konsum- und sonstigen Krediten weitgehend mit einer Seitwärtsbewegung. Ein Blick auf die Monetärstatistik (siehe Grafik 2) zeigt ein ähnliches Bild. Die Bestände an Wohnbaukrediten bei österreichischen Banken wachsen bereits seit Jahren ungebrochen – zuletzt auf einen historischen Höchststand von 113 Mrd EUR im Februar 2019. Die Bestände an Konsum- und sonstigen Krediten sind seit Ende 2017 tendenziell etwas gesunken und betragen im Februar 2019 ungefähr 53 Mrd EUR. Auch in Relation zum BIP gibt es ein langjähriges – allerdings nur leichtes – Wachstum der Bestände an Wohnbaukrediten (von 27 % im Jahr 2011 auf 29 % Ende 2018). Die Bestände an Konsum- und sonstigen Krediten in % des BIP sind von 2011 bis Ende 2018 deutlich gefallen – von 20 % auf 14 %.

Angebotsseitig gab es im ersten Quartal 2019 leichte Bewegungen bei den Wohnbaukrediten. Die Richtlinien wurden verschärft (neutraler Ausblick auf das zweite Quartal 2019). Eine diesbezügliche Tendenz ist seit einem Jahr festzustellen.

Kredite an private Haushalte

Veränderung im jeweiligen Quartal,¹ Ergebnisse für Österreich

Saldo aus positiven und negativen Antworten,² Antworten von 7 Banken

	2015				2016				2017				2018				2019	
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2
Kreditrichtlinien	<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	0	2	0	-1	0	-2	1	0	0	-1	1	-1	0	-2	-1	0	-2	0
Konsumkredite und sonstige Kredite	-1	1	0	-1	0	0	1	0	0	0	1	-1	1	-1	0	-1	0	1
Kreditbedingungen insgesamt	<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	-1	-1	0	-1	0	-1	0	1	0	-1	1	0	1	-2	0	0	0	..
Konsumkredite und sonstige Kredite	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	0	0	0	0	0	..
Margen für durchschnittliche Kredite	<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	0	0	0	-1	1	1	1	0	1	2	2	1	2	1	2	1	2	..
Konsumkredite und sonstige Kredite	3	1	1	0	-1	0	0	1	0	0	-1	1	0	0	0	1	0	..
Margen für risikoreichere Kredite	<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	-2	-3	-2	0	-1	0	0	-1	0	0	-1	-1	-1	-1	-1	0	0	..
Konsumkredite und sonstige Kredite	1	-2	-1	0	-1	0	0	0	0	0	-1	0	0	0	0	0	0	..
Ausgewählte sonstige Kreditbedingungen	<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																	
Fristigkeit bei Wohnbaukrediten	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	-2	0	0	1	..
Genehmigte Kreditanträge	<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																	
(Anteil bezogen auf das Gesamtvolumen)																		
Wohnbaukredite	1	1	0	0	0	0	0	0	-1	0	0	0	0	-2	0	0	-1	..
Konsumkredite und sonstige Kredite	-2	-1	-1	-1	0	1	0	0	0	1	1	1	1	0	0	0	0	..
Kreditnachfrage	<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	1	2	3	0	1	1	0	0	2	2	3	1	1	0	-1	-1	1	0
Konsumkredite und sonstige Kredite	-1	0	2	-1	0	0	1	1	2	3	0	0	-1	0	0	0	1	0
Nachfrage nach Wohnbaukrediten, ausgewählte Einflussfaktoren	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																	
Aussichten am Wohnimmobilienmarkt und voraussichtliche Entwicklung der Preise für Wohneigentum	1	2	1	0	0	0	0	0	0	1	1	2	1	0	1	0	0	0
Konsumentenvertrauen	0	0	2	1	2	1	1	1	1	2	3	2	0	1	0	0	0	0
Allgemeines Zinsniveau	2	3	4	1	2	1	1	1	2	0	2	1	0	0	0	0	2	..
Kredite von anderen Banken	-1	0	-1	-2	-2	-1	-1	-1	-1	1	-1	0	0	0	0	-1	-1	..
Nachfrage nach Konsumkrediten und sonstigen Krediten, ausgewählte Einflussfaktoren	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																	
Konsumentenvertrauen	0	0	2	0	0	0	0	0	0	1	1	2	0	0	1	0	0	..
Allgemeines Zinsniveau	1	1	2	0	0	0	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0	1	..
Kredite von anderen Banken	-1	0	0	-1	-1	-1	-1	0	1	0	-1	-1	0	0	0	0	-1	..
Weitere ausgewählte Einflussfaktoren	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																	
Wettbewerbssituation → Kreditbedingungen insgesamt bei Wohnbaukrediten	0	0	1	0	0	1	1	2	1	1	1	1	1	1	3	1	1	..
Wettbewerbssituation → Margen für durchschnittliche Wohnbaukredite	0	-1	1	-1	1	2	1	1	1	2	1	1	3	1	3	1	3	..
Wirtschaftslage und Konjunkturaussichten allgemein → Kreditrichtlinien für Wohnbaukredite	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	..
Aussichten am Wohnimmobilienmarkt und voraussichtliche Entwicklung der Preise für Wohneigentum → Kreditrichtlinien für Wohnbaukredite	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	0	0	0	0	0	0	0	-1	..
Risikotoleranz der Banken → Kreditrichtlinien für Wohnbaukredite	0	1	-1	-1	0	0	0	0	0	-1	0	0	0	-2	0	0	-1	..
Risikotoleranz der Banken → Kreditbedingungen insgesamt bei Wohnbaukrediten	-1	-2	-1	-1	0	0	0	0	0	0	1	-1	0	-2	0	0	0	..

Quelle: OeNB.

¹ Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.

² Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

Im Gegensatz dazu wurden die Margen für durchschnittlich risikoreiche Wohnbaukredite zum wiederholten Mal aufgrund der Wettbewerbssituation (vgl. die Entwicklung bei den Unternehmenskrediten) gesenkt (Trend seit 2017). Für Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer mit entsprechender Bonität ergaben sich hierdurch zunehmend günstigere Finanzierungsbedingungen für den Wohnbau.

3 Verbesserte Refinanzierung mit Anleihen im ersten Quartal 2019

Bei der Refinanzierung über mittel- bis langfristige Anleihen (siehe in Tabelle 3 unter Großvolumige Schuldtitel) kam es im ersten Quartal 2019 zu Verbesserungen, die auf eine Verschlechterung im Vorquartal folgten. Vom zweiten Quartal 2015 bis zum ersten Quartal 2016 war es in diesem Segment zu deutlichen Einschränkungen gekommen. Von Anfang 2017 bis Anfang 2018 wurden hingegen deutliche Erleichterungen verzeichnet. Die Refinanzierungsbedingungen über Einlagen und jene am Geldmarkt verbesserten sich von Ende 2016 bis Anfang 2018. In Bezug auf die kurzfristigen Einlagen erwarten die an der Umfrage teilnehmenden Banken im zweiten Quartal 2019 wieder leichte Verbesserungen.

Tabelle 3

Zugang der Banken zu ausgewählten Refinanzierungsquellen

Veränderung im jeweiligen Quartal,¹ Ergebnisse für Österreich

Saldo aus positiven und negativen Antworten,² Antworten von 8 Banken

	2015				2016				2017				2018				2019	
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2
<i>(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)</i>																		
Retail-Refinanzierung																		
Kurzfristige Einlagen (bis zu einem Jahr)	0	0	-1	0	1	2	1	1	2	1	2	1	3	0	0	1	1	2
Langfristige Einlagen (über ein Jahr)	-4	-5	-4	-2	1	-1	0	0	0	1	1	-1	2	-1	-2	-1	0	-1
<i>(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)</i>																		
Unbesicherter Interbankengeldmarkt																		
Sehr kurzfristiger Geldmarkt (bis zu einer Woche)	0	0	1	1	0	0	0	1	2	1	2	1	2	0	1	0	1	0
Kurzfristiger Geldmarkt (über eine Woche)	-3	-1	-1	-2	-1	-1	0	2	2	1	1	0	2	0	1	0	0	0
<i>(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)</i>																		
Großvolumige Schuldtitel																		
Kurzfristige Schuldtitel ³	-3	-2	-1	-2	-2	0	-1	0	0	2	2	1	1	0	0	0	1	0
Mittel- bis langfristige Schuldtitel	-1	-4	-2	-5	-4	-2	0	0	3	3	4	4	3	0	-1	-3	3	1

Quelle: OeNB.

¹ Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.

² Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

³ Antworten von 5 bis 7 Banken.

4 Auswirkungen des erweiterten Programms des Eurosystems zum Ankauf von Vermögenswerten: Ertragslage negativ betroffen

Die teilnehmenden Banken werden seit 2015 halbjährlich zu den Auswirkungen des erweiterten Programms des Eurosystems zum Ankauf von Vermögenswerten⁵ befragt. Seit Erhebungsbeginn berichten die Banken, dass ihre Ertragslage aufgrund gesunkener Nettozinssmargen negativ vom Ankaufprogramm betroffen ist. Dieser Trend soll sich, den Umfrageergebnissen zufolge, auch in den nächsten sechs Monaten fortsetzen.

Weiters wurden im letzten Halbjahr (viertes Quartal 2018 und erstes Quartal 2019) aufgrund des Ankaufprogramms die Bestände an Staatsanleihen (und damit die Aktiva) reduziert – wie auch schon in den beiden Halbjahren davor, allerdings in geringerem Ausmaß.

Auf die Liquidität der Banken hatte das Ankaufprogramm im letzten Halbjahr per saldo der Antworten keine Auswirkungen. Davor hatte es jedoch ab 2015 durchwegs positive Einflüsse auf die Liquidität. Ähnliches gilt für die Finanzierungsbedingungen der Banken am Markt: per saldo kam es zu keinen Auswirkungen des Ankaufprogramms im letzten Halbjahr, allerdings zu durchwegs positiven Einflüssen in der Vergangenheit. Die Eigenkapitalposition der Banken wurde bisher kaum vom Ankaufprogramm berührt. In der Vergangenheit gab es lediglich vereinzelte Auswirkungen – darunter hauptsächlich Verbesserungen.

Beim Kreditvergabeverhalten der Banken (Kreditrichtlinien und Kreditbedingungen) kam es zu keinen nennenswerten Änderungen aufgrund des Ankaufprogramms. Gleiches gilt für das vergebene Kreditvolumen in den letzten drei Halbjahren. (Auswirkungen auf das Kreditvolumen wurden zuvor nicht explizit abgefragt.)

5 Auswirkungen des negativen Einlagenzinssatzes des Eurosystems: anhaltender Abwärtsdruck auf Kreditzinsen und Zinserträge

Die an der Umfrage teilnehmenden Banken wurden auch zu den Auswirkungen des seit Mitte 2014 negativen Einlagenzinssatzes des Eurosystems befragt (halbjährliche Wiederholung der entsprechenden Fragen), der die Untergrenze des Zinskorridors bildet und mit dem die Geldmarktzinsen im Gleichlauf gesunken sind. Der Euribor, an den viele variabel verzinsten Kredite gebunden sind, ist seit Februar 2016 in allen Fristigkeiten negativ.

Wie schon seit der ersten diesbezüglichen Befragung vor drei Jahren berichteten die Banken auch diesmal in großer Anzahl von negativen Auswirkungen auf ihre Erträge⁶ - sechs von acht Banken machten entsprechende Angaben für das letzte

⁵ Der EZB-Rat hat am 22. Jänner 2015 zum Zweck der Gewährleistung der Preisstabilität ein erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten angekündigt, das ursprünglich mindestens bis September 2016 laufen sollte und in dessen Rahmen monatliche Nettoankäufe von Vermögenswerten in Höhe von 60 Mrd EUR geplant waren. Mittlerweile wurde die Laufzeit bereits mehrfach verlängert und die monatliche Nettoankaufssumme zwischenzeitlich auf 80 Mrd EUR erhöht (April 2016 bis März 2017), ab Jänner 2018 auf 30 Mrd EUR reduziert und ab Oktober 2018 weiter auf 15 Mrd EUR reduziert. Ende 2018 wurden die Nettoankäufe beendet. Die Tilgungsbeträge fällig werdender Wertpapiere werden jedoch bis auf weiteres reinvestiert. Das Programm umfasst Ankäufe am Sekundärmarkt von auf Euro lautenden Staatsanleihen sowie Wertpapiere von staatsnahen Emittenten und europäischen Institutionen. Zudem werden seit dem 8. Juni 2016 auch Unternehmensanleihen (ohne Banken) gekauft. Es schließt auch die Ankaufprogramme für Asset-Backed-Securities (ABSPP) und gedeckte Schuldverschreibungen (CBPP3) mit ein.

⁶ Gefragt wurde nach den Auswirkungen auf die Nettozinserträge – definiert als Differenz zwischen Zinseinnahmen und Zinsausgaben für die Bestände zinstragender Aktiva und Passiva einer Bank.

halbe Jahr (viertes Quartal 2018 und erstes Quartal 2019). Vier Banken erwarten das auch im Ausblick auf das nächste halbe Jahr.

Der Abwärtsdruck durch den negativen Einlagenzinssatz des Eurosystems auf die Kreditzinsen und die Kreditmargen der Banken hält an. Die Konsum- und sonstigen Kredite an private Haushalte waren im Vergleich zu den Unternehmenskrediten und den Wohnbaukrediten an private Haushalte weniger von den negativen Auswirkungen auf Zinsen und Margen betroffen.

Auf die Kreditnebenkosten hatte der negative Einlagenatz bisher nahezu keinen Einfluss. Zum Kreditvolumen gab es in der Vergangenheit unterschiedliche Angaben. Die angegebenen Auswirkungen waren allerdings eher verhalten und insgesamt leicht positiv (Anstieg des Kreditvolumens, vor allem bei Wohnbaukrediten an private Haushalte). In den letzten eineinhalb Jahren gab es aber keine zusätzlichen Impulse auf das Kreditvolumen.

6 Langfristige Entwicklung der Niveaus von Kreditrichtlinien und Kreditnachfrage

In der Umfrage zum Kreditgeschäft werden vor allem Veränderungen im Vergleich zum Vorquartal erhoben und mit einer Ordinalskala gemessen. Direkte Rückschlüsse auf die Niveaus der abgefragten Größen, wie Kreditrichtlinien und Kreditnachfrage, sind somit nicht möglich. Zudem gibt es keine natürlichen Maße für diese Niveaus. Für eine langfristige Beobachtung der Entwicklungen ist eine Betrachtung von Quartalsveränderungen nicht unmittelbar geeignet. Daher erfolgt hier der Versuch, mithilfe der Darstellung kumulativer Veränderungen ab dem vierten Quartal 2002 (erstes Beobachtungsquartal der Umfrage über das Kreditgeschäft) Rückschlüsse auf die Niveaumentwicklung von Richtlinien und Nachfrage im österreichischen Kreditgeschäft zu ziehen.

Grafik 4 illustriert die Ergebnisse und erläutert die Methodik. Die Interpretation der Grafik muss mit Vorsicht erfolgen, da der Darstellung eben nicht exakte Messungen metrisch erfassbarer Niveaus zugrunde liegen.

Im Unternehmenskundengeschäft leitet die Krise – nach Jahren mit wenig Bewegung – ab 2007/2008 eine deutliche und prolongierte Verschärfung der Richtlinien ein, die für die Jahre 2007 bis 2009 besonders ausgeprägt ist. Die Nachfrage nach Unternehmenskrediten beginnt erst Mitte 2008 zu sinken und steigt danach von 2016 bis Ende 2018 stark an.

Bei den Wohnbaukrediten an private Haushalte kommt es bis 2008 zu einem Anstieg der Nachfrage, einem zwischenzeitlichen, markanten Nachfrageeinbruch von Mitte 2008 bis 2010 und im Anschluss wieder zu einer anhaltenden Steigerung bis 2018. Die Richtlinien für Wohnbaukredite erfahren ab 2008 tendenziell eine leichte Verschärfung. Sie bewegen sich aber über den gesamten Betrachtungszeitraum eher wenig.

Im Geschäft mit Konsum- und sonstigen Krediten an private Haushalte bleibt die Nachfrage bis 2007 nahezu unverändert, fällt anschließend bis 2009, folgt dann bis 2016 einer Seitwärtsbewegung, bevor es 2016/2017 zu einer leichten Belebung kommt. Die Richtlinien werden schon vor der Krise merkbar verschärft. Diese Entwicklung setzt sich mit weiteren Verschärfungen bis Anfang 2009 fort. Im Anschluss bleiben die Richtlinien bis heute weitgehend unverändert.

In der gewählten Darstellung entwickelt sich das Geschäft mit Wohnbaukrediten an private Haushalte über den Betrachtungszeitraum ab Ende 2002 expansiv und

jenen mit Konsum- und sonstigen Krediten an private Haushalte leicht restriktiv. Im Unternehmenskundengeschäft kommt es hingegen zu ausgeprägten und lang-jährigen Einbrüchen, aber auch zu einer markanten Erholung ab 2016.

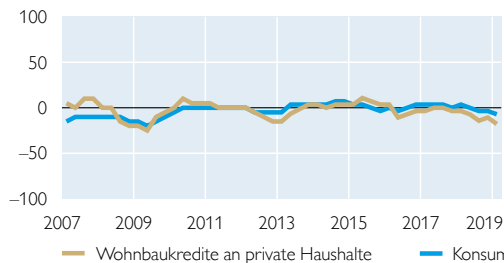
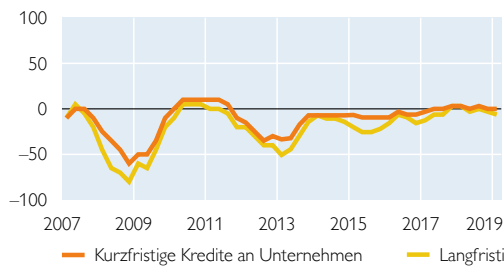
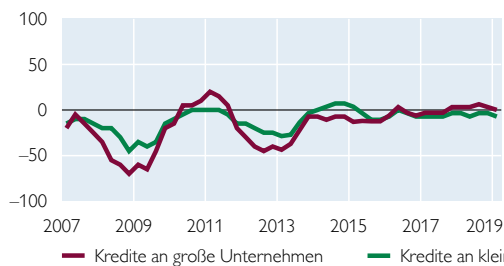
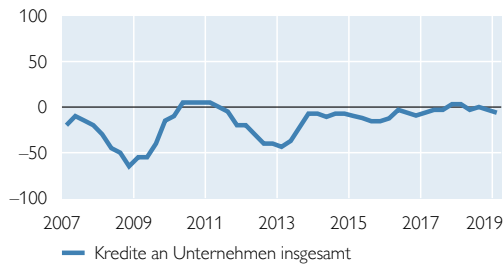
Grafik 1

Entwicklung der Kreditrichtlinien und der Kreditnachfrage

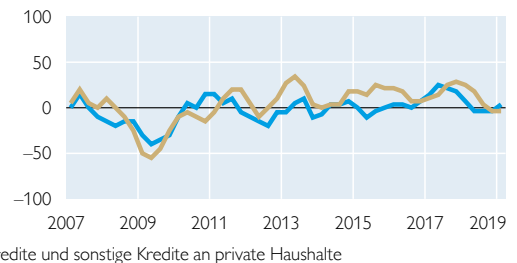
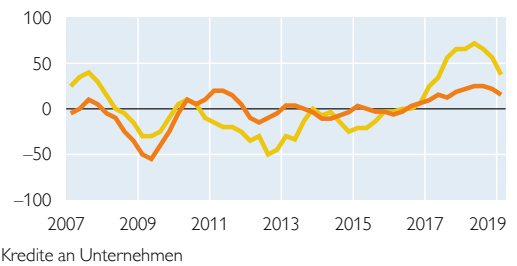
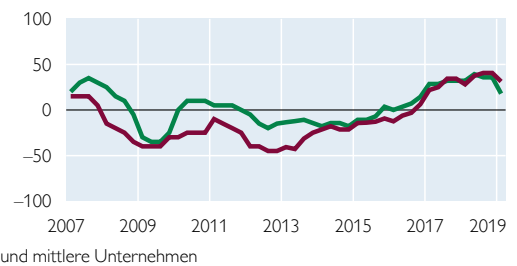
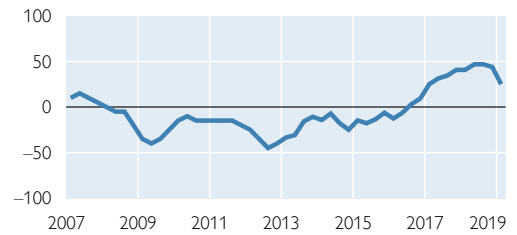
Veränderung im letzten Quartal, Ergebnisse für Österreich

Kreditrichtlinien¹

Nettoprozensatz, gleitender Durchschnitt der letzten vier Quartale



Kreditnachfrage²



Quelle: OeNB.

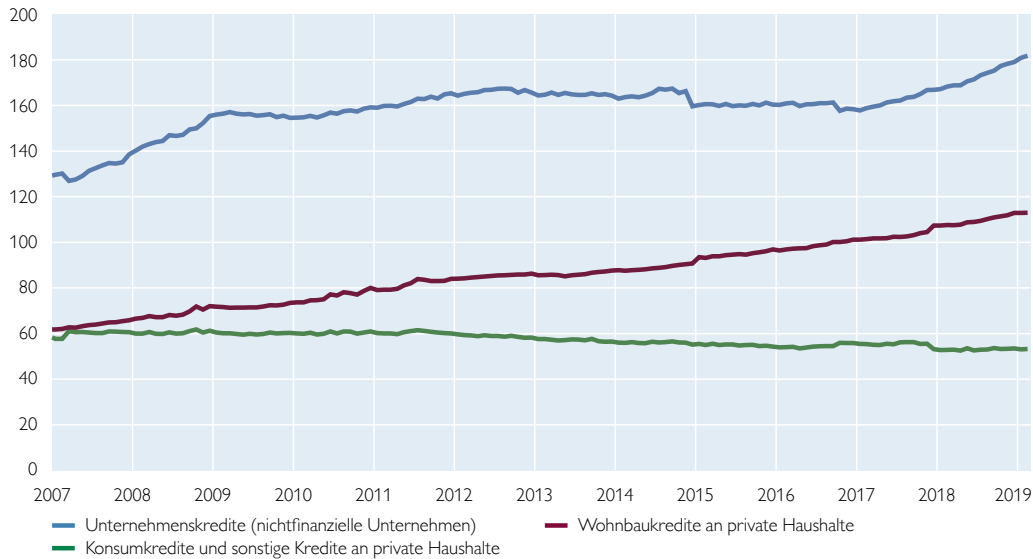
¹ Negative Werte = Verschärfung, positive Werte = Lockerung.

² Negative Werte = Rückgang, positive Werte = Steigerung.

Grafik 2

Kreditbestand österreichischer Banken (in Mrd EUR)

Kredite von in Österreich ansässigen monetären Finanzinstituten an Ansässige im Euroraum, alle Währungen



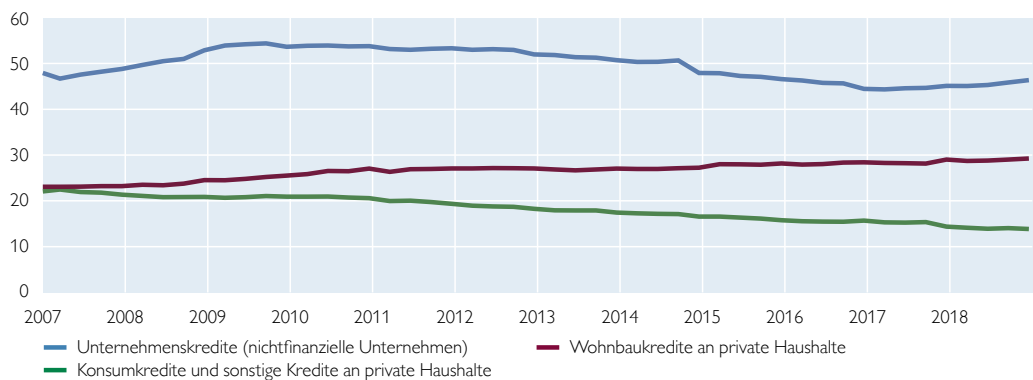
Quelle: OeNB, EZB.

Anmerkung: Zeitreihenbrüche im Dezember 2014 und Oktober 2016 aufgrund von Methodik-Änderungen – mit deutlich sichtbaren Auswirkungen bei den Unternehmenskrediten.

Grafik 3

Kreditbestand österreichischer Banken (in % des BIP)

Quartalsendstände in % des BIP der jeweils letzten vier Quartale, Kredite an Ansässige im Euroraum, alle Währungen



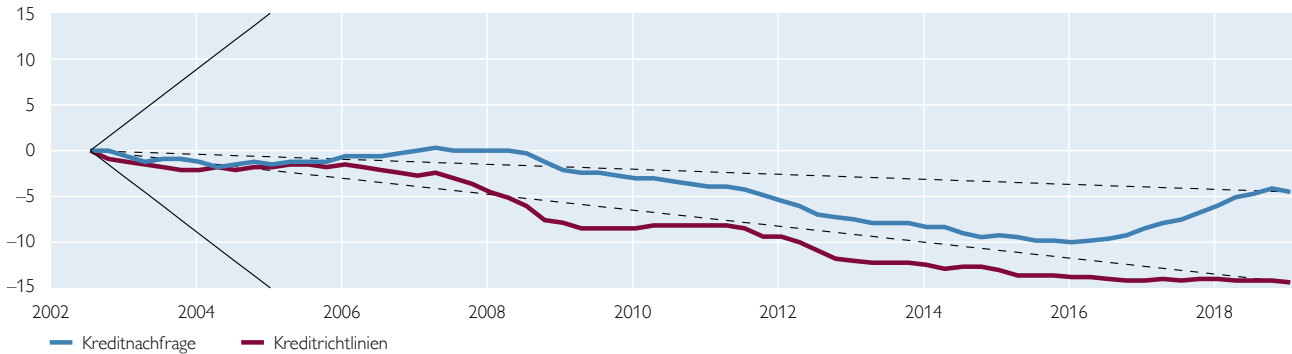
Quelle: OeNB, EZB, Eurostat.

Anmerkung: Zeitreihenbrüche bei den Kreditbeständen im Dezember 2014 und Oktober 2016 aufgrund von Methodik-Änderungen – mit deutlich sichtbaren Auswirkungen bei den Unternehmenskrediten.

Indikative Darstellung der langfristigen Niveaumentwicklung von Kreditrichtlinien und Kreditnachfrage – Kumulierte Veränderungen ab dem vierten Quartal 2002, Ergebnisse für Österreich

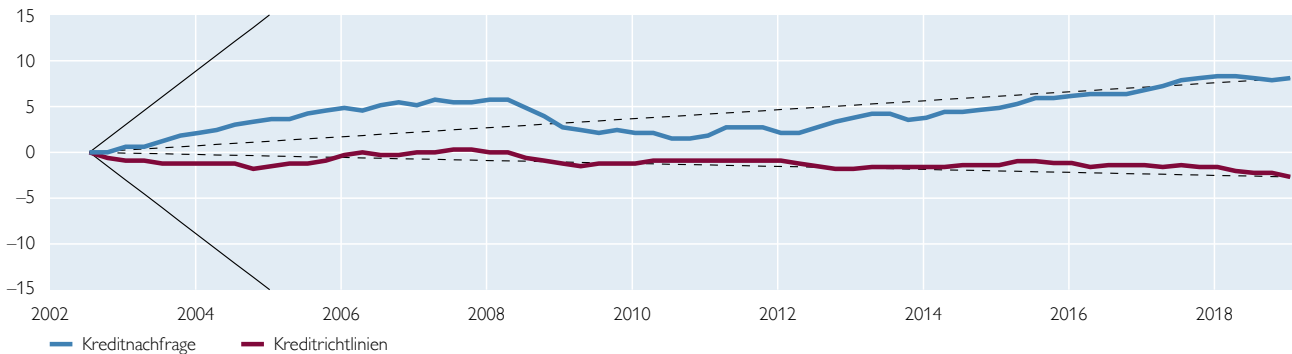
Unternehmenskredite

Normierter kumulierter Nettoprozensatz¹, Quartalswerte, Veränderungen gegenüber dem Vorquartal, drittes Quartal 2002 als Ausgangsquartal



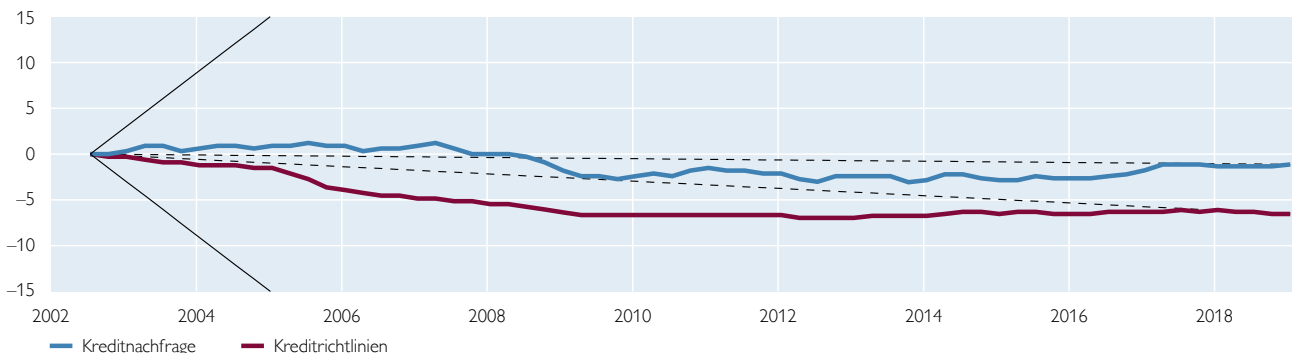
Wohnbaukredite an private Haushalte

Normierter kumulierter Nettoprozensatz¹, Quartalswerte, Veränderungen gegenüber dem Vorquartal, drittes Quartal 2002 als Ausgangsquartal



Konsumkredite und sonstige Kredite an private Haushalte

normierter kumulierter Nettoprozensatz¹, Quartalswerte, Veränderungen gegenüber dem Vorquartal, drittes Quartal 2002 als Ausgangsquartal



Quelle: OeNB

¹ Kumulierung der Nettoprozensätze, anschließende Division aller Quartalswerte durch die Anzahl der bisherigen Umfragequartale und dadurch spezielle Normierung, um die Ergebnisse besser einordnen zu können. Beispielhafte Erklärung: Wenn alle antwortenden Banken in jedem Quartal einen Anstieg der Kreditnachfrage berichtet hätten (Nettoprozensatz von +100 in jedem Quartal), dann läge der hier definierte normierte kumulierte Nettoprozensatz im letzten Quartal bei 100. In dieser Darstellungsweise führt der expansivste Entwicklungspfad entlang einer Geraden vom Wert 0 im Ausgangsquartal bis zum Wert +100 im letzten Quartal. Analoges gilt – gespiegelt an der x-Achse – für Rückgänge der Kreditnachfrage bzw. den restriktivsten Entwicklungspfad. Die Darstellung orientiert sich also innerhalb eines gleichschenkligen Dreiecks, dessen Spitze in den Diagrammen angedeutet ist (Ausgangsquartal, Wert 0) und dessen Basis unabhängig von der Anzahl der insgesamt dargestellten Quartale immer im letzten Quartal von -100 bis +100 reicht.

Anmerkung:

Kreditrichtlinien: negative Werte = Verschärfung, positive Werte = Lockerung

Kreditnachfrage: negative Werte = Rückgang, positive Werte = Steigerung

Zur Darstellung: Die spiegelsymmetrischen Geraden aus dem Ursprung im Ausgangsquartal kennzeichnen den expansivsten bzw. restriktivsten möglichen Entwicklungspfad. Die gestrichelten Geraden kennzeichnen die durchschnittlichen linearen Entwicklungspfade zu den jeweils letzten Werten der dargestellten Größen (Kreditrichtlinien, Kreditnachfrage).

Zur Interpretation: Die (normierten) kumulierten Nettoprozensätze werden hier als Hilfsmittel verwendet, um einen Eindruck von der Niveaumentwicklung von Kreditrichtlinien und Kreditnachfrage zu erhalten. Sie sind keine direkten Messergebnisse für diese Niveaus und müssen dementsprechend vorsichtig interpretiert werden. Aussagen über die absolute Höhe von Niveaus sind nicht möglich. Für Vergleiche der Entwicklungen der dargestellten Größen untereinander und im Zeitablauf ist dieser Ansatz aber durchaus geeignet.

Die Zentralbanken des Euroraums – in Österreich die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) – führen gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank (EZB) seit Anfang 2003 viermal jährlich eine Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum durch, um ihren Informationsstand über das Kreditvergabeverhalten der Banken und das Kreditnachfrageverhalten von Unternehmen und privaten Haushalten zu verbessern. Dabei wurden zuletzt 144 führende Banken aus allen Ländern des Euroraums befragt, darunter acht Institute aus Österreich.

Ab der Umfrage für das erste Quartal 2015 wird ein revidierter und erweiterter Fragebogen verwendet. Einige der aktuell erhobenen Daten sind daher erst ab 2015 verfügbar.

Kreditrichtlinien sind die internen Kriterien – sowohl die schriftlich festgelegten als auch die ungeschriebenen –, die bestimmen, unter welchen Voraussetzungen eine Bank Kredite vergeben möchte.

Kreditbedingungen sind die speziellen Verpflichtungen, auf die sich Kreditgeber und Kreditnehmer geeinigt haben (z. B. Margen, Nebenkosten, Sicherheitserfordernisse usw.).

Kreditmargen sind Aufschläge auf relevante Referenzzinssätze bzw. die Differenzen zwischen Kreditzinssätzen und Refinanzierungzinssätzen. Im Rahmen dieser Umfrage wird bei einer Verringerung der Margen von Lockerung und bei einer Erhöhung der Margen von Verschärfung gesprochen. Eine Lockerung der Margen ist für Kreditnehmer positiv, schränkt aber unmittelbar die Ertragsmöglichkeiten der Banken als Kreditgeber ein.

Saldo aus positiven und negativen Antworten: Die Anzahl der Banken, die auf eine Frage in positiver Richtung antworten (z. B. Lockerung der Margen, Steigerung der Nachfrage) abzüglich der Anzahl der Banken, die auf eine Frage in negativer Richtung antworten (z. B. Verschärfung der Margen, Rückgang der Nachfrage). Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen hier als Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

Nettoprozensatz: Der Saldo aus positiven und negativen Antworten im Verhältnis zur Anzahl der Antworten insgesamt. Wenn z. B. von acht antwortenden Banken zwei angeben, dass die Nachfrage nach Wohnbaukrediten gestiegen ist, eine angibt, dass die Nachfrage gesunken ist und die übrigen fünf angeben, dass die Nachfrage unverändert geblieben ist, dann ergibt sich ein Saldo von plus eins bzw. ein Nettoprozensatz von +12,5 ($\frac{1}{8}$). In diesem Beispiel gibt ein Überhang von nur einer Bank eine Nachfragesteigerung an – zu wenig, um daraus eine allgemeine Aussage abzuleiten. In einem solchen Fall muss von einer weitgehend unveränderten Situation ausgegangen werden.

Veröffentlichungshinweise: Der Artikel zur Umfrage über das Kreditgeschäft erscheint regelmäßig in der OeNB-Quartalspublikationsreihe „Statistiken – Daten und Analysen“ und wird vorab auf der OeNB-Website veröffentlicht. Dort finden sich auch weitere Informationen und Daten zu den Österreich-Ergebnissen (<https://www.oenb.at/Geldpolitik/Erhebungen/umfrage-ueber-das-kreditgeschaef.html>).

Euroraum-Ergebnisse der Umfrage über das Kreditgeschäft

Die mit der Umfrage erhobenen Entwicklungen für den gesamten Euroraum weisen aktuell im Wesentlichen in dieselbe Richtung wie jene für Österreich. Aggregiert über alle 19 Mitgliedsländer des Euroraums war von 2014 bis 2018 ein mehrjähriges Nachfragewachstum zu beobachten – sowohl bei Unternehmenskrediten als auch bei Haushaltskrediten. Im ersten Quartal 2019 setzte sich dieses Wachstum allerdings nur bei der Nachfrage nach Wohnbaukrediten an private Haushalte fort. Die Banken des Euroraums berichteten ebenfalls für die Jahre von 2014 bis 2018 von Lockerungen der Kreditrichtlinien. Diesbezügliche Änderungen fielen aber nicht so stark aus wie jene hinsichtlich der Nachfrage.

Ergebnisse zu den Fragen über die Auswirkungen des Ankaufprogramms des Eurosystems zeigen für die letzten Jahre eine Belastung der Ertragslage (aufgrund von gesunkenen Nettozinsmargen) und eine Verbesserung der Finanzierungsbedingungen der Banken. Zudem führte das Programm in der Vergangenheit zu Lockerungen bei den Kreditbedingungen. Sehr deutlich äußerten sich die an der Umfrage teilnehmenden Banken zum negativen Einlagensatz, dem sie eine Verschlechterung ihrer Nettozinserträge und gesunkene Kreditzinsen und Kreditmargen zuschreiben.

Detaillierte Ergebnisse und Berichte werden von der EZB auf ihrer Website veröffentlicht (https://www.ecb.europa.eu/stats/ecb_surveys/bank_lending_survey/html/index.en.html).

Entwicklung der Insolvenzen in Österreich im Jahr 2018

Elizabeth Bachmann¹

Anhand der Großinsolvenzen im Jahr 2018 lässt sich, bezogen auf die Anzahl der neu eröffneten Unternehmensinsolvenzen und den vorliegenden Datenquellen, keine allgemeine Entwicklung ableiten. So berichtet der Kreditschutzverband (KSV) für das Jahr 2018 bei der Anzahl der neu eröffneten Unternehmensinsolvenzen über einen Rückgang von 1,9%, wohingegen der Alpenländische Kreditorenverband (AKV) für das Jahr 2018 einen leichten Anstieg der neuen Unternehmensinsolvenzen von 0,6% konstatiert.

Analog zum Ergebnis des AKV stiegen auf Basis der Datenquellen, die der OeNB vorliegen, die Insolvenzen um 0,9%. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Anzahl jener Neu-Insolvenzen, die über große Kreditengagements verfügen und somit im Zentralkreditregister (ZKR) erfasst werden, zwar rückläufig ist, allerdings ein Anstieg des betroffenen ZKR-Volumens beobachtet wird. Diese Entwicklung deckt sich mit den Beobachtungen des KSV, der neben rückläufigen Unternehmensinsolvenzen gleichzeitig über Anstiege der Verbindlichkeiten berichtet.

Basierend auf Konjunkturprognosen und der Erwartung, dass eine Zinsanhebung frühestens 2020 erfolgen soll, sehen externe Datenquellen im Ausblick für das Jahr 2019 in Österreich keine wesentlichen Veränderungen. Für Europa hingegen werden insbesondere in Großbritannien starke Insolvenzanstiege erwartet.

Externe Datenquellen: Keine eindeutige Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2018

Einleitend sei festgehalten, dass das Jahr 2018 in Österreich von zahlreichen Großinsolvenzen geprägt war. Neben Unternehmen mit Geschäftssitz in Wien (Charles Vögele (Austria) GmbH, NIKI Luftfahrt GmbH, Waagner Biro-Firmengruppe, WIENWERT-Gruppe) waren weitere Großinsolvenzen in Oberösterreich (Fill Metallbau GmbH, STEYR MOTORS GmbH), in Niederösterreich (Forstinger Österreich GmbH) und in der Steiermark (Rosenberger Restaurant GmbH) angesiedelt.

Zu den neu eröffneten Unternehmensinsolvenzen meldet der Kreditschutzverband (KSV)² für das Jahr 2018 ein Absinken (-1,9%) der Anzahl auf 4.980 Insolvenzfälle gegenüber dem Vergleichszeitraum 2017. Trotz dieses Rückgangs bei der Anzahl der Insolvenzeröffnungen beobachtet der KSV spürbare Anstiege bei den Passiva. Für den gleichen Zeitraum meldet der Alpenländische Kreditorenverband (AKV)³ hingegen einen Anstieg (+0,6%) auf 5.205 Insolvenzfälle.

In der OeNB-Stammdatenbank werden auf Basis des österreichischen Firmenbuchs erfasste Insolvenzen eingespielt; sie stehen damit für weiterführende Analysen zur Verfügung. Vereinfacht stellen sich die Insolvenzverfahren, welche auch als Grundlage der vorliegenden Analyse dienen, wie folgt dar:

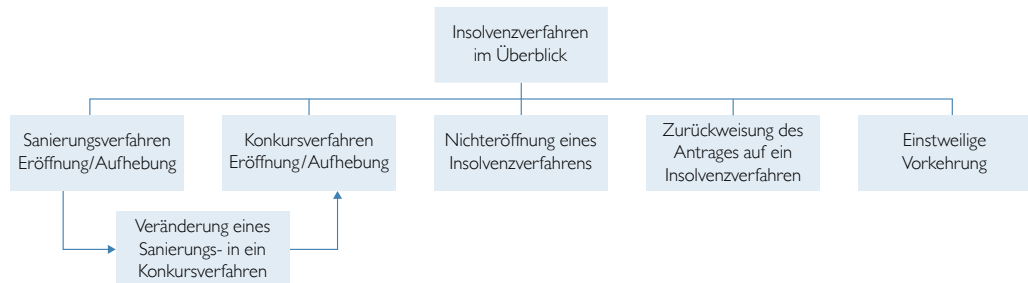
¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen, elizabeth.bachmann@oenb.at.

² Siehe Pressemitteilung des KSV vom 04.01.2019.

³ Siehe Insolvenzzstatistik über das Gesamtjahr 2018.

Grafik 1

Insolvenzverfahren im Überblick



Quelle: OeNB-Stammdatenbank.

Die Stammdaten werden mit den unkonsolidierten Kreditrisikodaten des Zentralkreditregisters (ZKR) verknüpft und ermöglichen so weiterführende Analysen hinsichtlich der Größe der betroffenen Kreditengagements bei österreichischen Kreditinstituten.

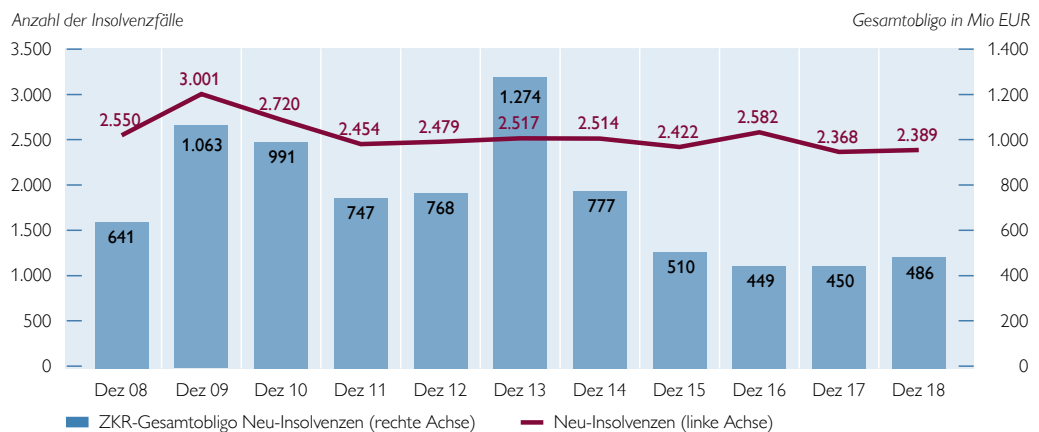
Moderater Rückgang der ZKR-relevanten Neu-Insolvenzen bei gleichzeitigem Anstieg des insolventen Kreditengagements

Grafik 2 zeigt die Insolvenzstatistik eingeschränkt auf ZKR-relevante österreichische (protokollierte sowie nicht protokollierte) Unternehmen im Zeitverlauf seit dem Jahr 2008 bis zum Jahr 2018. Die Linie repräsentiert die Anzahl der jährlich eröffneten Neu-Insolvenzen. Die Balken stehen für das entsprechende ZKR-Gesamtobligo, das die bei österreichischen Instituten ausstehenden Bankverbindlichkeiten der Neu-Insolvenzen widerspiegeln.

Nach 2.368 Neu-Insolvenzen im Jahr 2017 wurden 2018 insgesamt 2.389 Neu-Insolvenzen österreichischer (protokollierter sowie nicht protokollierter) Unternehmen in der OeNB-Stammdatenbank erfasst (siehe Grafik 2). Dies

Grafik 2

Insolvenzstatistik ZKR-relevanter Kreditnehmer für Österreich (1. Quartal 2008–4. Quartal 2018)



Quelle: OeNB-Stammdatenbank, ZKR.

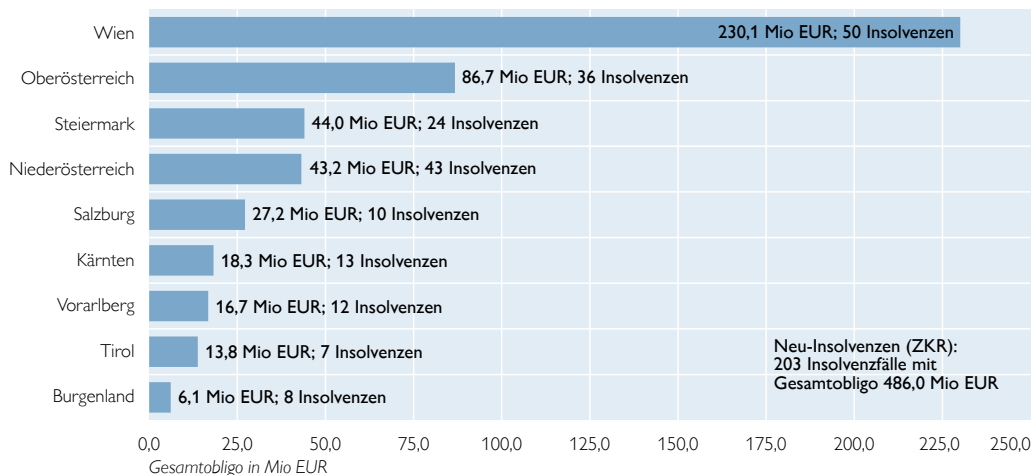
entspricht einem Anstieg von 0,9% im Vorjahresvergleich. Diese Entwicklung entspricht der Pressemeldung des AKV, welcher für das Gesamtjahr 2018 ebenfalls einen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen (+0,6%) vermeldete. In den im Herbst 2018 veröffentlichten Hochrechnungen⁴ des KSV für das Gesamtjahr 2018 ging auch dieser noch von einem Anstieg der Unternehmensinsolvenzen um rund +2% aus. Im Zeitverlauf lag zuletzt im Jahr 2016 ein Anstieg (+6,6%; 2.582 Neu-Insolvenzen) vor. Dem folgte 2017 ein Rückgang (-8,3%; 2.368 Neu-Insolvenzen). Hinsichtlich des Volumens nimmt das ZKR-Gesamtobligo der Neu-Insolvenzen seit dem Ausreißer⁵ im Jahr 2013 eine rückläufige Entwicklung und erhöht sich zuletzt erstmals wieder um +8,0% auf 486 Mio EUR. Dieses Volumen ist auf 203 insolvente protokollierte sowie nicht-protokollierte Unternehmen im Jahr 2018 zurückzuführen. Der volumenmäßige Anstieg des ZKR-Gesamtobligos entspricht in etwa der Pressemeldung des KSV, der trotz rückläufiger neu eröffneter Unternehmensinsolvenzen spürbare Anstiege bei den Passiva beobachtet.

Neu-Insolvenzen: Unterschiede auf regionaler Ebene und nach Branchen

Die Grafiken 3 und 4 zeigen die Neu-Insolvenzen im Jahr 2018 von (protokollierten sowie nicht protokollierten) Unternehmen mit dem jeweiligen ZKR-Gesamtobligo, verteilt nach Bundesländern (Grafik 3) bzw. nach Branchen (Grafik 4).

Grafik 3

Verteilung der Neu-Insolvenzen auf Basis der ZKR nach Bundesländern (1.–4. Quartal 2018)

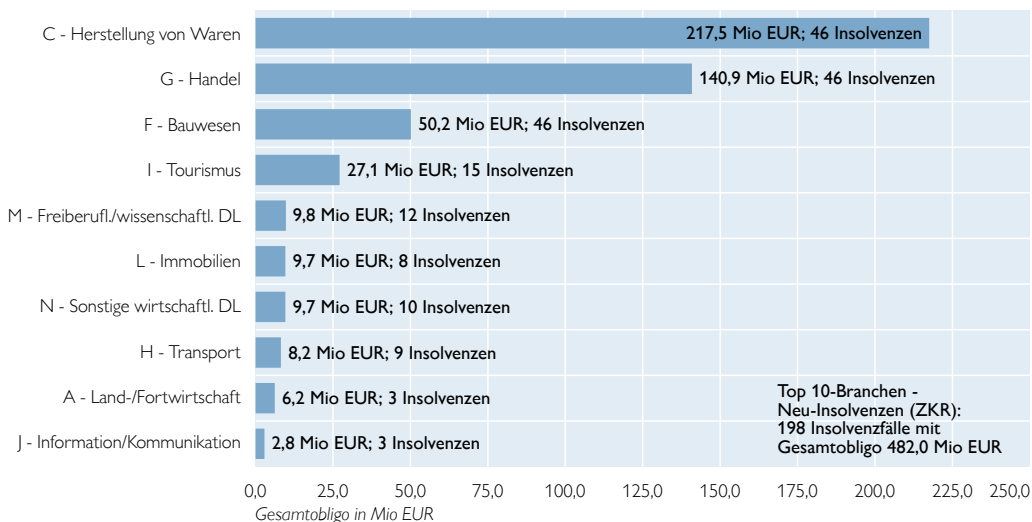


Quelle: OeNB-Stammdatenbank, ZKR.

⁴ Siehe Pressemitteilung des KSV vom 08.10.2018.

⁵ Erläuterung zum Ausreißer per Dezember 2013 in Grafik 2: Der Wertanstieg erklärt sich u. a. auch durch die Großinsolvenz der ALPINE Bau GmbH, welche am 04.07.2013 vonseiten des Handelsgerichts Wien das Sigel VK (Änderung von Sanierungs- in Konkursverfahren) erhalten hat. Dies wurde mit 06.07.2013 in der OeNB-Stammdatenbank eingetragen.

Verteilung der Neu-Insolvenzen auf Basis der ZKR, Top 10-Branchen (1.–4. Quartal 2018)



Quelle: OeNB-Stammdatenbank, ZKR.

Grafik 3 zeigt, dass im Jahr 2018 – regional betrachtet – in Wien, Oberösterreich und der Steiermark die Neu-Insolvenzen mit den höchsten Bankverbindlichkeiten vorlagen. Nach Branchen betrachtet gab es die größten Neu-Insolvenzen in den Bereichen Herstellung von Waren, Handel und Bauwesen (Grafik 4). Sowohl auf Bundesländer- als auch auf Branchenebene decken sich diese Analyseergebnisse überwiegend mit jenen der externen Datenquellen.⁶

Im Vorjahresvergleich ist bei den Top 3-Bundesländern mit den – an den Bankverbindlichkeiten gemessen – höchsten Neu-Insolvenzen eine Verschiebung ersichtlich, wohingegen die Top 3-Branchen keine Veränderung aufweisen. So fanden sich im Jahr 2017 die volumenmäßig höchsten Neu-Insolvenzen in Oberösterreich⁷, der Steiermark und in Niederösterreich. Auf Branchenebene hingegen waren schon im Jahr 2017 im Bereich der Herstellung von Waren die größten Neu-Insolvenzen zu finden. Lediglich beim Bauwesen (Platz 2 im Jahr 2017) und beim Handel (Platz 3 im Jahr 2017) kam es zu einer Änderung der Reihenfolge innerhalb der Top 3-Ränge.

Prognose für das Jahr 2019

Konjunktur und Zinsniveau zählen zu den Einflussfaktoren der Insolvenzentwicklung. Trotz internationaler Diskussionen über Brexit, Freihandelsabkommen und Handelsstreitigkeiten mit den USA auf der einen Seite und der Erwartung einer Zinsanhebung frühestens im Jahr 2020 auf der anderen Seite, geht der KSV für 2019 weder von übermäßigen Insolvenzanstiegen noch von übermäßigen

⁶ So nennt beispielsweise der AKV ebenfalls Wien als am stärksten von Großinsolvenzen betroffenes Bundesland.

⁷ Dies war insbesondere durch die Insolvenz der Textilreinigungsgruppe Wozabal geprägt.

Insolvenzurückgängen aus.⁸ Die aktuelle Hochrechnung des KSV⁹ bestätigt diese Erwartung und zeigt für das 1. Quartal 2019 einen Rückgang bei den Unternehmensinsolvenzen, wobei dieser mit dem niedrigen Zinsniveau begründet wird.

Der vor allem für Europa verschlechterte Ausblick des Kreditversicherers Atradius¹⁰ für das Jahr 2019 hinsichtlich der Unternehmensinsolvenzen wird vor allem mit schwachen Wachstumszahlen im 2. Halbjahr 2018 begründet.

Für das Jahr 2019 werden in Großbritannien und Italien die stärksten Insolvenzanstiege erwartet. So beobachtet Atradius im Zuge des Brexit seit geraumer Zeit eine deutliche Abschwächung der Unternehmensinvestitionen. Dies resultiert in negativen Auswirkungen für kleinere Unternehmen (insbesondere im Einzelhandel sowie im Bauwesen).

⁸ Siehe Pressemitteilung des KSV vom 04.01.2019.

⁹ Siehe KSV-Hochrechnung zu Unternehmensinsolvenzen Q1-2019.

¹⁰ Atradius ist ein international tätiger Kreditversicherer und bietet weltweit Kreditversicherung, Bürgschaften und Inkassodienste in über 50 Ländern an. Als Teil der Grupo Catalana Occidente (GCO.MC) gehört Atradius zu den größten spanischen Versicherern und weltweit zu den größten Kreditversicherern.

Österreichs Zahlungsbilanz im Jahr 2018

Erza Aruqaj, Thomas Cernohous, Bianca Ully, Jacob Wagner, Stefan Wiesinger¹

Das Jahr 2018 war von Handelskonflikten zwischen den USA und China, US-Strafzöllen auf europäische Stahlimporte, den Fed-Zinserhöhungen im September und Dezember, dem Kursanstieg des US-Dollar sowie den Verhandlungen zum Brexit geprägt. Gegen Jahresende führten unter anderem gedämpfte Wachstumsaussichten für das Jahr 2019 zu erheblichen Kursverlusten an den internationalen Finanzmärkten. In diesem Umfeld zeigte sich Österreichs Außenwirtschaft mit einem Leistungsbilanzsaldo von +9,0 Mrd EUR stabil positiv, die Stützen dafür waren der grenzüberschreitende Güterverkehr sowie einmal mehr der Reiseverkehr.

Die realwirtschaftlichen Überschüsse finden sich auf der Kapitalseite allerdings nur teilweise in der Nettoauslandsposition wieder. Die internationale Vermögensposition erhöhte sich lediglich geringfügig um 1 Mrd EUR. Vor allem Bewertungseffekte auf der Verpflichtungsseite verhinderten einen höheren Anstieg. Die grenzüberschreitenden Kapitalflüsse waren sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite geringer als 2017, der Saldo lag mit +7,5 Mrd EUR nahe am Wert des Leistungsbilanzsaldos.

Leistungsbilanzüberschuss weiterhin auf hohem Niveau

Der globale Output ist 2018 mit einem Plus von 3,7 % ähnlich stark gewachsen wie im Jahr 2017 (+3,8 %). Auch für die Jahre 2019 und 2020 prognostiziert der Internationale Währungsfonds (IWF)² Wachstumsraten von +3,5 % beziehungsweise +3,6%. Damit wurden die Prognosen gegenüber den vorangegangenen Schätzungen des IWF leicht nach unten korrigiert. In der regionalen Betrachtung weisen die Vereinigten Staaten im Jahr 2018 ein Wachstum von +2,9 % aus, die Eurozone hinkt mit einem Wachstum von +1,8 % hinterher. Wachstumstreiber sind die Entwicklungs- und Schwellenländer mit einem Wachstum von +4,6%. Das globale Handelsvolumen bestehend aus Gütern und Dienstleistungen ist um +4,0 % gewachsen (nach +5,3 % im Jahr 2017), zunehmende Spannungen zwischen wichtigen Handelspartnern werden aber weiterhin als Risiko klassifiziert. Die Rohstoffpreise sind 2018 ebenfalls gestiegen.

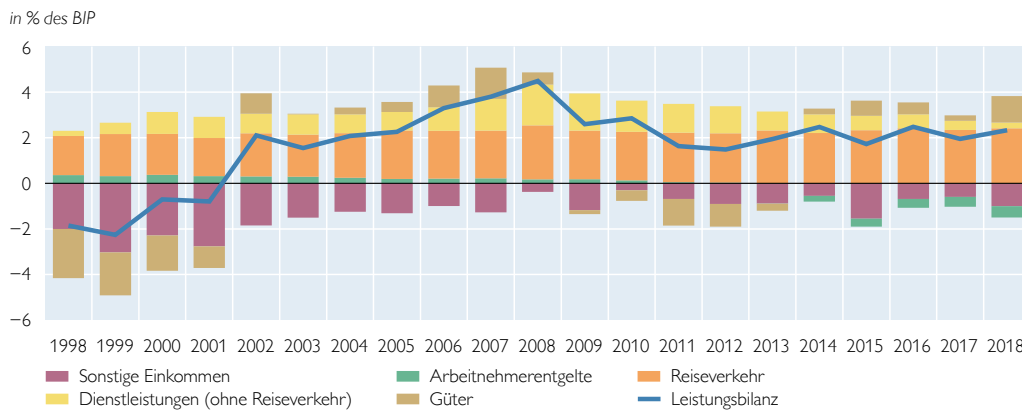
Vor dem Hintergrund dieser globalen Entwicklungen konnte der Leistungsbilanzsaldo 2018 in Österreich mit +9,0 Mrd EUR (bzw. 2,3 % des BIP) einen Zuwachs um +1,8 Mrd EUR gegenüber 2017 erzielen. Nicht zuletzt aufgrund der deutlich gestiegenen Preise entwickelten sich die grenzüberschreitenden Ex- und Importe sehr lebhaft und übertrafen (auf nomineller Basis) sowohl die Steigerung der Produktion als auch jene der Inlandsnachfrage. Die exportseitigen Bruttoströme der Leistungsbilanz stiegen 2018 um +6,6 % auf 247,1 Mrd EUR (davon entfielen auf Güter und Dienstleistungen als Außenbeitrag mit einem Plus von 8,1 % 214,6 Mrd EUR und die verbleibenden 32,5 Mrd EUR auf Primär- und Sekundäreinkommen). Die importseitigen Bruttoströme der Leistungsbilanz erhöhten sich um +6,1 % auf 238,2 Mrd EUR.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, erza.aruqaj@oenb.at, thomas.cernohous@oenb.at, bianca.ully@oenb.at, jacob.wagner@oenb.at, stefan.wiesinger@oenb.at.

² <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2019/01/11/weo-update-january-2019>.

Grafik 1

Leistungsbilanzsaldo



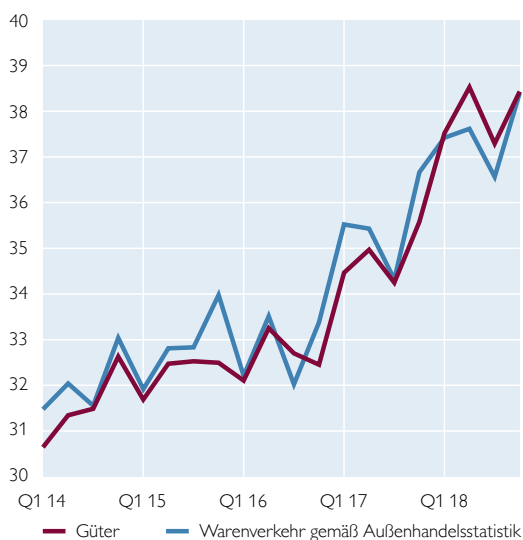
Die gesamtwirtschaftlichen Exporte stiegen im Jahr 2018 vor allem aufgrund der rasch wachsenden Güterexporte.³ Diese erhöhten sich um +12,5 Mrd EUR auf 151,8 Mrd EUR und damit um +9% gegenüber 2017. Maßgeblich für diese Expansion verantwortlich sind die Exporte ohne Grenzübertritt beziehungsweise jene von ausländischen Einheiten, da die „reinen“ Güterexporte aus der Außenhandelsstatistik um +8,1 Mrd beziehungsweise +5,7% wuchsen. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so ausgeprägt, verhält es sich auf der Importseite. Die Güterimporte stiegen um +8,9 Mrd EUR auf 147,3 Mrd EUR und damit um +6,4%, der Warenverkehr laut Außenhandelsstatistik erhöhte sich um +8,2 Mrd EUR (+5,5%). Betrachtet man die Zeitreihe (Grafik 2) zeigt sich, dass die Differenz zwischen den Importen nach Zahlungsbilanzdefinition und Außenhandel zwar größer, aber im Vergleich zu den Exporten stabil ist. Diese Volatilität in den Exporten führt dazu, dass im Jahr 2018 erstmalig die Güterexporte nach Zahlungsbilanz über den Ausfuhren des Außenhandels lagen.

Die Zuwächse bei den Warenexporten waren laut Außenhandelsstatistik bei den Gütergruppen „bearbeitete Waren“, „Maschinen/Fahrzeuge“ sowie „sonstige Fertigwaren“ am größten. Bei den Importen wurden die größten Steigerungen bei „Brennstoffe/Energie“ (vor allem preisbedingt), sowie bei den Warengruppen „bearbeitete Waren“ und „Maschinen/Fahrzeuge“ beobachtet. Die Terms of Trade verschlechterten sich von 100,9 im Jahr 2017 auf 99,7 im Jahr 2018, da der Anstieg der Importpreise mit +3,2% Prozentpunkten deutlich über jenem der Exportpreise mit +1,6 Prozentpunkten lag.

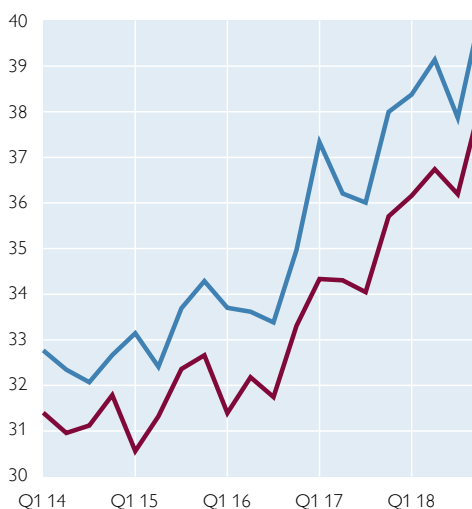
³ Der Warenimport und -export der Außenhandelsstatistik stellt den physischen Grenzübertritt der Waren dar, während die Güterimporte und -exporte laut Zahlungsbilanz den ökonomischen Eigentumsübergang betrachten. Siehe <https://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=9.1.11>.

Warenverkehr gemäß Außenhandelsstatistik – Güter nach Zahlungsbilanzstatistik**Exporte**

in Mrd EUR

**Importe**

in Mrd EUR



Quelle: Statistik Austria.

Die größten Wachstumsimpulse in den Güterexporten (nach Zahlungsbilanz) kamen von den klassischen Zielländern Deutschland (+2,3 Mrd EUR), Vereinigte Staaten (+1,1 Mrd EUR) und Italien (+0,9 Mrd EUR). Große relative Wachstumsraten gegenüber Ländern, in die mehr als 0,1 Mrd EUR exportiert wurden, wiesen Malaysia (+44,6 %, +0,8 Mrd) und Finnland (+40,9 %, +0,8 Mrd EUR) auf.

Importseitig zeigte sich ein ähnliches Bild. Jene Länder, die schon zuvor am meisten nach Österreich exportiert haben, wie Deutschland (+1,0 Mrd EUR) und Italien (+0,8 Mrd EUR) sowie China (+0,6 Mrd EUR), weisen das größte absolute Wachstum auf. Ein großes Wachstum ist preisbedingt auch in rohstoffexportierenden Ländern wie Libyen (+0,5 Mrd EUR), Kasachstan (+0,5 Mrd EUR) und Russland (+0,4 Mrd EUR) festzustellen.

Die größten positiven Salden wurden gegenüber den Vereinigten Staaten, (Wachstum: +1,0 Mrd EUR, Saldo: 7,6 Mrd EUR), Malaysia (+0,7 Mrd EUR, 2,0 Mrd EUR) und dem Vereinigten Königreich (+0,6 Mrd EUR, 1,6 Mrd EUR) erzielt. Die Veränderungen in den Bruttoströmen gegenüber Deutschland führten zur größten absoluten positiven Saldenveränderung. So hat sich der negative Saldo aus dem Jahr 2017 in Höhe von –11,3 Mrd EUR auf –10,0 Mrd EUR verringert. Die größten absoluten negativen Veränderungen im Saldo wurden importbedingt gegenüber rohstoffexportierenden Ländern erzielt.

Dienstleistungssaldo ohne Reiseverkehr so gering wie zuletzt 1999

Der internationale Dienstleistungsverkehr Österreichs hat im Jahr 2018 zusätzlich zum Güterhandel zu einem positiven Außenbeitrag auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts beigetragen. Der Außenbeitragssaldo lag bei +14,8 Mrd EUR beziehungsweise 3,8 % des BIP. Während die Güter +4,5 Mrd EUR ausmachten, waren die Dienstleistungen – vor allem der Reiseverkehr – mit +10,3

Tabelle 1

Außenbeitrag

	Export				Import				Netto	
	2018	2017	VAE ¹	in %	2018	2017	VAE ¹	in %	2018	2017
Warenverkehr gemäß Außenhandelsstatistik	150,0	141,9	8,1	5,7	155,7	147,5	8,2	5,5	-5,7	-5,6
Transithandelserrträge	4,0	3,3	0,7	22,4					4,0	3,3
Warenverkehr ohne Grenzübertritt	10,9	8,9	1,9	21,7	4,7	3,9	0,8	19,7	6,2	5,0
Korrektur um ausländische Einheiten	-7,9	-10,0	2,1	-21,3	-6,0	-5,8	-0,2	3,3	-1,9	-4,2
weitere Überleitungspositionen	-5,3	-4,9	-0,4	7,5	-7,1	-7,3	0,1	-1,9	1,9	2,4
Güter	151,8	139,3	12,5	9,0	147,3	138,4	8,9	6,4	4,5	0,9
Reiseverkehr	19,5	18,1	1,3	7,4	10,1	9,5	0,7	7,3	9,3	8,7
Transport	14,6	14,0	0,6	4,6	14,9	14,3	0,6	4,0	-0,3	-0,3
Technische DL	14,4	13,6	0,8	6,2	11,1	9,9	1,2	12,3	3,3	3,7
Beratungs-DL	3,6	3,4	0,2	6,5	4,4	4,2	0,2	4,7	-0,8	-0,8
Vers.- u. Finanz-DL	2,9	2,8	0,1	3,0	2,8	2,8	0,0	0,6	0,1	0,0
Traditionelle DL	7,9	7,3	0,5	7,3	9,2	8,4	0,8	9,8	-1,4	-1,1
Dienstleistungen	62,9	59,2	3,7	6,2	52,6	49,0	3,5	7,2	10,3	10,2
Außenbeitrag	214,6	198,5	16,2	8,1	199,8	187,4	12,4	6,6	14,8	11,0

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

¹ Veränderung absolut.

Mrd EUR die tragende Säule. Güter- und Dienstleistungsexporte wiesen mit 214,6 Mrd EUR ein Plus von +8,1% im Vergleich zum Vorjahr (2017: 198,5 Mrd EUR) aus. Importseitig kam es zu einer Erhöhung um +6,6% auf 199,8 Mrd EUR im Jahr 2018 (2017: 187,4 Mrd EUR). Im Vergleich zum Vorjahr sind die Dienstleistungsimporte mit +7,2% dynamischer gewachsen als die Dienstleistungsexporte mit +6,2%, lagen jedoch absolut betrachtet mit 52,6 Mrd EUR unter den Dienstleistungsexporten von 62,9 Mrd EUR. Betrachtet man die sonstigen Dienstleistungen ohne Reiseverkehr⁴, dann lag der Saldo 2018 bei knapp +1 Mrd EUR und damit so niedrig wie zuletzt 1999. Im folgenden Kapitel werden die Dienstleistungen ohne Reiseverkehr genauer analysiert. Im darauffolgenden Abschnitt wird der Reiseverkehr 2018 separat erläutert.

Im Jahr 2018 erzielte Österreich bei sonstigen Dienstleistungen im Saldo 0,5 Mrd EUR bzw. 34% weniger Einnahmen als im Vorjahr. Die wichtigste Kategorie hierbei bildeten die technischen Dienstleistungen⁵ mit +3,3 Mrd EUR und Versicherungs- und Finanzdienstleistungen mit +0,1 Mrd EUR. Dieser Position standen unter anderem der Transport mit -0,3 Mrd EUR, Beratungsdienstleistungen mit -0,8 Mrd EUR und die traditionellen Dienstleistungen⁶ mit -1,4 Mrd EUR entgegen.

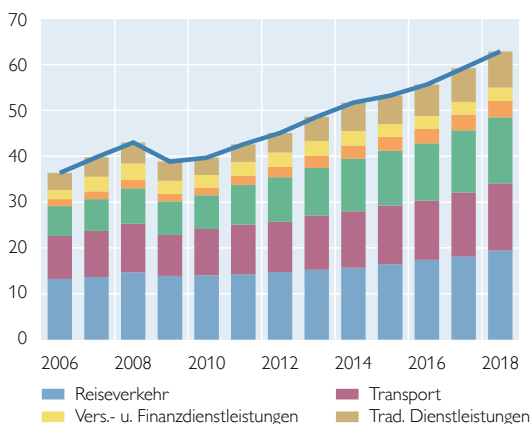
Die sonstigen Dienstleistungen wiesen im Vergleich zum Vorjahr eine Export-Wachstumsrate von +5,7% auf und lagen damit bei 43,4 Mrd EUR. Beim Export der sonstigen Dienstleistungen waren vor allem der Transport mit 14,6 Mrd EUR, technische Dienstleistungen mit 14,4 Mrd EUR und die traditionellen

⁴ Im Folgenden: „Sonstige Dienstleistungen“.⁵ Instandhaltung und Reparatur; Patente und Lizenzen bzw. Gebühren für die Nutzung geistigen Eigentums; Telekommunikations-, Computer- und Informationsdienstleistungen; Dienstleistungen der Forschung und Entwicklung (einschließlich des Kaufs/Verkaufs von Patenten und Lizenzen).⁶ Darunter fallen u. a. Bauleistungen, Abfallbehandlung, Landwirtschaft, Bergbau, Dienstleistungen im Kultur- und Freizeitbereich.

Dienstleistungsverkehr

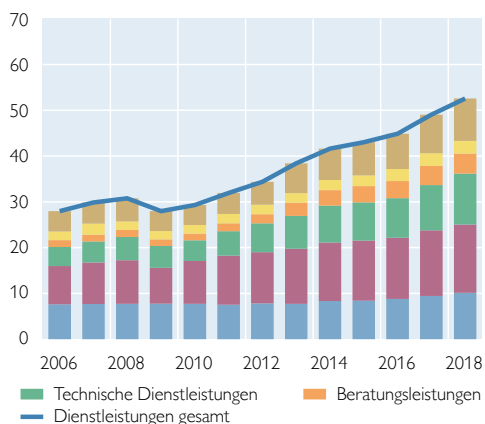
Exporte

in Mrd EUR



Importe

in Mrd EUR



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Dienstleistungen mit 7,8 Mrd EUR signifikant. Diese Positionen machten 85 % der gesamten sonstigen Dienstleistungsexporte im Jahr 2018 aus. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen vor allem traditionelle Dienstleistungen (+7,3 %) und Beratungsdienstleistungen (+6,5 %) an. Im Vergleich zum Vorjahr wiesen die sonstigen Dienstleistungsimporte in Höhe von 42,4 Mrd EUR mit +7,2 % eine stärkere Wachstumsrate als die Dienstleistungsexporte auf. Auch bei den Importen waren der Transport mit 14,9 Mrd EUR, die technischen Dienstleistungen mit 11,1 Mrd EUR sowie traditionelle Dienstleistungen mit 9,2 Mrd EUR die wichtigsten Komponenten und machten 83 % des Gesamtvolumens aus. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen vor allem die technischen Dienstleistungen (+12,3 %) und die traditionellen Dienstleistungen (+9,8 %) stark an.

Der Dienstleistungsverkehr mit dem Vereinigten Königreich war – wie bereits in den letzten Jahren – trotz eines drohenden Brexit auch 2018 nahezu ausgeglichen. Einem leicht positiven Saldo aus dem Reiseverkehr stand ein leicht negativer Saldo aus den Wirtschaftsdienstleistungen gegenüber. Betrachtet man die Entwicklungen auf der Exportseite der sonstigen Dienstleistungen gegenüber dem Vereinigten Königreich 2018 im Vergleich zum Vorjahr, erkennt man einen Anstieg um +11 % auf 1,9 Mrd EUR. Zwei Drittel der betrachteten Exporte kommen aus den technischen Dienstleistungen (38 %, beziehungsweise 716 Mio EUR) und dem Transport (28 % beziehungsweise 526 Mio EUR). Der stärkste Anstieg im Vergleich zum Vorjahr wurde bei Versicherungs- und Finanzdienstleistungen verzeichnet (+26 %). Dem stand eine dynamische Entwicklung bei den Importen aus dem Vereinigten Königreich gegenüber. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Importe um +13 % auf 1,9 Mrd EUR. Eine gestiegene Nachfrage wurde vor allem bei Transportdienstleistungen (+20 %) und technischen Dienstleistungen (+15 %) gemessen.

Aufgrund der derzeitigen Handelspolitik der Vereinigten Staaten werden auch die realwirtschaftlichen Indikatoren oft zitiert. Hinsichtlich der sonstigen Dienstleistungen ergab sich, wie im Jahr zuvor, ein Defizit in Höhe von –207 Mio EUR für 2018. Damit war Österreich auch 2018 im Bereich Dienstleistungen ein Netto-

importeure gegenüber den Vereinigten Staaten. Der Export von Dienstleistungen aus Österreich in die Vereinigten Staaten stieg um +9 % auf 1,6 Mrd EUR. Fast die Hälfte davon kam von technischen Dienstleistungen (758 Mio EUR). Wird der Export in Relation zum Vorjahr gesetzt, so wies Österreich einen Anstieg bei Beratungsdienstleistungen um +14 % auf 120 Mio EUR auf. Stärker stieg die Importseite Österreichs gegenüber den Vereinigten Staaten bei sonstigen Dienstleistungen. Hier lagen die Ausgaben bei 1,8 Mrd EUR und waren um +11 % höher als im Jahr zuvor. Die Versicherungs- und Finanzdienstleistungen stiegen mit +37 % am stärksten.

Einer der wichtigsten realwirtschaftlichen Partner der österreichischen Wirtschaft ist Deutschland. Im Jahr 2018 war Österreich bei den sonstigen Dienstleistungen erneut Nettoexporteur gegenüber Deutschland und wies trotz eines leichten Rückgangs einen Überschuss von 3,2 Mrd EUR aus (2017: 3,4 Mrd EUR) aus. Der Export von Dienstleistungen nach Deutschland stieg im Jahr 2018 um +5 % auf 16,4 Mrd EUR. Davon machten knapp 60 % die technischen Dienstleistungen (34 % bzw 5,6 Mrd EUR) und der Transport (24 % bzw 5,7 Mrd EUR) aus. Im Vergleich zum Vorjahr waren die höchsten Anstiege mit +9 % bei traditionellen Dienstleistungen sowie bei technischen Dienstleistungen mit +8 % zu verzeichnen. Beim Import von Dienstleistungen aus Deutschland war ein stärkeres Wachstum im Vergleich zum Vorjahr mit +8 % auf 13,3 Mrd EUR erkennbar. Fast 60 % davon kamen aus technischen Dienstleistungen (33 % bzw 4,4 Mrd) und Transport (26 % bzw 3,5 Mrd EUR). Beim Vergleich zum Vorjahr wurden die größten Anstiege mit je +12 % bei technischen Dienstleistungen auf 4,4 Mrd EUR und traditionellen Dienstleistungen auf 3,1 Mrd EUR erfasst. Gleichzeitig kam es zu einem Rückgang um –4 % bei Versicherungs- und Finanzdienstleistungen auf 721 Mio EUR.

Österreichischer Reiseverkehr ist weiterhin die tragende Säule des positiven Außenbeitrags

Auch 2018 stiegen die Einnahmen aus dem Reiseverkehr netto auf 9,3 Mrd EUR und damit um +7,6 % im Vergleich zum Vorjahr und waren damit die tragende Säule des österreichischen Außenbeitrags. Die Reiseverkehrseinnahmen betragen im Jahr 2018 19,5 Mrd EUR, das entspricht 5 % des BIP, und waren damit nominell um +7,4 % höher als noch im Jahr zuvor (2017: 18,1 Mrd EUR). Im Jahr 2018 gab es laut Statistik Austria⁷ mit 31 Millionen Ankünften ausländischer Gäste um +4,6 % mehr als im Vorjahr, während die Anzahl der Übernachtungen mit 110 Millionen um +4,2 % höher war als im Vorjahr. D. h. im Jahr 2018 kamen mehr Ausländerinnen und Ausländer nach Österreich, blieben jedoch kürzer und gaben gleichzeitig pro Übernachtung durchschnittlich 176,20 EUR (+3,1 %) aus.

Nach Herkunftsländern betrachtet bildeten Deutschland mit 9,2 Mrd EUR, die Niederlande mit 1,3 Mrd EUR und die Schweiz mit 1,3 Mrd EUR weiterhin die Top 3-Herkunftsländer von Reiseverkehrseinnahmen. Diese Reihenfolge spiegelt sich auch bei der Betrachtung der Ankünfte und Nächtigungen gemäß Berechnung von Statistik Austria wider, wobei deutsche Gäste 50 % der ausländischen Über-

⁷ Statistik Austria: „Ankunfts- und Nächtigungsstatistik: Anstieg der Übernachtungen im Kalenderjahr 2018 um 3,7 %“ https://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/tourismus/beherbergung/ankuenfte_naechtigungen/index.html.

nachtungen und 46 % der Ankünfte im Jahr 2018 ausmachten. Sowohl bei Gästen aus den Niederlanden als auch der Schweiz zeigte sich ein ähnliches Bild: Niederländische Gäste waren mit 6 % bei den Ankünften beziehungsweise 9 % bei den Übernachtungen im Jahr 2018 vertreten, Schweizer Gäste mit 5 % bei den Ankünften und 9 % bei den Übernachtungen.

Die Reiseverkehrausgaben sind im Jahr 2018 auf 10,1 Mrd EUR gestiegen und waren damit nominell um +7,3 % höher als noch im Jahr zuvor. Bei den Reiseverkehrausgaben der Österreicherinnen und Österreicher im Jahr 2018 war Deutschland ebenfalls auf Rang eins mit 2,3 Mrd EUR. Rang zwei belegte erneut Italien mit 1,5 Mrd EUR und Rang drei Kroatien mit 0,9 Mrd EUR. An Attraktivität als Reiseziel verloren haben die USA mit -10,5 % sowie Frankreich mit -13,4 % im Vergleich zum Vorjahr.

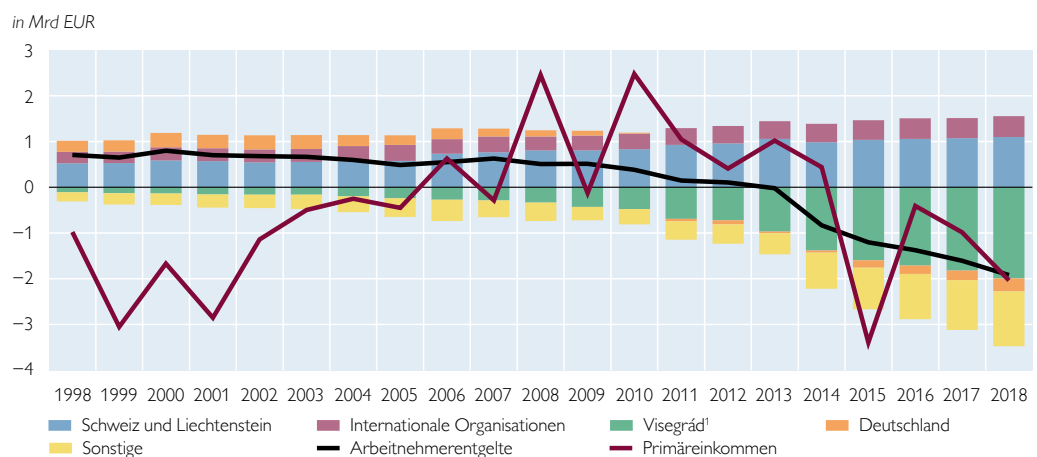
Die grenzüberschreitenden Einkommen pendelnder Personen

Die Arbeitnehmerentgelte sind eine Position von zunehmender Bedeutung im Primäreinkommen. Wie Grafik 4 zeigt, hat der Saldo der Arbeitnehmerentgelte in den letzten Jahren ins Negative gedreht. Die Bruttoströme sind speziell in den bezahlten Arbeitnehmerentgelten (die Importen entsprechen) stark gestiegen. Sie machten im Jahr 2018 bereits 15 % der bezahlten Primäreinkommen aus. Der Saldo der Arbeitnehmerentgelte entsprach mit -1,9 Mrd EUR beinahe exakt dem Saldo der Primäreinkommen in Höhe von -2,0 Mrd EUR.

Die Position Arbeitnehmerentgelte entspricht den Löhnen und Gehältern (brutto) von Grenzgängern und Saisoniers. Als Export gilt das Einkommen von im Ausland tätigen Österreichern und Österreicherinnen („auspendelnde Personen“), als Import Einkommen von in Österreich arbeitenden Ausländern und Ausländerinnen (d. h. Wohnsitz im Ausland, „einpendelnde Personen“). Die von den ausländischen Grenzgängern und Saisoniers bezahlten Sozialversicherungsbeiträge in Österreich sind in der Position „Öffentliche Sozialbeiträge“ als Export Teil der Sekundäreinkommen. Die bezahlte Lohnsteuer ist in den öffentlichen Einkom-

Grafik 4

Saldo der Arbeitnehmerentgelte – regional



mens- und Vermögenssteuern als Export enthalten. Neben der Lohnsteuer enthält diese Position auch die Einnahmen aus der EU-Quellensteuer, diese ist aber 2016 ausgelaufen.⁸ Für das aktuelle Jahr kann also durch eine Bereinigung der Arbeitnehmerentgelte um diese zwei Positionen das Nettogehalt der ausländischen Grenzgänger und Saisoniers berechnet werden.

Umgekehrt finden sich die von österreichischen Grenzgängern und Saisoniers bezahlten Steuern und Abgaben in den privaten laufenden Transfers im Sekundäreinkommen. Bezahlte Sozialversicherungsbeiträge finden sich in der Position „Private Sozialbeiträge“ und werden als Importe qualifiziert. Die bezahlte Lohnsteuer von österreichischen auspendelnden Personen in den „privaten Einkommens- und Vermögenssteuern“ gilt ebenfalls als Import. Auch hier wird die bis 2016 ans Ausland überwiesene Quellensteuer inkludiert, und eine Bereinigung der Bruttosition um diese zwei Positionen ergibt das Nettogehalt der Auspendler. Diese Verflechtungen zeigen, wie der Personenverkehr am Arbeitsmarkt mit gegenläufigen Transaktionen in der Zahlungsbilanz dargestellt wird.

Wie Tabelle 2 zeigt, sind die zunehmenden Importe der Arbeitnehmerentgelte vor allem auf die Zunahme von Grenzgängern und Saisoniers aus den Visegrád-Ländern⁹ zurückzuführen. Im Export von Arbeitnehmerentgelten in diese Länder ist jedoch keine Zunahme festzustellen, wodurch sich der Saldo stark negativ verändert hat. Auffällig ist die hohe Lohnsteuer, die Angestellte aus dieser Region in Österreich bezahlen. Sie lag 2018 bei 18 %, während der Globalwert bei nur 7 % lag. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich eher um Grenzgänger handelt, die ganzjährig in Österreich arbeiten, aber im angrenzenden Ausland leben, während

Tabelle 2

Vergleich der Arbeitnehmerentgelte: Global – Visegrád

		Arbeitnehmerentgelte Importe	Sozialbeiträge	Einkommens- und Vermögenssteuern	Anteil SV-Beitrag	Anteil Lohnsteuer	Nettogehälter
		in Mio EUR			in %		in Mio EUR
Einpindelnde Personen							
Global	2008	1.314	390	93	30	7	832
	2014	2.993	955	192	32	6	1.846
	2018	4.370	1.394	297	32	7	2.679
hiervon Visegrád	2008	348	109	21	31	19	218
	2014	1.388	443	75	32	17	870
	2018	2.001	638	119	32	19	1.244
Auspindelnde Personen							
Global	2008	1.820	332	149	18	8	1.339
	2014	2.161	411	171	19	8	1.578
	2018	2.451	471	201	19	8	1.779
hiervon Visegrád	2008	11	2	1	18	9	8
	2014	7	2	0	27	3	5
	2018	8	2	0	26	3	6

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

⁸ <https://www.bmf.gv.at/stuern/a-z/eu-quellensteuer/eu-quellensteuer.html>.

⁹ Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn.

es sich bei Arbeitnehmern aus anderen Ländern, die nicht an Österreich grenzen, eher um Saisoniers handelt, die nur kurz in Österreich arbeiten und deshalb keine oder nur wenig Lohnsteuer abführen.

Die abgeführten Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuern schlagen sich auch im Sekundäreinkommen nieder. So haben die Grenzgänger und Saisoniers der Visegrád-Länder rund 0,8 Mrd EUR in das österreichische Sozialsystem eingezahlt. Auf globaler Ebene beträgt der Überschuss aus den erhaltenen Sozialversicherungsbeiträgen bereits über eine Milliarde Euro, wodurch etwa die Hälfte des negativen Saldos aus den Arbeitnehmerentgelten ausgeglichen wird.

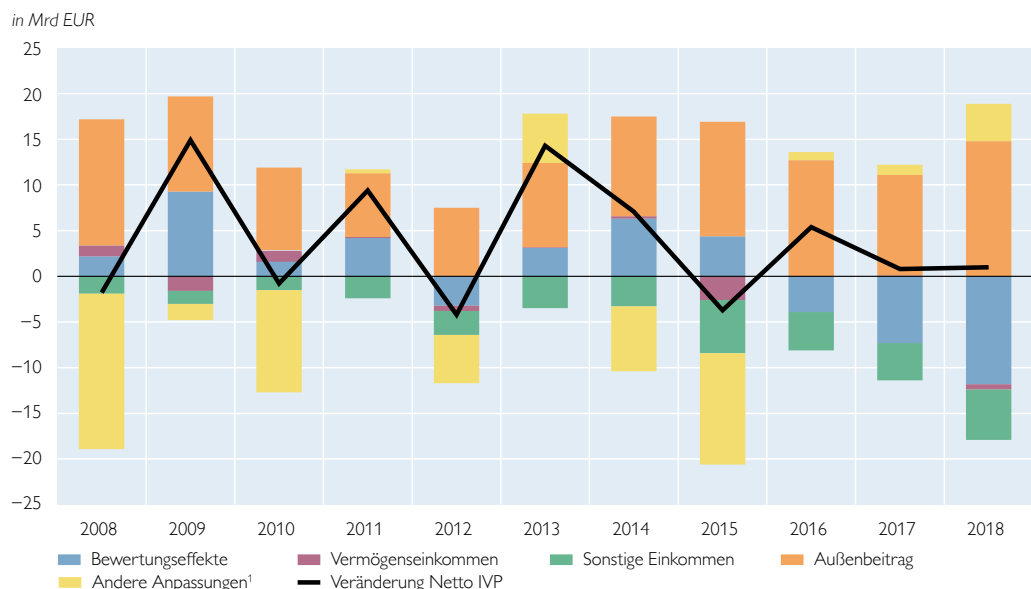
Internationale Vermögensposition trotz Leistungsbilanzüberschuss nur geringfügig erhöht

Trotz der großen Überschüsse – der Leistungsbilanzsaldo 2018 betrug +9,0 Mrd EUR – ist der Saldo des österreichischen Auslandsvermögens mit +1,0 Mrd EUR nur vergleichsweise geringfügig gestiegen. Von dominierendem Einfluss waren dafür die Bewertungseffekte (-11,8 Mrd EUR).

Diese bestehen aus Wechselkurs- und Preiseffekten, wobei vor allem letztere für den negativen Effekt auf die internationale Vermögensposition im Jahr 2018 relevant sind. Neben Kursverlusten bei Wertpapieren und Forderungsverzichten inländischer Gläubiger gab es einige Fälle von positiven Bewertungseffekten auf der Verpflichtungsseite von Direktinvestitionen, die den Auslandsvermögenssaldo deutlich verschlechterten.

Grafik 5

Veränderung der Internationalen Vermögensposition (Netto IVP)



Kasten 1

Bewertungseffekte durch Marktpreise vs. Buchwerte

An dieser Stelle ein kleiner Exkurs in die Methodologie der Direktinvestitionsstatistiken: Grundsätzlich wird angestrebt, möglichst marktnahe Bewertungen von Beteiligungen abzubilden. Dies ist bei Anteilsrechten an börsennotierten Unternehmen ein leichtes Unterfangen. Bei nicht-notierten Gesellschaften wird als Alternative dazu das anteilige Eigenkapital gemäß dem Jahresabschluss herangezogen. Es gibt allerdings auch bei nicht-notierten Unternehmen Zeitpunkte, zu denen ein echter Marktpreis eruiert ist, nämlich beim Kauf beziehungsweise Verkauf von Anteilsrechten. Falls der zwischen den beiden Transaktionspartnern vereinbarte Preis deutlich über dem Wert des anteiligen Eigenkapitals des Unternehmens liegt, wird der Direktinvestitionsbestand dieser Beteiligung unmittelbar auf den nun bekannten Marktwert erhöht. Diese Erhöhungen können bei großen Kapitalgesellschaften signifikant das Gesamt-aggregat beeinflussen, genau dieser Fall ist im Jahr 2018 bei passiven Direktinvestitionen eingetreten.

Die Vermögenseinkommen waren mit –0,6 Mrd wie auch bereits in den beiden Vorjahren relativ ausgeglichen. Die „Sonstigen Einkommen“ bestehen im Wesentlichen aus den EU-Mitgliedsbeiträgen sowie den grenzüberschreitenden Arbeitnehmerentgelten.¹⁰

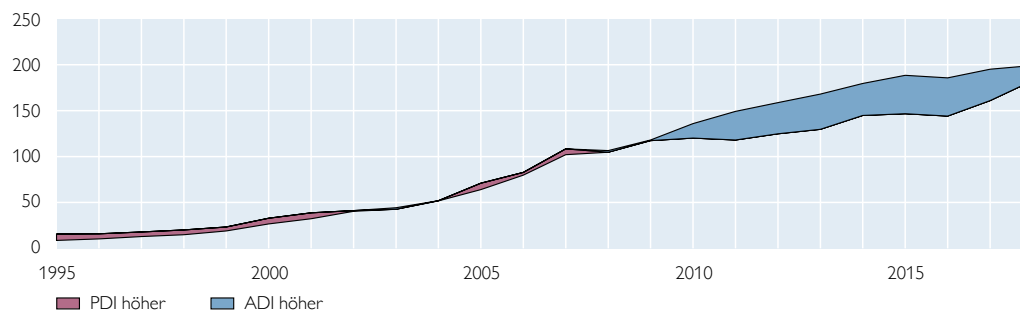
Grenzüberschreitende Immobiliendeals sorgen für starken Zuwachs bei passiven Direktinvestitionen¹¹

Zum 31. Dezember 2018 betragen die Bestände ausländischer Direktinvestitionen in Österreich 182,6 Mrd EUR, jene österreichischer Direktinvestitionen im Ausland 199,2 Mrd EUR (Grafik 6). Daraus ergab sich ein positiver Saldo von 16,6 Mrd EUR. Historisch betrachtet war dieser Saldo seit Beginn der Statistikerstellung in den 1970er-Jahren immer negativ, die passiven Direktinvestitionen überwogen die aktiven. Im Jahr 2008 konnte, vor allem getrieben durch die CESEE¹²-Expansion österreichischer Unternehmen, erstmals ein positiver Saldo

Grafik 6

Aktive (ADI) vs. Passive Direktinvestitionsbestände (PDI) Österreichs

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

¹⁰ Siehe auch „Die grenzüberschreitenden Einkommen pendelnder Personen“ weiter oben.

¹¹ Direktinvestitionen werden hier gemäß dem „Extended Directional Principle“ dargestellt. Siehe auch: <https://www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen/auszenwirtschaft/direktinvestitionen.html>.

¹² Central, East and Southeast Europe.

erzielt werden. Die aktiven Direktinvestitionen wuchsen in den darauffolgenden Jahren deutlich stärker als die ausländischen Investitionen in Österreich, der Höhepunkt wurde zum Jahresultimo 2015 mit einem positiven Saldo von +42,8 Mrd EUR erreicht. Vor allem in den Jahren 2017 und 2018 haben die strategischen ausländischen Unternehmensbeteiligungen im Inland stark zugenommen, während österreichische Investitionen im Ausland eine eher verhaltene Entwicklung zeigten.

Die Transaktionen im Jahr 2018 zeigten bei passiven Direktinvestitionen einen Nettozuwachs von +6,5 Mrd EUR, hingegen war bei aktiven Direktinvestitionen, wie bereits in den Jahren 2014 und 2016, ein leichter Rückgang zu verzeichnen (−0,6 Mrd EUR). Auch im Vorjahr waren die Transaktionen passiver Direktinvestitionen größer als jene der aktiven Direktinvestitionen. Der Rückgang des DI-Gesamtsaldos bei den Beständen ist daher zumindest teilweise auf Transaktionen zurückzuführen. Zusätzlich dazu gab es im Jahr 2018 hohe positive Preiseffekte buchungstechnischer Natur (siehe Kasten 1 weiter oben) bei passiven Direktinvestitionen, ganz im Gegensatz zur Preisentwicklung an den internationalen Finanzmärkten, die vor allem im vierten Quartal 2018 starke Kursverluste verzeichneten. Die passiven Direktinvestitionen wurden im Jahr 2018 stark von einigen wenigen Geschäftsfällen geprägt: Die Übernahme der BUWOG durch die deutsche Vonovia¹³, sowie eine grundlegende Restrukturierung eines ausländisch kontrollierten multinationalen Konzerns und der davon betroffenen Unternehmenseinheiten in Österreich. Der Effekt dieser beiden Geschäftsfälle schlägt sich bei passiven Direktinvestitionen mit Transaktionen von mehr als +10 Mrd EUR zu Buche. Dazu kommt ein weiterer großer Merger & Acquisitions-Deal aus dem Immobiliensektor, die Übernahme der CA-Immo durch den US-Investor Starwood.¹⁴

Die Bestände aktiver Direktinvestitionen haben sich vom Jahresultimo 2017 zum Jahresletztten 2018 lediglich um +4 Mrd EUR erhöht, was einer Wachstumsrate von zwei Prozent entspricht. Im Vergleich dazu betrug im Jahr zuvor die Zuwachsrates noch etwa fünf Prozent. Große Aufwärtsbewegungen konnten in keiner der drei dargestellten Veränderungskategorien festgestellt werden. Neben den bereits erwähnten leicht negativen Transaktionen wurden bei Preis- und Wechselkurseffekten (+2,6 Mrd EUR) sowie sonstigen Änderungen (+2,1 Mrd EUR) geringe positive Effekte ermittelt. Nichtsdestotrotz gab es eine Reihe größerer Transaktionen, die sich jedoch im saldierten Gesamtwert nahezu egalisierten. Eine einzelne Desinvestition im Rahmen einer Konzernrestrukturierung führte etwa zu einer Verringerung der Flüsse um einen niedrigen einstelligen Milliardenbetrag. Die längerfristige Betrachtung zeigt einen Trend sinkender Nettozuflüsse bei aktiven Direktinvestitionen, der sich 2018 fortgesetzt hat.

Deutlicher Rückgang bei Portfolioinvestitionen

Die nicht-strategischen ausländischen Wertpapierbestände inländischer Gläubiger reduzierten sich von 302,2 Mrd EUR Ende 2017 auf 289 Mrd EUR Ende 2018. Dieser Einbruch basiert hauptsächlich auf den größten Wertpapierkurseinbrüchen seit 2008 in Höhe von −15,7 Mrd EUR (−5,2 % im Vergleich zum Ultimo 2017), welche auf das turbulente Börsenjahr 2018 (besonders im vierten Quartal) zurückzuführen sind. 2018 war von Handelskonflikten zwischen den USA und

¹³ <https://www.buwog.com/de/investor-relations/meldungen/ad-hoc-mitteilungen#ad-hoc-mitteilung-vom-12032018>.

¹⁴ <https://derstandard.at/2000082683348/Amerikaner-kaufen-sich-in-Immofinanz-ein>.

China, US-Strafzöllen auf europäische Stahlimporte, den Fed-Zinserhöhungen im September und Dezember, dem Kursanstieg des USD sowie Brexit-Unsicherheiten geprägt. Dadurch kam es besonders im Dezember zu hohen Kursverlusten, wonach sich die Märkte aber Anfang 2019 wieder erholt haben.¹⁵ Besonders ausländische Investmentfondsanteile (–6,1 Mrd EUR beziehungsweise –8 % im Vergleich zum Vorjahresendstand) und Aktien (–5 Mrd EUR beziehungsweise –12 % im Vergleich zum Vorjahresendstand) verzeichneten 2018 negative Preiseffekte. Dem gegenüber standen positive Wechselkurseffekte in Höhe von 0,6 Mrd EUR beziehungsweise 0,4 Mrd EUR. Davon am stärksten betroffen waren inländische Haushalte mit Preis- und Wechselkurseffekten in Höhe von –1,3 Mrd EUR (Investmentfondsanteile) beziehungsweise –1,5 Mrd EUR (Aktien). Inländische Investmentfonds verzeichneten Kursverluste aus den Veranlagungen in Investmentfondsanteile in Höhe von –2,9 Mrd EUR beziehungsweise –2,6 Mrd EUR aus Aktienveranlagungen. Da viele inländische Haushalte in inländische Investmentfonds direkt und indirekt über den Deckungsbestand von Pensionskassenansprüchen bzw. Lebensversicherungen investiert haben, kann der Großteil dieser Kurseffekte indirekt dem Haushaltssektor zugewiesen werden.

Regional betrachtet wurden die höchsten Preisverluste mit deutschen Aktien (–1,9 Mrd EUR, davon 1,6 Mrd EUR Unternehmensaktien), US-amerikanischen Aktien (–0,8 Mrd EUR, davon –0,6 Mrd EUR Unternehmensaktien) sowie Aktien aus der Schweiz (–0,3 Mrd EUR) verzeichnet.

Verzinsliche Wertpapiere verzeichneten 2018 Kursverluste in Höhe von –4,5 Mrd EUR, das bedeutet einen zweiprozentigen Rückgang im Vergleich zum Jahresultimo 2017. Im Gegensatz zu Anteilspapieren waren die Kursverluste im vierten Quartal mit –0,5 Mrd EUR 2018 deutlich geringer als in den ersten drei Quartalen. Mit Transaktionen in Höhe von –1,2 Mrd EUR kam es erstmals seit 2012 zu Nettoverkäufen von ausländischen Wertpapieren im Besitz von inländischen Gläubigern (2017 gab es noch Nettozukäufe in Höhe von 7,8 Mrd EUR). Besonders stark wurden ausländische langfristige Staatsanleihen in Höhe von 3,2 Mrd EUR verkauft, davon 1,2 Mrd EUR spanische Staatsanleihen, knapp 1 Mrd EUR deutsche Staatsanleihen sowie 0,9 Mrd EUR italienische Staatsanleihen. Größter Nettoverkäufer war mit 1,9 Mrd EUR die OeNB, die ihr Portfolio aufgrund des Quantitative Easings¹⁶ seit 2015 verstärkt auf inländische Staatsanleihen ausrichtete. Die Bestände an ausländischen langfristigen Staatsanleihen reduzierten sich von 77,3 Mrd EUR auf 72,4 Mrd EUR. Neben negativen Transaktionen waren auch negative Preiseffekte in Höhe von 1,6 Mrd EUR dafür ausschlaggebend.

Ausländische Aktien und Investmentfondsanteile wurden um 0,8 Mrd EUR beziehungsweise 1,3 Mrd EUR zugekauft. Besonders beliebt waren mit Nettokäufen in Höhe von 2,3 Mrd EUR Fonds aus Luxemburg, davon Zukäufe durch inländische Haushalte und Investmentfonds in Höhe von je 0,8 Mrd EUR sowie

¹⁵ Siehe den Beitrag „Entwicklung des liquiden Finanzvermögens der österreichischen Haushalte im Börsenjahr 2018“ von Ully und Zhan in dieser Ausgabe von Statistiken.

¹⁶ Quantitative Lockerung: Geldpolitische Maßnahme, bei der private oder öffentliche Vermögenswerte (Wertpapiere) durch eine Zentralbank angekauft werden. Die Notenbanken des Eurosystems kauften im Zuge des Public Sector Purchase Programme (PSPP) zwischen März 2015 und Dezember 2018 vom öffentlichen Sektor emittierte Anleihen in Höhe von über 2 Bio EUR (Buchwert). Seit Jänner 2019 können nur noch auslaufende Anleihen ersetzt werden – es kommt nicht mehr zu weiteren Nettozukäufen. Siehe <https://www.ecb.europa.eu/mopo/implement/omt/html/index.en.html#pspp>.

durch Versicherungen und Pensionskassen in Höhe von 0,5 Mrd EUR. Die inländischen Bestände an Fonds aus Luxemburg betragen 2018 38,4 Mrd EUR (55 % der Bestände ausländischer Investmentfonds). Die Bestände britischer Fonds halbierten sich hingegen aufgrund von Nettoverkäufen um 0,8 Mrd EUR.

Die Bestände inländischer Wertpapiere im Besitz von ausländischen nicht-strategischen Investoren reduzierten sich ebenfalls – von 373 Mrd EUR Ende 2017 auf 353,8 Mrd EUR Ende 2018 (–5,2 %). Die negativen Preiseffekte 2018 betragen –15 Mrd EUR (–4 % im Vergleich zum Ultimostand 2017). Besonders hoch waren die Verluste inländischer Aktien mit –11,4 Mrd EUR (–22 %), der ATX brach 2018 um fast 20 % ein. Die börsennotierten Aktien des österreichischen Chip-Herstellers ams, der Voestalpine sowie der OMV waren die größten Verlierer des Börsenjahres 2018. Inländische Investmentfondsanteile mussten Kursverluste in Höhe von –1,6 Mrd EUR (–8 %) verzeichnen, inländische verzinsliche Wertpapiere erlitten Kursverluste in Höhe von –2 Mrd EUR (–1 %).

Insgesamt wurden inländische Wertpapiere von ausländischen Investoren um 5,7 Mrd EUR verkauft. Das sind die niedrigsten Nettoverkäufe seit 2015. Inländische Aktien wurden erstmals seit 2011 verkauft (–3,1 Mrd EUR). Grund dafür war besonders der Verkauf des Streubesitzes der BUWOG an den deutschen Investor Vonovia, der eine weitgehende Verschiebung von Portfolioinvestitionen zu Direktinvestitionen bedeutete. Die Bestände verzinslicher Wertpapiere reduzierten sich transaktionsbedingt nur um 2,4 Mrd EUR, im Vorjahr betragen die Nettoverkäufe noch 15,6 Mrd EUR. Während im zweiten und dritten Quartal inländische Anleihen von ausländischen Investoren mit +1,3 Mrd EUR beziehungsweise +1 Mrd EUR deutlich zugekauft wurden, führten im vierten Quartal einige Anleihtilgungen von finanziellen sowie nichtfinanziellen Unternehmen zu Nettoverkäufen in Höhe von 4 Mrd EUR.

Der Auslandsbestand österreichischer Staatsanleihen reduzierte sich hauptsächlich aufgrund von Nettoverkäufen in Höhe von 5,5 Mrd EUR von 194 Mrd EUR Ende 2017 auf 187,9 Mrd EUR Ende 2018 (–3 %). Der Abbau ist einerseits auf der Reduktion der Staatsverschuldung und somit einer Reduktion des Umlaufvolumens von 304,7 Mrd EUR Ende 2017 (zu Marktpreisen bewertet) auf 299,9 Mrd EUR Ende 2018¹⁷ und andererseits auf die bis Ende 2018 anhaltenden Nettokäufe der Notenbank im Zuge des Quantitative Easings zurückzuführen. Während inländische Staatsanleihen weiterhin verkauft wurden, wurden inländische Bankanleihen erstmals seit 2008 um 4,7 Mrd EUR zugekauft. Grund dafür ist, dass inländische Banken erstmalig seit 2008 wieder vermehrt Anleihen emittierten. Die Bestände zu Marktpreisen bewertet erhöhten sich von 131,2 Mrd EUR Ende 2017 auf 136,9 Mrd EUR Ende 2018.¹⁸ Dadurch kauften auch ausländische Investoren erstmalig seit 2008 wieder inländische Bankanleihen.

¹⁷ Zu Nominalwerten bewertet reduzierte sich das Umlaufvolumen von 253,2 Mrd EUR Ende 2017 auf 250,7 Mrd EUR Ende 2018.

¹⁸ Zu Nominalwerten bewertet erhöhte sich das Umlaufvolumen von 123,5 Mrd EUR Ende 2017 auf 130,5 Mrd EUR Ende 2018.

Kredite und Einlagen der österreichischen privaten nichtmonetären Unternehmen und Haushalte¹⁹ gegenüber ausländischen Banken

Neben Portfolioinvestitionen und Direktinvestitionen bilden die „Sonstigen Investitionen“ die dritte große Kategorie der Kapitalbilanz. Es folgt eine Bestandsaufnahme der Verflechtungen von privaten nichtmonetären Unternehmen und Haushalten mit ausländischen Kreditinstituten.

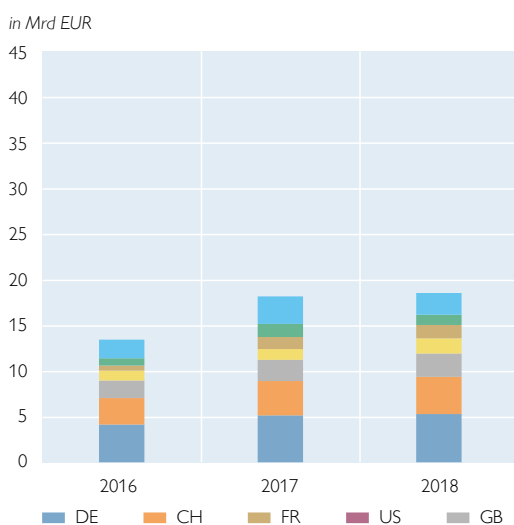
Die österreichischen privaten nichtmonetären Unternehmen und Haushalte hatten mit Jahresultimo 2018 grenzüberschreitende Bankkreditverbindlichkeiten in Höhe von knapp 38 Mrd EUR bei ausländischen Kreditinstituten. Dabei hielten private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck (POoE) lediglich knapp 11% (4,1 Mrd EUR), während 89% (34 Mrd EUR) von Unternehmen bezogen wurden. Mehr als die Hälfte (19,1 Mrd EUR) der Gesamtkreditverbindlichkeiten des sonstigen Sektors wurde von deutschen Banken geliehen. Während die starke historische Finanzverflechtung zwischen Österreich und Deutschland wenig überraschend ist, wird anhand der Daten allerdings auch ersichtlich, dass Nicht-Euroraum Länder ebenfalls stark an der Kreditvergabe an österreichische Schuldner beteiligt sind. Mit Jahresultimo 2018 hatten sowohl Banken aus den Vereinigten Staaten (3,6 Mrd EUR), dem Vereinigten Königreich (3,2 Mrd EUR) sowie aus der Schweiz (1,7 Mrd EUR) einen großen Einfluss (22%) auf die grenzüberschreitende Verschuldung des sonstigen Sektors.

Neben dem klassischen Kreditgeschäft der Banken liefert eine Detailbetrachtung der grenzüberschreitenden Einlagen des inländischen sonstigen Sektors ebenfalls nennenswerte Erkenntnisse. Mit Jahresultimo 2018 hielt dieser rund 18,5 Mrd

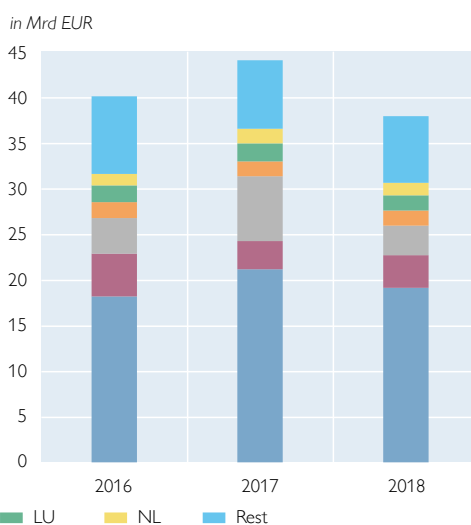
Grafik 7

Grenzüberschreitende Einlagenforderungen und Bankkreditverbindlichkeiten des sonstigen Sektors

Grenzüberschreitende Einlagenforderungen



Grenzüberschreitende Bankkreditverbindlichkeiten



Quelle: OeNB, BIZ.

¹⁹ Methodisch korrekte Bezeichnung für „Sonstiger Sektor“; Dabei werden Haushalte, nichtfinanzielle Unternehmen und nichtmonetäre Finanzinstitute zusammengefasst.

EUR Einlagen im Ausland. Davon entfielen 6,4 Mrd EUR auf private Haushalte und POoE und 12,1 Mrd EUR auf Unternehmen. Hauptsächlich veranlagte der sonstige Sektor seine finanziellen Mittel in Form von Einlagen in Deutschland (5,3 Mrd EUR), der Schweiz (4,1 Mrd EUR), im Vereinigten Königreich (2,6 Mrd EUR) sowie in den Niederlanden (1,7 Mrd EUR). Während grenzüberschreitende Finanzaktivitäten im Unternehmensbereich durch die fortschreitende Globalisierung zur Normalität geworden sind, ist das Ausmaß der grenzüberschreitenden Finanzverflechtungen der Haushalte vergleichsweise gering. Private Haushalte und POoE hatten mit Ultimo 2018 ausstehende Kreditverbindlichkeiten in Höhe von 4,1 Mrd EUR und ausstehende Einlagenforderungen in Höhe von 6,4 Mrd EUR.

Bestimmungsfaktoren des grenzüberschreitenden Dienstleistungshandels 2016¹

Jacob Wagner²

Im Rahmen der Zahlungsbilanzherstellung ist die OeNB in Zusammenarbeit mit Statistik Austria für den grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel zuständig. Die Analyse beschäftigt sich mit den Bestimmungsfaktoren des Dienstleistungshandels österreichischer Firmen. Die zu untersuchenden Firmenattribute wurden auf Basis des 2009 erschienenen STATISTIKEN Sonderhefts der OeNB „Struktur des Dienstleistungshandels 2006“³ ermittelt und mit Daten des Berichtsjahres 2016 analysiert. Nach einer kurzen Vorstellung der Dynamik des grenzüberschreitenden Dienstleistungshandels wird basierend auf Firmeneinzeldaten eine detaillierte Analyse der Bestimmungsfaktoren durchgeführt. Es zeigt sich, dass noch immer wenige große internationale Firmen die treibende Kraft im grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel sind.

1 Entwicklung des Dienstleistungshandels

Für das Jahr 2006 wurden erstmalig durch eine Befragung bei den Unternehmen Daten zum grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel erhoben, zuvor kamen diese Informationen aus dem Zahlungsverkehr bei Banken. Im STATISTIKEN Sonderheft der OeNB „Struktur des Dienstleistungshandels 2006“ wurden diese Daten vorgestellt und eine Analyse vorgenommen, welche Bestimmungsfaktoren den grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel determinieren. Die damalige Analyse wurde nun mit Daten für die Referenzperiode 2016 erneut durchgeführt. Die wichtigsten Ergebnisse und Bestimmungsfaktoren werden in diesem Beitrag vorgestellt.

Der Dienstleistungshandel (ohne Reiseverkehr) hat sich seit 2006 im Export von rund 20 Mrd EUR auf rund 38 Mrd EUR im Jahr 2016 erhöht, der Import hat sich gegenüber 2006 (15 Mrd EUR) auf 36 Mrd EUR im Jahr 2016 mehr als verdoppelt. Die Bruttoströme im Dienstleistungshandel stehen somit beidseitig für rund 17% aller grenzüberschreitenden Zahlungen, die in der Leistungsbilanz 2016 erfasst sind. 2006 machte der Export (Import) von Dienstleistungen noch 14% (13%) der Bruttoströme aus.

2 Systematik der Datengrundlage

Für die Datenbasis wird ausgehend von einer „Grundgesamtheit“ eine „große Stichprobe“ gezogen, die wiederum durch einen eingezogenen Schwellenwert auf eine „kleine Stichprobe“ reduziert wird. Letztere ist Hauptgegenstand der Analyse. Wie sich in den nachfolgenden Kapiteln im Detail zeigen wird, kann durch die „kleine Stichprobe“ bereits der überwiegende Teil des grenzüberschreitenden Dienstleistungshandels erklärt werden. Auch wenn nur rund 6.000 Unternehmen in dieser Stichprobe enthalten sind, deckt sie 53% der Beschäftigten, 66% der Umsätze der „Grundgesamtheit“ und den Großteil des grenzüberschreitenden Dienstleistungshandels ab.

¹ Die Daten des grenzüberschreitenden Dienstleistungshandels 2016 sind die letztverfügbaren, qualitätsgeprüften und vollständigen Daten dieser Erhebung.

² Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, jacob.wagner@oenb.at.

³ Walter, P. und R. Dell'mour. 2009. Struktur des Dienstleistungshandels 2006. In: STATISTIKEN Sonderheft. OeNB.

Die „Grundgesamtheit“ wird durch die 258.808 aktiven Unternehmen des österreichischen Firmenbuchs gebildet, die in der LSE (Leistungs- und Strukturstatistik) enthalten sind. Die Strukturinformationen umfassen neben der Firmenbuchnummer die Variablen: Branche (ÖNACE 2008), Beschäftigtenzahl im Jahresdurchschnitt, Umsatzerlös sowie Außenhandel von Waren. Weiters liegen Informationen zu aktiven und passiven Direktinvestitionen aus den DI-Jahresbefragungen 2016 vor, die mit den LSE-Daten verknüpft wurden.

Die Daten über Exporte und Importe von Dienstleistungen stammen aus der Erhebung des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs bei nichtfinanziellen Unternehmen im Berichtsjahr 2016, durchgeführt von Statistik Austria. Diese wurden mit den oben beschriebenen Daten der LSE verknüpft. Die Variablen, die auf Basis dieses Datensatzes gewonnen wurden, sind Firmenbuchnummer, Dienstleistungsart, Sitzland des Handelspartners sowie Exporterlöse und Importaufwendungen in Euro. In diesem Datensatz der grenzüberschreitenden Dienstleistungen befinden sich 55.181 Unternehmen. Diese werden in der Folge als „große Stichprobe“ bezeichnet.

6.183 Unternehmen liegen mit ihrem Dienstleistungshandel (ohne Transit) export- oder importseitig über der Erhebungsschwelle von 500.000 EUR, somit entfallen Zuschätzungen, die in der „großen Stichprobe“ noch enthalten waren. Diese Gruppe wird in der Folge als „kleine Stichprobe“ bezeichnet und ist im Umfang vergleichbar mit der Stichprobe für das Jahr 2006, als rund 5.000 Unternehmen analysiert wurden.

3 Unternehmenskonzentration im Dienstleistungshandel

Im Jahr 2016 exportierten 5.037 Unternehmen der „kleinen Stichprobe“ Dienstleistungen (81,5 %), 5.693 (92,1 %) importierten Dienstleistungen. Exporte und Importe sind somit etwas gleicher verteilt als in der „großen Stichprobe“, von der nur 22.873 (41,5 %) Dienstleistungen exportierten und 51.741 (93,8 %) solche importierten.

10 % der Dienstleistungsexporteure (504 Unternehmen) der „kleinen Stichprobe“ erwirtschafteten mehr als 75 % des Auslandsumsatzes in Summe (Grafik 1). Bei Betrachtung der „großen Stichprobe“, ergibt sich eine noch größere Konzentration. Der Gini-Koeffizient, der die Ungleichverteilung der Dienstleistungsexporteinnahmen mithilfe der Lorenzkurve misst, beträgt für die Unternehmen der „kleinen Stichprobe“ 0,875.

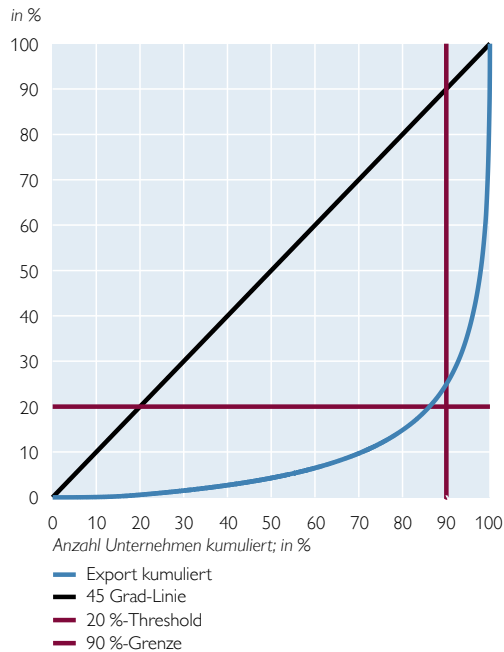
Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Import, da auf 10 % der Unternehmen (570 Firmen) ebenfalls rund 75 % der Aufwendungen entfallen (Grafik 2). Der Gini-Koeffizient beträgt für Dienstleistungsimporte 0,884.

Das heißt, sowohl der Export wie auch der Import von Dienstleistungen ist in Österreich auf wenige im Auslandsgeschäft tätige Unternehmen konzentriert, obwohl prinzipiell jedes Unternehmen Dienstleistungen im Ausland erwerben kann und auch etwas mehr Firmen Dienstleistungen importieren als exportieren.

Die hohe Konzentration im Dienstleistungshandel hat sich gegenüber 2006 noch weiter verstärkt, aber wie damals kann kein typischer Dienstleistungshändler in Österreich identifiziert werden. Auf Basis bestimmter untersuchter Merkmale zeigt sich jedoch klar, welche Attribute mit dem Dienstleistungshandel zusammenhängen.

Grafik 1

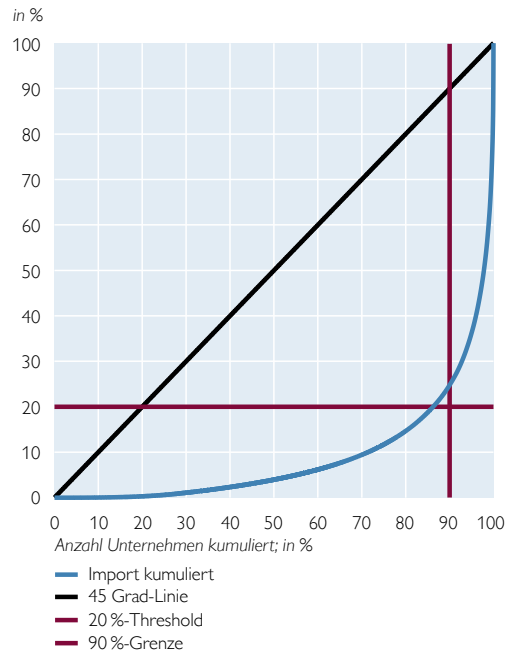
Unternehmenskonzentration im Dienstleistungsexport



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Grafik 2

Unternehmenskonzentration im Dienstleistungsimport



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

4 Bedeutung von Umsatzerlösen und Beschäftigten für den Dienstleistungshandel

Obwohl die „kleine Stichprobe“ nur einen kleinen Teil der Einheiten aus der „Grundgesamtheit“ repräsentiert, umfasst sie mehr als die Hälfte der Beschäftigten und rund zwei Drittel des Umsatzerlöses. Demnach sind große Unternehmen in der „kleinen Stichprobe“ im Vergleich zur „Grundgesamtheit“ überproportional vertreten.

Tabelle 1

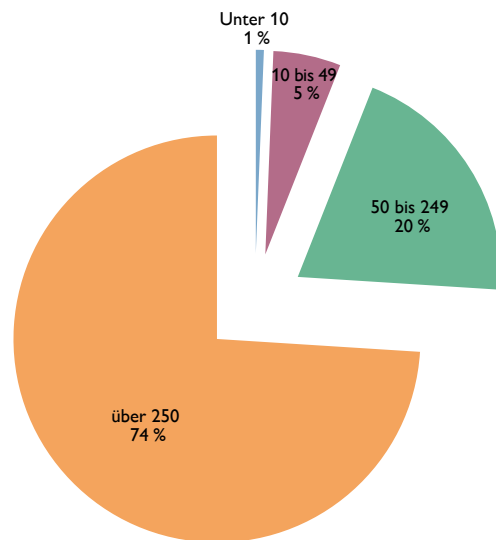
Beschreibung der Stichprobe: Abdeckungsgrad insgesamt

	Stichprobe		Abdeckungsgrad	
	kleine Stichprobe	große Stichprobe	kleine Stichprobe	große Stichprobe
			<i>in % der „Grundgesamtheit“</i>	
Unternehmen	6.183	55.181	11,2	21,3
Beschäftigte	1.005.276	1.914.148	52,5	69,3
Umsatzerlöse in Mio EUR	361.814	545.626	66,3	81,0

Quelle: Statistik Austria.

Grafik 3a

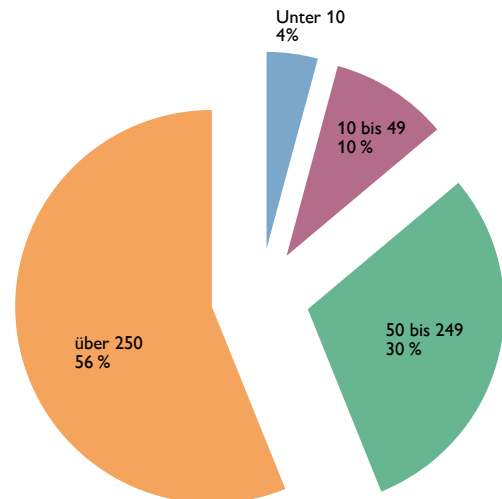
Beschreibung der Stichprobe: Verteilung der Beschäftigten nach Beschäftigungsgrößenklassen



Quelle: Statistik Austria.

Grafik 3b

Beschreibung der Stichprobe: Verteilung der Umsatzerlöse nach Beschäftigungsgrößenklassen



Quelle: Statistik Austria.

Die Grafiken 3a und 3b zeigen die Verteilungen der Beschäftigten und Umsatzerlöse der „kleinen Stichprobe“. Enthalten sind 1.519 kleine Unternehmen, die nur 1% der Beschäftigten ausmachen. 2.210 Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten decken weitere 5% ab, 1.681 Betriebe mit 50–249 MitarbeiterInnen umfassen 20%. 74% der Beschäftigten arbeiten aber in einem der 773 Unternehmen mit mehr als 250 MitarbeiterInnen. Gegenüber der „großen Stichprobe“ sind somit große Betriebe in der „kleinen Stichprobe“ überrepräsentiert. Die Umsatzerlöse sind etwas gleicher verteilt, dadurch kann man darauf schließen, dass kleinere Betriebe einen höheren Umsatz pro mitarbeitender Person haben. Trotz allem machen die wenigen Großbetriebe knapp mehr als die Hälfte der Erlöse aus. Diese Verteilung ist ein Indiz für den Einfluss der Großbetriebe auf die Generierung von Erlösen aus dem grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr.

Tabelle 2 zeigt, dass Exporte 10,6% der Umsatzerlöse ausmachen, aber je größer das Unternehmen ist, umso kleiner ist die Exportquote. Knapp ein Viertel ihres Umsatzes erwirtschaften die Betriebe mit weniger als 10 Mitarbeitenden in der „kleinen Stichprobe“ durch den Export von Dienstleistungen. Außerdem zeigt die Tabelle, dass große Betriebe einen geringeren Anteil ihres Umsatzes für Importe ausgeben. Über alle Unternehmen hinweg beträgt die Importquote 7,9%. Die großen Differenzen zwischen Median und Mittelwert, sowie die hohe, positiv verzerrte Streuung untermauern die ungleiche Verteilung des grenzüberschreitenden Dienstleistungshandels.

Tabelle 2

Zusammenhang von Dienstleistungshandel und Unternehmensgröße

Export Erlöse

	Beschäftigte				Gesamt
	<10	10 bis 49	50 bis 249	>249	
	in Mio EUR				
Gesamt	2.349	5.068	8.861	15.302	31.580
Median ¹	1	1	2	3	1
Mittelwert ¹	2	3	7	25	6
Streuung ²	6	6	28	93	36
Maximum	145	113	769	1.750	1.750
	in %				
Anteil an Stichprobe	24,6	36,9	26,2	12,3	100,0
Exportquote	24,8	20,5	10,0	8,7	10,6

Importaufwendungen

	Beschäftigte				Gesamt
	<10	10 bis 49	50 bis 249	>249	
	in Mio EUR				
Gesamt	1.915	4.520	7.887	13.514	27.836
Median ¹	1	1	1	3	1
Mittelwert ¹	1	2	5	18	5
Streuung ²	5	6	28	74	31
Maximum	138	98	993	1.527	1.527
	in %				
Anteil an Stichprobe	23,2	35,4	28,1	13,2	100,0
Importquote	13,3	13,4	7,6	6,7	7,9

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Alle DL ohne Transit.

¹ ohne null.

² Standardabweichung.

5 Zusammenhang von Dienstleistungshandel und Konzernaktivitäten

Um die Rolle von aktiven und passiven Direktinvestitionen im Handel mit Dienstleistungen zu untersuchen, wurde die „kleine Stichprobe“ in lokale Firmen und Firmen mit internationalen Konzernbeziehungen unterteilt. Rund drei Viertel der Unternehmen sind kein Teil einer internationalen Konzernstruktur (Tabelle 3). Sie haben einen Anteil von 44 % (37 %) an den Exporterlösen (Importaufwendungen) im Dienstleistungshandel. Weiters entfallen auf diese Firmen rund 37 % des Gesamtumsatzes der „kleinen Stichprobe“ und 44 % der Beschäftigten. Mit über 10 % weisen sie zudem die höchste Exportquote (8 % Importquote) auf.

Mehr als die Hälfte des Dienstleistungshandels der „kleinen Stichprobe“ entfällt jedoch auf die 1.622 Unternehmen mit ausländischen Konzernbeziehungen. Um ein klareres Bild zu erhalten, wurden diese in 3 Gruppen unterteilt: Sie halten entweder nur aktive, passive, oder aktive und passive Direktinvestitionen mit dem Ausland. Die meisten internationalen Unternehmen in der „kleinen Stichprobe“ weisen nur passive Beziehungen auf. Diese Firmen stehen für die höchsten

Tabelle 3

Dienstleistungshandel in Abhängigkeit von Konzernaktivitäten

Indikator	Lokale Firmen	Direktinvestitionen			
		Gesamt	hiervon aktiv	hiervon passiv	hiervon aktiv und passiv
Firmen					
Anzahl	4.561	1.622	353	1.036	233
in % von kleiner Stichprobe	73,8	26,2	5,7	16,8	3,8
in % von Grundgesamtheit	1,8	0,6	0,1	0,4	0,1
Exporterlös					
in Mio EUR	13.776	17.804	5.975	6.937	4.891
in % von kleiner Stichprobe	43,6	56,4	18,9	22,0	15,5
Exportquote in %	10,4	7,8	7,3	7,9	8,2
Importaufwendungen					
in Mio EUR	10.089	17.748	5.129	6.394	6.224
in % von Stichprobe	36,2	63,8	18,4	23,0	22,4
Importquote in %	7,6	7,7	6,2	7,3	10,4
Umsatzerlös					
in Mio EUR	132.439	229.375	82.320	87.483	59.572
in % von kleiner Stichprobe	36,6	63,4	22,8	24,2	16,5
in % von Grundgesamtheit	19,7	34,0	12,2	13,0	8,8
Beschäftigte					
Anzahl	442.484	562.792	237.975	201.986	122.831
in % von kleiner Stichprobe	44,0	56,0	23,7	20,1	12,2
in % von Grundgesamtheit	16,0	20,4	8,6	7,3	4,4

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Exporterlöse, Importaufwendungen und Umsatzerlöse. Die meisten Beschäftigten weisen jene Unternehmen auf, die nur aktive Beziehungen halten. Überraschenderweise weisen sie allesamt eine geringere Exportquote als die lokalen Unternehmen auf. Dies liegt daran, dass die internationalen Unternehmen auch wesentlich höhere Umsätze aufweisen, wodurch der Nenner in Relation noch größer als bei den lokalen Unternehmen ist. Trotzdem ist die Importquote bei Firmen mit aktiven und passiven Auslandsbeziehungen am höchsten.

6 Regressionsanalyse und Schlussfolgerungen

Um den Einfluss der vorgestellten Bestimmungsfaktoren analytisch zu belegen, wurde in Anlehnung an die Regressionsanalyse für das Jahr 2006 das damalige Modell leicht adaptiert und mit den aktuellen Daten berechnet. Die kardinalen Daten (Beschäftigung, Umsatzerlös, Dienstleistungsexport bzw. -import, und Warenexport- bzw. -import) wurden logarithmiert. Dadurch entfallen Beobachtungen, die keinen Wert in einer der kardinalen Variablen aufweisen.⁴ Direktinvestitionsbeziehungen und ein Branchendummy werden mittels dichotomer Variablen dargestellt. Das Exportbranchendummy wurde aus jenen Branchen gebildet, die üblicherweise mit dem Export in Verbindung gebracht werden.

⁴ Durch das Logarithmieren entfallen Beobachtungen, die in einer oder mehreren der kardinalen Variablen keine Daten oder den Wert 0 aufweisen. Durch das Logarithmieren wird die Variable normalverteilt.

2.860 Unternehmen fallen in diese Kategorien und machen mehr als zwei Drittel der Exporte aus. Dazu zählen die Kategorien:

- H (Verkehr und Lagerei), speziell durch den Flugverkehr
- J (Information und Kommunikation), da die Netzwerkindustrie einen wichtigen Bestandteil des Dienstleistungshandels darstellt
- M (Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen), unter anderem wegen der Architektur und Ingenieursleistungen
- N (Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen wie Vermietung)

Für die Importe von Dienstleistungen wurde neben den Branchen H und J die Kategorie C (Herstellung von Waren) identifiziert. Gemeinsam stehen diese drei Kategorien für 2.789 Unternehmen und über zwei Drittel der Importe.

Das Modell kann 24 % der Varianz des Exports (2006: 33 %) und 37 % der Varianz des Imports (2006: 43 %) erklären. Beidseitig liegt somit die erklärte Varianz etwas unter dem Niveau von 2006. Dies liegt einerseits daran, dass die regionale Komponente diesmal nicht integriert wurde und deutet andererseits auf einen etwas vielfältigeren Dienstleistungshandel hin. Somit entfallen - bedingt durch das Logarithmieren - wenige Beobachtungen, die zu den größten Dienstleistungshändlern gehören. Diese Heterogenität macht es schwieriger, den Dienstleistungshandel durch ein allgemeines Modell zu beschreiben. Die Schätzergebnisse lassen aber abschließend doch einige Schlüsse zu. Besonders die Signifikanz und das Vorzeichen der Bestimmungsfaktoren ist von Interesse, da dadurch ein relevanter und in der Richtung entscheidender Einfluss auf die Höhe des Dienstleistungshandels gezeigt werden kann.

Umsatzerlöse haben einen signifikant⁵ positiven Einfluss auf die Höhe der Exporte (mit einer Elastizität von 0,35) und der Importe (0,76) von Dienstleistungen. Das bedeutet, dass eine Steigerung der Umsatzerlöse um 10 % mit einer Erhöhung der Exporte (Importe) um 3,5 % (7,6 %) korreliert. Somit sind Umsatzerlöse der zentrale Bestimmungsfaktor der Höhe bzw. der Veränderung des grenzüberschreitenden Dienstleistungshandels. Beschäftigung weist einen signifikant positiven Effekt (0,28) auf Exporte aus und einen negativen auf Importe, der jedoch nur sehr klein ausfällt (-0,07). Während Warenausfuhren weder für den Import (nicht signifikant) noch für den Export (-0,04) besonders relevante Bestimmungsfaktoren sind, zeigt sich ein signifikant negativer Effekt der Einfuhren von Waren auf den Export (-0,09) und Import (-0,07) von Dienstleistungen. Bei dieser klaren Interpretation ist jedoch Vorsicht geboten, bedingt durch mögliche Multikollinearität.⁶ Auswirkungen auf R^2 hat dies jedoch nicht.

Aktive sowie passive Direktinvestitionen erhöhen sowohl Exporte als auch Importe von Dienstleistungen. Dies könnte an konzerninternen Zahlungen von Managementkosten, Patent- und Lizenzgebühren oder Zukäufen anderer Vorleistungen liegen. Die Branchendummies weisen signifikante positive Effekte (1,67 im Export, 0,36 im Import) aus, wodurch bestätigt wird, dass es klassische grenzüberschreitende Dienstleistungshandelsbranchen, speziell im Export, gibt.

⁵ Um bei einem Signifikanzniveau von 95 % signifikant zu sein, muss der t-Wert 1,729 übersteigen, bei einem Signifikanzniveau von 99 % muss dieser 2,539 überschreiten. Werte mit einem Stern (*) erreichen ein Signifikanzniveau von 95 %, Werte mit zwei Sternen (**) eines von 99 %.

⁶ Multikollinearität ist gegeben, wenn unabhängige Variablen im Modell korrelieren, so ist beispielhaft bei Umsatz und Beschäftigung eine solche anzunehmen. Dieser Effekt kann zu einer Über- oder Unterschätzung der Koeffizienten führen.

Tabelle 5

Regressionsmodell zum Dienstleistungshandel

	Koeffizient	
	Dienstleistungsexport	Dienstleistungsimport
Beschäftigte	0,282** (5,82)	-0,069* (-2,34)
Umsatz	0,346** (6,25)	0,762** (22,69)
Warenexport	-0,038 (-1,89)	-0,021 (-1,64)
Warenimport	-0,091** (-3,39)	-0,063** (-4,08)
Exportdummy	1,656** (11,76)	—
Importdummy	—	0,364** (5,46)
Aktive DI	0,704** (5,37)	0,309** (3,69)
Passive DI	0,375** (3,60)	0,41** (6,38)
Konstante	9,383** (24,22)	6,811** (28,34)
R-squared	0,241	0,374

Quelle: OeNB.

Anmerkung: ** Signifikanzniveau 99 %, *Signifikanzniveau 95 %, kein Stern insignifikant. t-Werte in Klammer.

beziehungen wirken ebenfalls erhöhend und der Warenhandel hat nur einen geringen Einfluss. Die Relevanz und Signifikanz der untersuchten Bestimmungsfaktoren kann durch das Regressionsmodell bestätigt werden, während präzise Voraussagen aufgrund der zunehmenden Heterogenität durch ein allgemeineres – wie das vorliegende – Modell schwieriger werden.

Weiterführende Untersuchungen sollten dahingehend angestellt werden, ob die Integration branchenspezifischer bzw. regionaler Informationen den Erklärungsgrad des Modells signifikant erhöhen können.⁷

Zusammenfassend zeichnen sich österreichische Dienstleistungsexporteur durch hohe Beschäftigung und Umsatzerlöse aus und unterhalten häufig Direktinvestitionsbeziehungen mit dem Ausland. Sie sind vorrangig in den Branchen „Verkehr und Lagerei“, „Information und Kommunikation“, „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ und „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ tätig. Importe von Dienstleistungen werden noch stärker durch den Umsatz, aber weniger durch die Größe der Unternehmen (Anzahl der Mitarbeitenden) bestimmt. Direktinvestitions-

Public acceptance of the euro in Austria over time

Elisabeth Ulbrich¹

This article analyzes the development of public support for the euro in Austria 20 years after its introduction based on OeNB Barometer survey data. We find that public satisfaction with the euro over time mirrors (1) the general performance of the Austrian economy and (2) political and economic developments in Austria and the euro area. Moreover, there is a strong correlation between respondents' attitudes toward the euro and toward the EU throughout the sample period. In relation to underlying sociodemographic characteristics of respondents, we find that negative attitudes clearly increase with age and decrease with educational attainment, while also being highly dependent on occupational status. A large majority of respondents indicated to have derived a range of benefits from the euro and consider the euro to have had a strong and positive influence on the domestic economy.

The people in whose pockets the common currency of the euro area countries arrived in 2002, three years after its launch as a virtual currency in 1999, have obviously been satisfied to different extents with the euro at different times. The changes observed over time have been neatly documented for Austria by the string of “OeNB Barometer” surveys conducted by the polling company IFES on behalf of the Oesterreichische Nationalbank (OeNB) since 1998. This year’s milestone birthday of the euro presents a good opportunity to analyze and highlight the trends in public support as they have surfaced in the past 17 years, continuing earlier investigations of public opinion made five and ten years after the introduction of the euro (Fluch et al. 2007 and 2012).

In this respect, we will address the following questions: How solid does public support for the euro continue to be in Austria – or, how big a share of the population has come to oppose the euro in Austria over time, in particular following the tough tests the euro started to face after the global financial crisis that hit the euro area in 2008? What are the sociodemographic characteristics of people who oppose the euro? Which personal benefits do Austrians associate with the single European currency today? How beneficial do Austrians see the euro for the economy, for public welfare and for monetary stability?

The paper proceeds as follows: Section 1 presents evidence about the general attitude of people in Austria regarding the euro over time as well as a discussion of the possible underlying factors. Section 2 focuses on the euro’s supporters and opponents and on how they differ in terms of their socio-economic characteristics. Section 3 examines the public perception of the euro’s benefits in Austria today, and section 4 concludes.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Communications and Financial Literacy Division, elisabeth.ulbrich@oenb.at. Opinions expressed by the authors of this study do not necessarily reflect the official viewpoint of the OeNB or the Eurosystem. The author would like to thank the reviewer as well as participants of an internal seminar for very helpful comments, as well as in particular Gert Feistritzner (IFES) and Helmut Stix (OeNB) for valuable input.

1 Polling history: 20 years of surveying public opinion on the euro in Austria

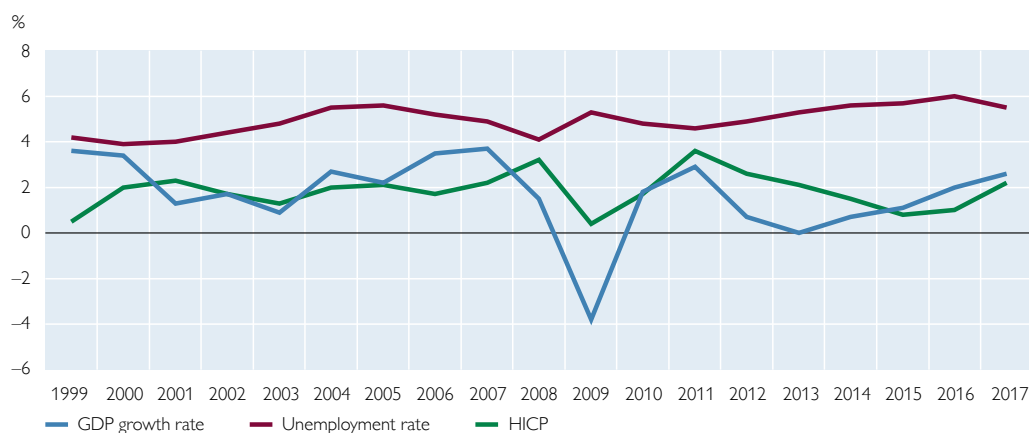
1.1 The OeNB Barometer survey

As the guardian of the currency in Austria, the OeNB regularly reaches out to the general public with awareness campaigns on how to identify genuine money and how to spot counterfeit money and moreover monitors public opinion with regard to the euro. To this end, the OeNB has been conducting regular public opinion surveys in Austria, the so-called “OeNB Barometer” surveys. The sample size of the survey, carried out by the polling company IFES, has varied over time. Initially, from 1998 to 2016, the survey was addressed to around 2,000 respondents, before the scope of the survey was narrowed to roughly 1,400 respondents. The number of surveys conducted per year has changed as well: From 1998 to 2013, the survey was conducted at quarterly intervals; in 2014, three surveys were conducted; and in 2015, the frequency was reduced to two times per year. The target population consists of randomly selected individuals aged 14 and above. The samples are obtained using multi-stage cluster random sampling. Interviews are carried out as computer-assisted face-to-face interviews. (Note that the survey-based findings reported in this paper have been weighted to render them representative for the Austrian population with respect to age, gender and region.)

Apart from measuring public satisfaction with the euro, the OeNB Barometer survey elicits information about people’s inflation expectations for the current year and asks respondents to assess the stability of the euro, rate institutional performance (e.g. the performance of the Austrian central bank, of banks in Austria and of the Austrian government) and share their opinions on the perceived benefits and drawbacks of the euro. Below, the data that have been compiled with the OeNB Barometer survey on these topics will be assessed for underlying trends as they have developed over time, broken down by the four successive stages that have emerged.

Chart 1

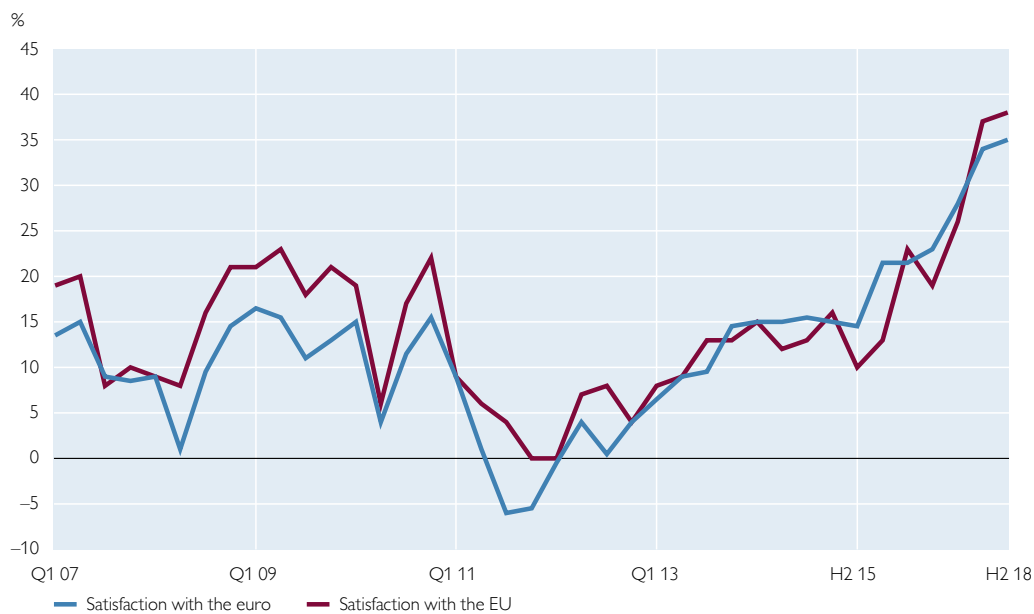
Economic Indicators for Austria (1999–2017)



Source: OeNB.

Chart 2

Satisfaction with the euro and the European Union



Source: OeNB Barometer surveys 2007–2018, author's calculations.

Note: The two indices are calculated based on the following questions: What do you think, is Austria being part of the EU a good thing or a bad thing? What is your attitude towards the euro as a whole? Positive answer categories are weighted with +1 or +0.5 and negative answer categories are weighted with -1 or -0.5.

1.2 Support for the euro over time (1999 to 2018)

Public support for the euro ultimately boils down to the question whether respondents believe that having the euro has been a good or a bad thing. With a view to framing the discussion of the available data, it should be pointed out that public opinion poll data need to be interpreted with caution. After all, public opinion is a complex phenomenon and opinion polls by definition provide a snapshot of opinion at distinct points in time. In other words, the following analysis compares different snapshots of time. It should also be kept in mind that it is hard to trace broad changes back to single and monocausal events; only a choice of influential factors can be considered here.

Regarding economic developments (see chart 1), our findings corroborate that the public's general attitude toward and satisfaction with the euro over time has been strongly dependent on the general performance of the Austrian economy, as demonstrated by Roth et al. (2018).²

Regarding political developments in the euro area and in Austria, the survey data also show a strong correlation between respondents' attitudes toward the euro and toward the EU throughout the sample period (see chart 2).

To sum it up, public support for the euro in Austria initially became increasingly broad-based between 1999 and 2008. The financial and economic crisis in 2007 and 2008 notwithstanding, this widespread trend continued until 2010.

² Roth et al. (2018) explored public opinion data on euro acceptance from all euro area members since the changeover to the euro. They found a negative and significant relationship between unemployment and public support for the euro and a negative and significant relationship between inflation and public support for the euro.

Only once the sovereign debt crisis and its consequences gained momentum did the positive attitudes toward the euro shift, creating a downward trend until late 2011 (Fluch et al. 2012). From 2013 to 2015, the euro's support figures remained broadly unchanged and started to increase in 2015, reaching a peak in 2018. The following analysis depicts these four phases.

1.2.1 Support increased strongly during cash changeover and faded somewhat until 2006

Evidence of the general public's attitude toward the euro in Austria between 2001 and 2006 is derived from the following question of the OeNB Barometer survey: "When thinking about the euro, do you have good, bad or mixed feelings?"³

At the time the new banknotes and coins were being rolled out, from the fourth quarter in 2001 to the first half of 2002, good feelings about the euro hit their peak, as shown in chart 3. The answers stating positive feelings almost doubled, rising sharply from around 28% in the fourth quarter of 2001 to almost 60% in the first quarter of 2002, and remained high until the first half of 2003. As pointed out already by Fluch et al. (2007) the OeNB's extensive efforts to inform the general public and businesses about the introduction of the new banknotes and coins, both in advance and beyond 2002,⁴ may have contributed to the positive feelings about euro cash.

Following this peak, the balance of good feelings about the euro started to decline slowly until the first half of 2004. Between the second half of 2004 and the second half of 2006 the "good feelings" balance remained at around 40%. The share of respondents having negative feelings when thinking about the euro started to slowly increase following the cash changeover in 2002. The share of respondents having mixed feelings remained between 35% and 45%.

Framing the question somewhat differently, the European Commission's Flash Eurobarometer surveys⁵ identified a positive trend in public attitude toward the euro in Austria after the changeover: While 52% of people in Austria were found to consider the euro to be advantageous in 2002, this figure had risen to 62% by 2006 (European Commission, 2002–2006).⁶

1.2.2 Support for the euro declines but remains strong during the economic and financial crisis (2007–2010)

The OeNB Barometer time series based on the question "What is your attitude toward the euro as a whole?" starts in the first quarter of 2007.⁷ In 2007, 62% of people in Austria had a (very positive or fairly positive) attitude toward the euro.⁸ This is followed by a slight downward trend that bottomed out in the second quarter

³ This wording was used until 2006.

⁴ For more details about the communication activities of the OeNB in this period, see Fluch et al. (2007).

⁵ The Flash Eurobarometer surveys are based on 1,000 face-to-face interviews.

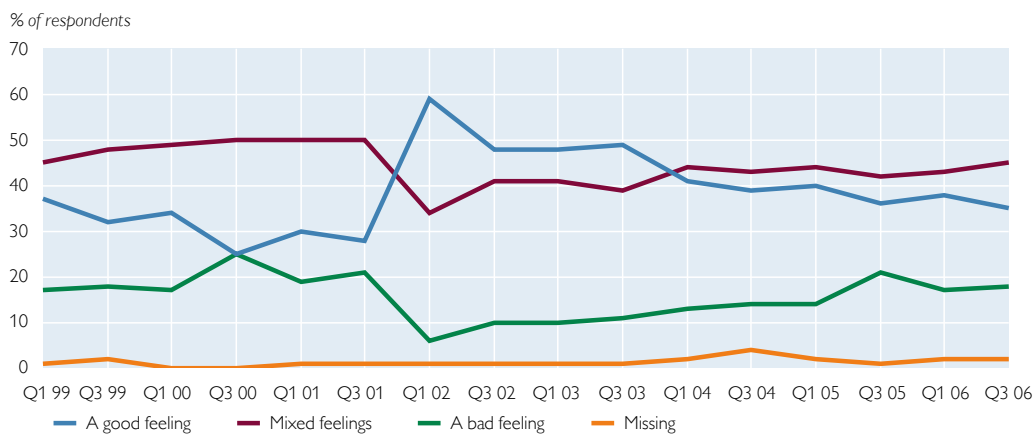
⁶ Question used in the Flash Eurobarometer (2002) survey: "In your opinion, for our (COUNTRY), is the adoption of the euro an operation that is advantageous overall and will strengthen us for the future, or rather the opposite, an operation that is disadvantageous overall and will weaken us?" In 2002, 52% of the Austrian population indicated that the adoption of the euro was going to be advantageous, 25% thought the euro would come with disadvantages and 17% said that there would be no change.

⁷ This wording differs from the wording used between 1999 and 2006 – "When thinking about the euro, do you have good, bad or mixed feelings?" – thus limiting the extent to which the corresponding data can be compared.

⁸ For ease of exposition, the first two ("very positive" and "fairly positive") and the last two categories ("fairly negative" and "very negative") are aggregated below, termed as "positive" or "negative" attitudes.

Chart 3

When thinking about the euro, do you have good, bad or mixed feelings?



of 2008 (54%). Also, the share of respondents that were somewhat or very concerned rose from 37% in the first quarter of 2007 to 45% in the second quarter of 2008.

Even though the outbreak of the economic and financial crisis brought about a deterioration of GDP in Austria⁹ this did not lead to a substantial decrease of the balance of positive attitudes toward the euro. At the time, the euro was serving as a key currency and protective shield against speculation, currency attacks and strong negative shocks (Fluch et al., 2012). In addition, the monetary policy measures adopted by the Eurosystem appear to have supported positive sentiment throughout 2009. In the second quarter of 2009 as many as 61% of the people polled in Austria thought that the “euro is a good thing,” even though the recession hit Austria with full force in that year.

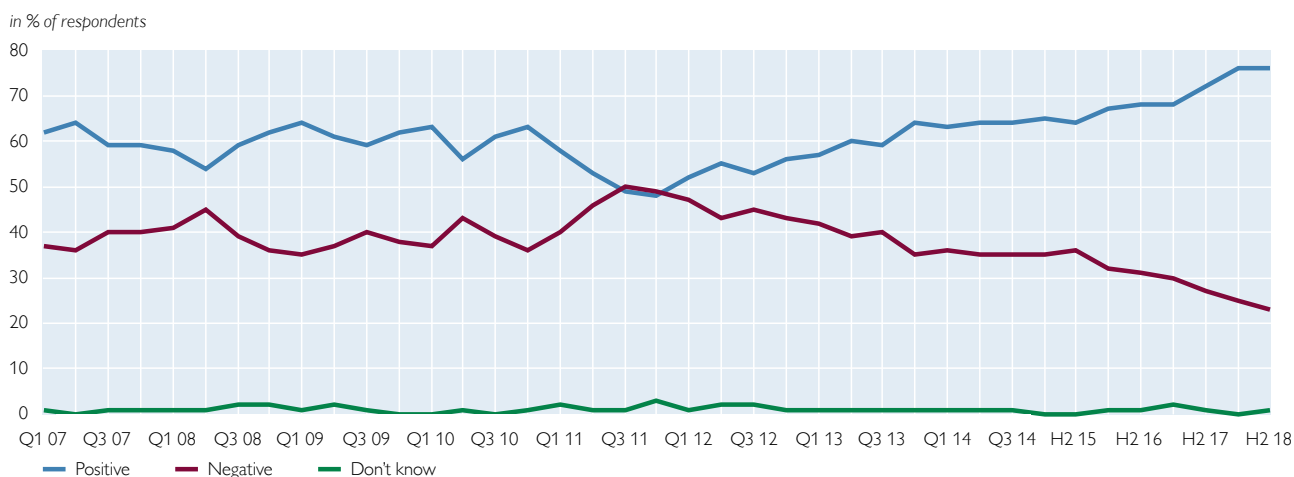
However, the attitude toward the euro in Austria subsequently underwent a change when individual euro area countries were hit by a sovereign debt crisis, on top of the economic and financial crisis, causing political discussions on government bonds and bailouts to receive widespread media coverage in 2010. The quarterly OeNB Barometer surveys from 2010 to 2011 show a steady decline of trust in the euro. In the second quarter of 2010, the ensuing drop of the trust figures left only 56% of respondents with a positive attitude toward the euro. This drop may have been associated with the debate preceding the first rescue package for Greece in May 2010.

1.2.3 Negative attitudes toward the euro amid the sovereign debt crisis¹⁰ (2011–2013)

The years from 2011 to 2013 were marked by the deepening of the sovereign debt crisis in several European countries and discussions about rescue packages for Ireland and Portugal, fiscal reforms and banking bailouts. In reaction to the crisis, the EU countries signed the Fiscal Stability Treaty in March 2012, implementing a new set of rules for better budgetary discipline. Moreover, ECB president Mario Draghi

⁹ The GDP growth rate for 2008 was not even half as high (namely 1.5%) as the rate for 2007 (3.7%), and the growth rate even turned negative in 2009, bottoming out at –3.8%. (Source: OeNB).

¹⁰ For a deeper analysis of the support of the Austrian population for the euro during the recession, see Fluch et al. (2012).

Support for the euro over time (2007–2018)

Source: OeNB Barometer surveys 2007–2018.

was compelled to promise in July 2012 to “do whatever it takes” to support economies and financial markets, thus clearly contributing to the economic recovery in the euro area at the time.

According to the quarterly OeNB Barometer surveys conducted at the time, the general attitude toward the euro deteriorated in 2010 and stayed at low levels until 2013. In the fourth quarter of 2011, the attitude figures reached an all-time low: only 48% considered the euro to be a good thing. Other surveys show similar results: According to European Commission’s Flash Eurobarometer the share of Austrians supporting the euro had declined from 69% by the end of 2010 to around 60% in fall 2011 (European Commission, 2011).

When compared with confidence values in the EU (see chart 2), the data show that confidence in the EU sank below 40% between the first quarter of 2011 and the first quarter of 2013, bottoming out in the third quarter of 2011. Chart 2 clearly indicates a strong relationship between confidence values in the euro and in the EU. The sovereign debt crisis also led to distrust in institutions, including banking institutions. In Austria, trust in banking institutions declined from just under 80% in the third quarter of 2008 to 64% in the fourth quarter of 2011. Also, trust in the Austrian central bank sank from 70% to 56% during the same period according to OeNB Barometer survey data for the period from 2008 to 2011. The decline of confidence in the euro appears to have been caused by the consequences of the financial and sovereign debt crisis and the management of the crisis rather than by the euro itself.

1.2.4 The economy recovers and trust in the euro rebounds (2013–2018)

The balance of positive attitudes toward the euro increased from 57% in the first quarter of 2013 to 65% in the first half of 2015, thus marking a slight but steady upward trend of positive attitudes toward the euro. The positive upward trend has since continued, accelerating above all in 2017 and 2018, in fact reaching a peak in the first half of 2018 with 76% of respondents supporting the euro, which is the highest share since the question was first asked in 2007. Besides the increasing

share of people supporting the euro, the second half of 2017 was also marked by a decline, to 6%, of people with a very negative attitude toward the euro.

The European Commission's annual Flash Eurobarometer survey from October 2018 confirms these developments: The very same share of Austrian respondents (76%) considered having the euro a good thing, with this figure, too, representing an all-time high since the beginning of the time series (European Commission, 2018). This compares with recent results from the Austrian Society for European Policy (ÖGfE),¹¹ according to which 57% of respondents said they had "very large" or "large" trust in the single currency (ÖGfE, 2018).

These figures in fact mirror the survey results measuring the trust of people in Austria in the EU: Between the first quarter of 2011 and the second quarter of 2015 around 40% of respondents had believed the EU to be a good thing. Since the second quarter of 2016, this figure has risen significantly, by 15%. In the second half of 2018, 55% of respondents said to have trust in the EU.

Again, the increasing support in Austria ties in with political and economic developments. First, the Austrian economy started to recover in 2014; annual GDP growth rates have since risen from 0.7% in 2014 to 2.6% in 2017. According to the OeNB's economic outlook published in late 2018, the Austrian economy is expected to have grown by 2.7% in 2018 (Fenz und Schneider, 2018). The positive economic trend has also fed through to people's perceptions: According to the OeNB Barometer, in the second half of 2018, 45% of respondents had the impression that the situation of the Austrian economy had improved compared to the previous year, compared with a corresponding rate of 29% for 2016.

Second, having constituted a shock for the political establishment in the United Kingdom and across all EU countries, the Brexit vote of June 23, 2016, initially led to increased (political) uncertainty. In Austria, meanwhile, the UK's decision to leave the EU has not been reflected by a decreasing balance of trust in the EU and the euro. On the contrary, it appears that the ongoing negotiations about the Brexit procedure have had a unifying effect on the remaining euro area member countries, which also affected public support for the euro. According to the Flash Eurobarometer this positive trend is reflected in all EU countries conducting the survey: Most recently, 64% of respondents supported the euro, which is also the highest balance since the survey was first conducted in 2002.

In the second half of 2018, the OeNB Barometer survey found a clear majority of people in Austria (88% of respondents) being convinced that the euro was here to stay, while only a small minority of people (8%) was sceptical. Further, 80% of respondents supported the idea of Austria being part of the EU, while 14% would like Austria to leave the EU. Thus, public support for the euro as well as the idea of Austria being part of the EU is strong indeed at present in Austria.

2 Sociodemographics: Who supports the euro and who doesn't?

The following section provides an overview of the different attitudes toward the euro in relation to the underlying sociodemographic characteristics of respondents.¹²

¹¹ The sample size of the ÖGfE survey varies between 500 and 1,000 interviews conducted by phone.

¹² In the second half of 2018, 76% of respondents indicated a "very positive" (22%) or a "fairly positive" (54%) attitude towards the euro, while 23% had a "fairly negative" (18%) or a "negative" attitude (5%). For ease of exposition, the first two ("very positive" and "fairly positive") and the last two categories ("fairly negative" and "very negative") are aggregated below, termed as "positive" or "negative" attitudes.

Chart 5 summarizes the responses for all respondents and for selected sociodemographic subgroups.

Unsurprisingly, there are marked differences in these attitudes across socio-demographic groups. In the second half of 2018, the share of men (80%) with a positive attitude toward the euro was slightly higher than the share of women (73%). Positive attitudes clearly decrease with age and increase with educational attainment. In terms of age, 89% of respondents aged 15 to 29 had a positive attitude toward the euro, compared with a share of 78% for respondents aged 30 to 44 and a share of 68% for respondents aged 60 or over. Among respondents with compulsory schooling, 33% opposed the euro, while only 21% of respondents with a vocational school degree and 16% of respondents with a high school degree indicated a negative attitude toward the euro. Respondents with a university degree had the highest support rates for the euro (88%). Interestingly, the correlation with respect to income is less strong and unambiguous than the correlation with age and educational attainment.

Moreover, attitudes toward the euro strongly depend on attitudes toward the EU, as illustrated in chart 2. While 94% of the respondents with a positive impression of the EU also have a positive attitude about the euro, 72% of respondents with a negative impression of the EU have a negative impression of the euro.

Further insights can be derived from respondents' occupation status. Overall, 80% of employed respondents¹³ but only 70% of unemployed respondents¹⁴ support the euro in Austria. Interestingly, school and university students have the highest shares (99%) among the supporters of the euro, followed by employees (84%), skilled blue-collar workers (82%), freelancers/self-employed people (81%) and public sector employees (76%). Respondents with the lowest shares include farmers (54%), homemakers (54%) and unskilled workers (56%). Interestingly, the size of respondents' residence is not correlated significantly with people's support for the euro. Analyzing public support for the euro, Roth et al. (2018) detected similar patterns for socio-economic variables including education, legal and employment status in all euro area countries. These results are also in line with previous results for Austria from Fluch et al. (2012).¹⁵

3 Public perception of the euro's benefits: any surprises?

The euro as a common currency had been expected to boost competition and increase price transparency and of course put an end to exchange rate risks within the euro area. The euro had also been expected to lower transaction costs and foster economic integration in the goods and financial markets. The data show that the euro has led to a period of remarkably stable prices in Austria and that, from an economic perspective, expectations have been largely met.¹⁶ How does the public view this?

In view of the 20th anniversary of the euro, the most recent OeNB Barometer survey included several new questions dealing with the benefits of the euro, such

¹³ The group of employed respondents comprises self-employed respondents, white-collar workers, civil servants and (skilled) blue-collar workers.

¹⁴ The group of unemployed respondents comprises pensioners, homemakers, school and university students and unemployed respondents in the narrow sense.

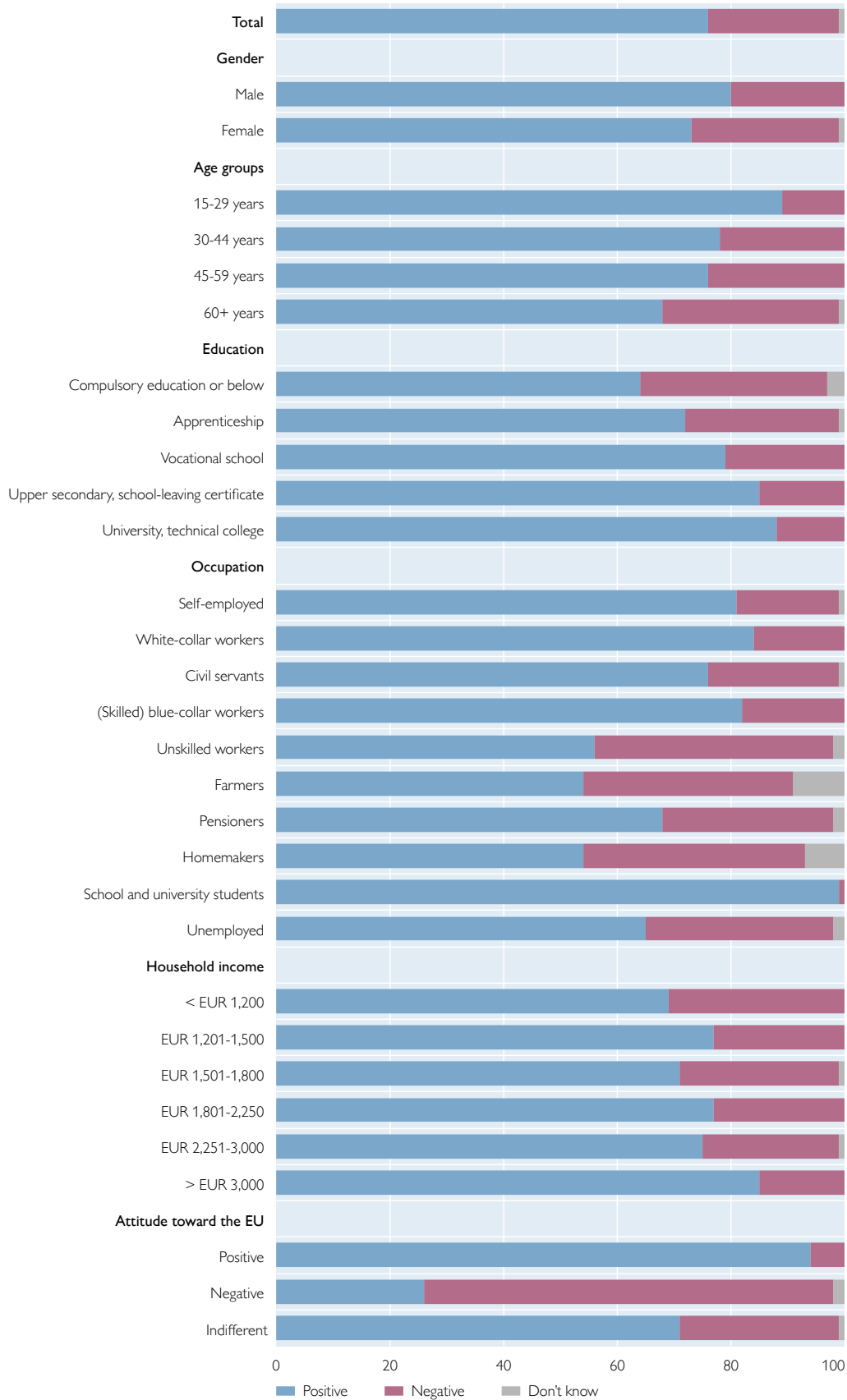
¹⁵ These results are also in line with a previous study conducted at the euro area level in 2008 (Jonung and Conflitti, 2008).

¹⁶ For further information, see Rumler and Fritzer (2019).

Chart 5

Who supports the euro and who doesn't?

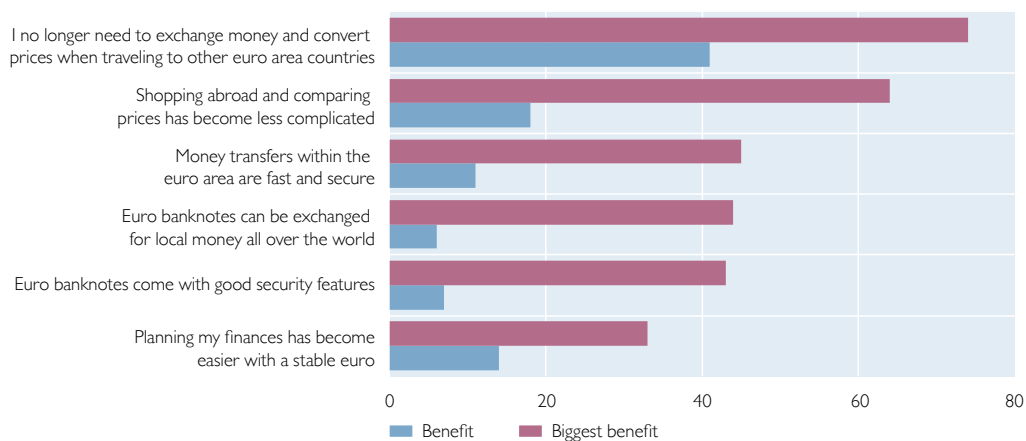
% of respondents



Source: OeNB Barometer survey (H2 18).

Which of the benefits listed below have you observed? Which has been the biggest benefit for you?

% of respondents



Source: OeNB Barometer survey (H2 18).

as “Have you personally benefited from the euro?” Indeed, nine out of ten respondents considered this to have been the case. Respondents indicating to have benefited from the euro were asked to identify specific benefits they had perceived and to name the most important among them. Unsurprisingly, about three-fourths mentioned the convenience of no longer having to exchange cash when traveling to other euro area countries. This is followed by more than 60% who said shopping abroad had become less complicated with the euro. About half of the respondents who considered themselves to have benefited from the euro considered money transfers within the euro area to be fast and secure and singled out the ease of exchanging euro banknotes and the good security features of the euro.

Survey respondents also were asked how they viewed the balance of benefits and drawbacks of the euro for Austria. Overall, the euro was clearly perceived as having been beneficial for the Austrian economy: More than 80% of respondents indicated that Austrian enterprises and the Austrian economy had clearly benefited from the euro. Furthermore, the benefits from the euro were also perceived to have fed through to economic welfare in Austria. Finally, more than 70% of respondents considered the benefits of the euro to have exceeded the drawbacks in the field of monetary policy (see chart 7).

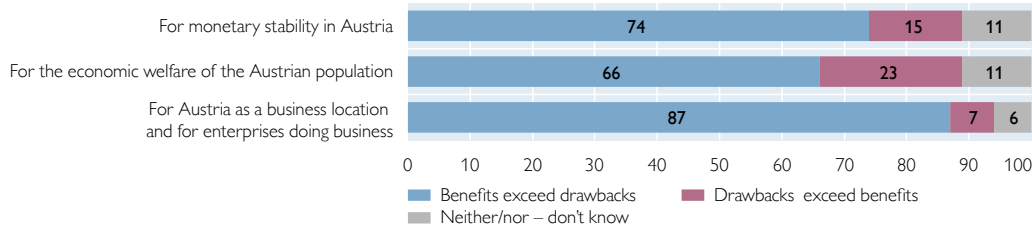
Furthermore, people in Austria consider the euro to have had a strong and positive influence on the domestic economy, as implied by the following survey results: A majority of respondents (62%) agreed or tended to agree with the statement that the euro gave us economic security during the economic crisis. As many as 57% of respondents agreed or tended to agree with the statement that the euro was helpful in overcoming the economic crisis. Concerning the perceived role of the euro during the economic crisis, however, an elevated share of respondents preferred not to select any of the positive or negative answers, which may imply a lack of solid/adequate economic understanding.

Interestingly, 85% of respondents agreed or tended to agree with the statement that the euro is a secure means of payment/safe currency. However, the impression

Chart 7

How do you see the balance of benefits and drawbacks of the euro for the following areas in Austria?

% of respondents



Source: OeNB Barometer survey (H2 18).

that most Austrians are happy with the euro is not extensively widespread in Austria (63%) and somewhat contradicts the high euro acceptance figure of 76%.

More or less two-thirds of the respondents agreed (23%) or tended to agree (37%) with the statement that the euro makes them feel European, while 37% tended to disagree or disagree. This compares with 27% of respondents across the EU and 38% in Austria who said that the euro had made them feel more European than they used to feel with national currencies in the latest Flash Eurobarometer survey conducted in October 2018.

4 Conclusion

According to OeNB Barometer survey data, public support for the euro in Austria initially became increasingly broad-based between 1999 and 2008. The financial and economic crisis in 2007 and 2008 notwithstanding, this widespread trend continued until 2010. Only once the sovereign debt crisis and its consequences gained momentum did the positive attitudes toward the euro shift, creating a downward trend until the end of 2011. From 2013 to 2015, the acceptance figures remained broadly unchanged, before starting to increase in 2015 and reaching a peak in 2018 with 76% of respondents supporting the euro.

We found public satisfaction with the euro over time to mirror (1) the general performance of the Austrian economy and (2) political developments in Austria and the euro area. Furthermore, there is a strong correlation between respondents' attitudes toward the euro and toward the EU throughout the sample period. In relation to the underlying sociodemographic characteristics of respondents, negative attitudes clearly increase with age and decrease with educational attainment, while also being highly dependent on occupational status.

Overall, nine out of ten respondents indicated to have derived benefits from the euro. Unsurprisingly, about three-fourths mentioned the convenience of no longer having to exchange cash when traveling to other euro area countries. This is followed by close to two-thirds who said shopping abroad had become less complicated with the euro.

According to the survey data, a large majority of Austrians also believe the euro to have had a strong and positive influence on the domestic economy, on doing business in Austria, and on economic welfare in Austria. Close to two-thirds of

respondents also agreed with the statement that the euro had been helpful in overcoming the economic crisis.

In short, public support for the euro and for the idea of Austria being part of the EU is strong according to the latest survey data. The euro indeed appears to have made people in Austria more European.

5 References

- European Commission. 2011–2018.** The Euro Area. Flash Eurobarometer.
- European Commission. 2002–2006.** The Euro Area, Public Attitudes and Perceptions. Flash Eurobarometer.
- Fenz, G. and M. Schneider. 2018.** From boom to stable growth in Austria. Economic outlook for Austria from 2018 to 2021 (December 2018). In: OeNB. Monetary Policy & the Economy Q4/18. 10–35.
- Fluch, M., E. Gnan and S. Schlögl. 2007.** Euro Cash in Austria Five Years after its Introduction – What the Public Thinks. In: OeNB. Monetary Policy & the Economy Q1/07. 30–54.
- Fluch, M. and S. Schlögl. 2012.** The euro – Public opinion in the ten years after the euro changeover. In: OeNB. Monetary Policy & the Economy Q1/12. 56–69.
- Isengard, B. and T. Schneider. 2002.** Informationsstand und allgemeine Grundüberzeugungen bestimmen Euro-Skepsis. Informationsdienst Soziale Indikatoren 27. 7–10.
- Jonung, L. and C. Conflitti. 2008.** Is the euro advantageous? Does it foster European feelings? Europeans on the euro after five years. European Commission. Economic Paper 313/March 2008.
- Roth, F., E. Baaske, L. Jonung and F. D. Nowak-Lehmann. 2018.** Revisiting public support for the euro, 1999-2017: Accounting for the crisis and recovery. Discussion Paper 1/18. Europa-Kolleg Hamburg, Institute for European Integration.
- Rumler, F. and F. Fritzer. 2019.** Inflation in Austria since the introduction of the euro. In: OeNB. Monetary Policy & the Economy Q1-2/19. 24–40.
- OeNB. 1998–2018.** OeNB Barometer survey.
- ÖGfE. 2018.** ÖGfE survey: 20 years after the introduction of the euro as accounting money – Austrians' trust in the common currency.

DATEN

Redaktionsschluss: 6. Mai 2019

Die jeweils aktuellsten Daten sowie weitere Indikatoren können auf der OeNB-Website www.oenb.at abgerufen werden:

Statistische Daten: www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html

Dynamische Abfrage: www.oenb.at/isaweb/dyna1.do?lang=DE&go=initHierarchie

Veröffentlichungskalender: www.oenb.at/isaweb//releasehierarchie.do?lang=DE

Tabellenübersicht

1 Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	95
2 Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	96
3 Kundenzinssätze – Neugeschäft	97
4 Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	98
5 Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors gemäß Teil 2 und 3 CRR	99
6 Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	100
7 Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	101
8 Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt	102
9 Sonstige Finanzintermediäre	103
10 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	104
11 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	105
12 Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	106
13 Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	107
14 Direktinvestitionen	108

Tabelle 1

Österreichischer Beitrag¹ zu den Euro-Geldmengen M3

Periodenendstand	2016	2017	2018	Okt. 18	Nov. 18	Dez. 18	Jän. 19	Feb. 19	März 19
<i>in Mio EUR</i>									
M3 (M2 + 1. + 2. + 3.)	313.729	326.123	352.129	345.279	347.816	352.129	351.361	351.074	352.947
1. Einlagen aus Repo-Geschäften ⁵	x	x	x	x	x	x	x	x	x
2. Begebene Geldmarktfondsanteile ²	73	54	32	48	51	32	x	x	x
3. Begebene Schuldverschreibungen von bis zu 2 Jahren ²	4.000	2.231	1.940	2.342	2.433	1.940	1.881	759	983
M2 (M1 + 4. + 5.)	309.436	323.737	350.128	342.863	345.305	350.128	349.456	350.290	351.940
4. Einlagen mit Bindungsfrist von bis zu 2 Jahren	101.261	94.381	91.959	89.135	89.988	91.959	91.850	92.881	92.405
5. Einlagen mit Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten	5.201	3.926	3.984	4.056	3.862	3.984	4.095	4.048	3.618
M1 (6.)	202.974	225.429	254.185	249.672	251.456	254.185	253.510	253.362	255.917
6. Täglich fällige Einlagen	202.974	225.429	254.185	249.672	251.456	254.185	253.510	253.362	255.917
Längerfristige finanzielle Verbindlichkeiten									
Einlagen mit Bindungsfrist von über 2 Jahren von Nicht-MFIs im Euroraum	48.825	44.497	43.049	43.667	43.135	43.049	42.781	42.787	43.128
Einlagen mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten von Nicht-MFIs (ohne Zentralstaaten) im Euroraum	66	50	56	58	58	56	58	58	337
Begebene Schuldverschreibungen von über 2 Jahren ²	97.964	91.245	101.389	101.390	101.727	101.389	103.356	103.896	105.060
Kapital und Rücklagen ³	83.635	78.593	81.237	78.700	78.906	81.237	80.547	80.755	82.135
Titrierte und nicht titrierte Kredite an Nicht-MFIs im Euroraum⁴									
Öffentliche Haushalte	118.147	122.407	121.964	123.704	123.068	121.964	121.911	122.233	119.934
Sonstige Nicht-MFIs	392.314	397.906	424.945	420.794	422.871	424.945	426.243	428.667	430.633
Buchkredite	343.289	353.447	373.681	369.941	371.754	373.681	374.984	377.175	378.136
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euroraums	73.433	70.362	65.052	63.888	60.450	65.052	60.667	63.817	67.900

Quelle: OeNB.

¹ Ohne Bargeldumlauf.

² Positionen sind um entsprechende Forderungen an im Euroraum ansässige MFIs konsolidiert.

³ Die Position „Kapital und Rücklagen“ ist um Aktien und sonstige Anteilsrechte an im Euroraum ansässige MFIs konsolidiert.

⁴ Ab dem Berichtstermin 30. Juni 2005 wird für nicht titrierte Kredite der Nominalwert (inklusive Wertberichtigungen) erhoben.

⁵ Exklusive Repogeschäfte mit Clearinghäusern.

Ausleihungen¹ innerhalb und außerhalb des Euroraums

	2016	2017	2018	Okt. 18	Nov. 18	Dez. 18	Jän. 19	Feb. 19	März 19
<i>in Mio EUR</i>									
Ausleihungen im Euroraum									
Nichtbanken-Finanzintermediäre	27.664	25.992	27.347	26.503	27.023	27.347	26.836	27.966	27.279
Vertragsversicherungen und Pensionskassen	236	35	836	1.444	1.220	836	1.195	1.136	966
Nichtfinanzielle Unternehmen	158.458	166.884	179.100	177.301	178.252	179.100	180.940	181.771	182.753
Private Haushalte	156.930	160.535	166.368	164.663	165.228	166.368	165.983	166.272	167.108
Ausleihungen für Konsumzwecke	18.925	18.768	18.346	18.371	18.285	18.346	18.328	18.419	18.536
Ausleihungen für Wohnbau	101.167	106.965	112.930	111.563	112.046	112.930	112.893	112.982	113.231
Sonstige Ausleihungen	36.838	34.802	35.092	34.729	34.898	35.092	34.762	34.871	35.341
Öffentliche Haushalte	28.428	24.762	24.816	25.652	25.972	24.816	24.701	24.615	23.749
Ausleihungen außerhalb des Euroraums									
Banken	30.849	33.302	38.366	46.114	45.170	38.366	44.611	47.801	46.167
Nichtbanken	48.088	41.932	42.785	43.824	43.369	42.785	42.773	42.915	43.720
Öffentliche Haushalte	3.227	2.645	3.408	3.080	3.067	3.408	3.377	3.062	3.018

Quelle: OeNB.

¹ Ab dem Berichtstermin 30. Juni 2005 wird für Ausleihungen der Nominalwert (inklusive Wertberichtigungen) erhoben.

Tabelle 3

Kundenzinssätze¹ – Neugeschäft

	2016	2017	2018	Okt. 18	Nov. 18	Dez. 18	Jän. 19	Feb. 19	März 19
	in %								
Einlagenzinssätze²									
von privaten Haushalten³									
mit vereinbarten Laufzeiten									
bis 1 Jahr	0,31	0,25	0,21	0,21	0,21	0,21	0,23	0,24	0,24
1 bis 2 Jahre	0,38	0,35	0,34	0,35	0,36	0,34	0,36	0,33	0,35
über 2 Jahre	0,77	0,66	0,63	0,54	0,57	0,8	0,62	0,56	0,59
von nichtfinanziellen Unternehmen³									
mit vereinbarten Laufzeiten									
bis 1 Jahr	0,23	0,1	0,12	0,03	0	-0,09	0,15	-0,05	0,02
Kreditzinssätze²									
an private Haushalte³									
für Konsum	5,12	4,96	5,11	5,14	5,09	4,98	5,24	5,17	5,08
Effektivzinssatz ⁴	7,01	6,79	7,29	7,40	7,34	7,05	7,58	7,65	7,41
Wohnbau	1,92	1,89	1,83	1,82	1,81	1,82	1,79	1,78	1,77
Effektivzinssatz ⁴	2,37	2,27	2,26	2,27	2,27	2,21	2,21	2,26	2,23
für sonstige Zwecke	2,18	2,01	1,97	1,97	1,84	1,95	1,97	1,87	1,98
freie Berufe	2,27	2,18	2,13	2,10	2,01	2,11	2,11	2,12	2,09
an nichtfinanzielle Unternehmen³									
Kredite bis 1 Mio EUR	1,92	1,80	1,82	1,85	1,83	1,78	1,86	1,88	1,87
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	1,78	1,42	1,49	1,68	1,80	1,74	1,70	1,79	1,74
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	2,21	1,94	1,92	1,91	1,85	1,80	1,91	1,90	1,91
Kredite über 1 Mio EUR	1,54	1,45	1,38	1,29	1,41	1,30	1,32	1,34	1,35
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	1,28	1,08	1,01	1,04	0,96	1,10	0,97	1,05	0,98
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	2,15	1,71	1,64	1,47	1,68	1,43	1,61	1,66	1,66

Quelle: OeNB.

¹ Der Zinssatz ist der vereinbarte annualisierte Jahreszinssatz in Prozent pro Jahr. In diesem Zinssatz sind nur etwaige unterjährige Zinskapitalisierungen, aber keine sonstigen Kosten enthalten.

² In Euro.

³ Der Subsektor „freie Berufe und selbstständig Erwerbstätige“ war bis einschließlich Mai 2004 Teil des Sektors „nichtfinanzielle Unternehmen“ und ist seit Juni 2004 im Sektor „private Haushalte“ enthalten.

⁴ Ohne „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“.

Anmerkung: Aufgrund der Änderung bei der Methodik der Meldungserhebung kommt es im Jänner 2017 zu Zeitreihenbrüchen.

Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD¹

Periodenendstand	2016	2017	2018	Q4 15	Q4 16	Q4 17	Q4 18
	<i>in Mio EUR</i>						
Aktiva							
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	66.168	71.381	75.051	58.639	66.168	71.381	75.051
Darlehen und Kredite	647.983	668.229	703.613	734.897	647.983	668.229	703.613
Schuldverschreibungen	146.955	130.021	131.620	161.865	146.955	130.021	131.620
Eigenkapitalinstrumente	8.588	8.745	5.908	9.243	8.588	8.745	5.908
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert	29.058	21.540	19.389	33.893	29.058	21.540	19.389
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden	18.329	19.871	20.894	19.965	18.329	19.871	20.894
Materielle Vermögenswerte	10.344	9.709	10.334	15.943	10.344	9.709	10.334
Immaterielle Vermögenswerte	2.661	2.970	2.939	3.011	2.661	2.970	2.939
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	16.163	16.818	16.233	18.620	16.163	16.818	16.233
Summe Aktiva/Passiva	946.248	949.283	985.981	1.056.075	946.248	949.283	985.981
Passiva							
Einlagen von Zentralbanken	10.905	23.952	24.993	16.423	10.905	23.952	24.993
Einlagen von Kreditinstituten ²	111.560	101.023	103.179	129.211	111.560	101.023	103.179
Einlagen von Nichtbanken	534.265	558.610	583.670	575.113	534.265	558.610	583.670
Begebene Schuldverschreibungen ^{2,5}	139.545	120.449	141.375	165.583	139.545	120.449	141.375
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	20.393	14.752	12.471	26.208	20.393	14.752	12.471
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	922	774	781	870	922	774	781
Nachrangige Verbindlichkeiten ⁴	18.593	15.926	0	21.738	18.593	15.926	x
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital ³	0	0	0	0	0	0	0
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten ³	4	109	1.049	5.216	4	109	1.049
Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten ⁵	22.070	19.826	19.552	24.373	22.070	19.826	19.552
Rückstellungen	12.399	12.165	12.488	13.086	12.399	12.165	12.488
Eigenkapital und Minderheitenanteile	75.590	81.698	86.423	78.256	75.590	81.698	86.423
davon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis ³	-3.505	-3.423	-6.811	-4.562	-3.505	-3.423	-6.811
Minderheitenanteile	6.270	6.338	6.402	10.231	6.270	6.338	6.402
Summe Aktiva/Passiva	946.248	949.283	985.981	1.056.075	946.248	949.283	985.981

Quelle: OeNB.

¹ Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten von Kreditinstitutgruppen (KI-Gruppen) und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Belegs „Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD“ werden quartalsweise regulatorisch konsolidierte (KI-Gruppen) und unkonsolidierte (Einzelkreditinstitute) Daten zu einer einheitlichen Darstellung der Ertrags- und Vermögenslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung automatisiert zusammengeführt. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/18 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen.

² Bis zum 1. Quartal 2018 wurden hier nachrangige Verbindlichkeiten exkludiert und in einer separaten Position dargestellt. Ab dem 2. Quartal 2018 sind hier nachrangige Verbindlichkeiten inkludiert.

³ Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden KI-Gruppen dargestellt.

⁴ Diese Position ist nur bis zum 1. Quartal 2018 verfügbar.

⁵ Bis zum 1. Quartal 2018 wurden sonstige finanzielle Verbindlichkeiten als Teil der Position „Begebene Schuldverschreibungen, sonstige finanzielle Verbindlichkeiten“ dargestellt. Seit dem 2. Quartal 2018 sind diese Teil der Position „Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten“.

Anmerkung: Datenstand: 20. März 2019.

Tabelle 5

Konsolidierte Eigenmittel gemäß Teil 2 und 3 CRR auf Basis CBD¹

Periodenendstand	Q4 17	Q1 18	Q2 18	Q3 18	Q4 18
	<i>in Mio EUR</i>				
Eigenmittel	84.983	83.964	85.041	84.306	86.529
Kernkapital (T1)	71.515	71.313	72.763	72.279	74.638
Hartes Kernkapital (CET1)	69.985	68.683	69.792	69.341	71.674
Zusätzliches Kernkapital	1.530	2.630	2.971	2.938	2.965
Ergänzungskapital (T2)	13.468	12.651	12.278	12.027	11.891
Gesamtrisikobetrag	449.451	456.279	462.049	467.957	465.623
Risikogewichtete Positionsbeträge für das Kredit-, das Gegenparteausfall- und das Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	388.687	395.066	401.229	405.452	405.766
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	2	4	25	2	6
Gesamtrisikobetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	8.321	8.795	9.126	9.965	9.108
Gesamtrisikobetrag für operationelle Risiken	47.836	47.703	47.086	47.171	44.306
Zusätzlicher Risikopositionsbeitrag aufgrund fixer Gemeinkosten ²	0	0	0	0	0
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung	2.142	2.257	2.079	1.958	1.934
Gesamtrisikobetrag in Bezug auf Großkredite im Handelsbuch	0	0	0	0	0
Sonstige Risikopositionsbeträge	2.464	2.454	2.504	3.409	4.504
	<i>in %</i>				
Harte Kernkapitalquote (CET1)	15,57	15,05	15,10	14,82	15,39
Kernkapitalquote (T1)	15,91	15,63	15,75	15,45	16,03
Gesamtkapitalquote	18,91	18,40	18,41	18,02	18,58

Quelle: OeNB.

¹ Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten von Kreditinstitutsgruppen (KI-Gruppen) und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Belegs „Konsolidierte Eigenmittel und Eigenmittelanforderungen gemäß Teil 2 und 3 CRR auf Basis CBD (Consolidated Banking Data) 67“ werden quartalsweise regulatorisch konsolidierte (KI-Gruppen) und unkonsolidierte (Einzelkreditinstitute) Daten zu einer einheitlichen Darstellung der Eigenmittelausstattung des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung automatisiert zusammengeführt. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/18 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen.

² Risikopositionsbeträge von regulatorisch konsolidierten Wertpapierfirmen.

Anmerkung: Datenstand: 29. Jänner 2019.

Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD¹

Periodenendstand	Q4 17	Q4 18
	in Mio EUR	
Zinsergebnis, netto	14.536	15.210
davon: Zinsen und ähnliche Erträge	22.572	23.819
(Zinsen und ähnliche Aufwendungen)	8.036	8.609
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital) ²	0	0
Dividenderträge	543	628
Provisionsergebnis, netto	6.885	7.097
davon: Provisionserträge	9.370	9.528
(Provisionsaufwand)	2.485	2.431
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto ³	340	195
Gewinne oder (-) Verluste aus Ausbuchungen von Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, netto für UGB-Banken ⁴	x	1
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto ³	95	-628
Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto ^{2,4}	x	-96
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP ³	372	1.171
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung nichtfinanzieller Vermögenswerte, netto ⁴	x	14
Sonstige betriebliche Erträge	2.434	3.112
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	2.368	2.681
Betriebsserträge, netto	22.837	24.023
(Verwaltungsaufwendungen)	13.985	14.232
davon: (Personalaufwendungen)	8.415	8.602
(Sachaufwendungen)	5.570	5.631
(Abschreibungen)	969	1.084
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nichtfinanziellen Vermögenswerten) ³	198	122
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen) ³	-401	225
Betriebsergebnis	8.087	8.361
(Rückstellungen oder (-) Wertaufholung für Kreditrisiko)	72	18
(Sonstige Rückstellungen) ³	111	60
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung für mit Anschaffungskosten bewerteten Darlehen, Kredite und Schuldtitel) ⁴	x	353
(Sonstige Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten) ⁴	x	7
(Wertberichtigungen im Kreditgeschäft) ⁵	833	x
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten) ⁵	33	x
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert ³	281	38
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	1.149	1.064
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuft langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen ²	16	-131
Änderungsgewinne oder -verluste (-), netto für IFRS ^{2,4}	x	65
Außerordentliches Ergebnis ⁵	1	x
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	8.484	8.959
(Ertragssteuern)	1.250	1.444
Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen	7.234	7.515
Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG-Melder ⁴	x	-9
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern ²	25	14
(Minderheitenanteile) ³	682	605
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	6.577	6.916

Quelle: OeNB.

¹ Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten von Kreditinstitutsgruppen (KI-Gruppen) und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Belegs „Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD“ werden quartalsweise regulatorisch konsolidierte (KI-Gruppen) und unkonsolidierte (Einzelkreditinstitute) Daten zu einer einheitlichen Darstellung der Ertrags- und Vermögenslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung automatisiert zusammengeführt. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/18 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldedatentagen kommen.

² Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden KI-Gruppen dargestellt.

³ Ab dem 1. Quartal 2018 ergibt sich eine Erhöhung der Meldepopulation für diese Positionen.

⁴ Diese Position ist erst ab dem 1. Quartal 2018 verfügbar.

⁵ Diese Position ist nur bis zum 4. Quartal 2017 verfügbar.

Anmerkung: Werte für das gesamte bisherige Geschäftsjahr in Mio EUR - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt. Datenstand: 20. März 2019.

Tabelle 7

Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)

	2016		2017		2018		Q2 18		Q3 18	
	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	568	0,3	644	0,4	702	0,4	638	0,4	668	0,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	351	0,2	440	0,3	444	0,3	487	0,3	477	0,3
Herstellung von Waren	21.466	12,7	21.312	12,3	21.712	12,4	21.883	12,3	22.477	12,7
Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	5.936	3,5	5.595	3,2	4.907	2,8	5.336	3,0	5.068	2,9
Bau	10.872	6,5	12.596	7,3	13.333	7,6	13.652	7,6	13.686	7,8
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	15.084	8,9	15.000	8,6	15.133	8,6	15.468	8,7	15.336	8,7
Beherbergung und Gastronomie	7.290	4,3	7.511	4,3	7.772	4,4	7.592	4,3	7.675	4,3
Verkehr und Lagerei	7.791	4,6	7.751	4,5	6.280	3,6	7.620	4,3	6.956	3,9
Information und Kommunikation	1.290	0,8	1.234	0,7	988	0,6	1.163	0,7	985	0,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	54.413	32,3	57.720	33,2	60.172	34,3	59.948	33,6	59.517	33,7
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	19.215	11,4	19.974	11,5	19.583	11,2	20.487	11,5	19.198	10,9
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	5.429	3,2	5.767	3,3	5.183	3,0	5.655	3,2	5.583	3,2
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	1.786	1,1	1.580	0,9	1.275	0,7	1.534	0,9	1.456	0,8
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.368	0,8	1.450	0,8	1.490	0,9	1.584	0,9	1.450	0,8
Solidarkreditnehmergruppen	15.700	9,3	15.080	8,7	16.201	9,2	15.486	8,7	15.955	9,0
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	168.558	x	173.652	x	175.174	x	178.534	x	176.486	x
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	168.558	23,1	173.652	24,2	175.174	26,7	178.534	24,1	176.486	26,4
Sonstige inländische Kreditnehmer	27.802	3,8	27.597	3,8	28.667	4,4	27.902	3,8	28.312	4,2
Öffentlicher Sektor	67.657	9,3	61.182	8,5	48.706	7,4	59.949	8,1	50.040	7,5
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	206.530	28,3	207.085	28,9	194.338	29,6	211.489	28,6	190.605	28,6
Ausland¹	132.133	18,1	127.387	17,8	112.661	17,2	137.683	18,6	124.800	18,7
Euroraum ohne Österreich	128.124	17,5	120.470	16,8	97.181	14,8	124.231	16,8	97.089	14,5
Summe Kredite gem. ZKR – alle Sektoren	730.803	x	717.372	x	656.726	x	739.788	x	667.333	x

Quelle: OeNB.

¹ Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

Anmerkung: Die Meldepflicht für Vertragsversicherungen sowie für KAGs, Immo-KAGs und BVKs endete mit dem Meldetermin 31.08.2018. Darüber hinaus kommt es ab dem Meldetermin 30.09.2018 zu einem Datenbruch bei der Meldung von Leasinggesellschaften.

Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt¹

	2016		2017		2018		Q2 18		Q3 18	
	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ²	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ²	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ²	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ²	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ²
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	559	98,4	625	97,0	697	99,3	613	96,1	653	97,8
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	327	93,2	414	94,1	441	99,3	461	94,7	462	96,9
Herstellung von Waren	20.021	93,3	19.885	93,3	21.575	99,4	20.432	93,4	21.458	95,5
Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	5.496	92,6	5.050	90,3	4.900	99,9	4.821	90,3	4.837	95,4
Bau	10.543	97,0	12.299	97,6	13.308	99,8	13.312	97,5	13.498	98,6
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	14.055	93,2	14.065	93,8	14.995	99,1	14.547	94,0	14.709	95,9
Beherbergung und Gastronomie	7.098	97,4	7.330	97,6	7.770	100,0	7.419	97,7	7.537	98,2
Verkehr und Lagerei	6.038	77,5	5.993	77,3	5.957	94,9	5.795	76,0	5.929	85,2
Information und Kommunikation	1.011	78,4	952	77,1	983	99,5	883	75,9	954	96,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	51.919	95,4	55.270	95,8	60.151	100,0	57.531	96,0	58.633	98,5
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	17.580	91,5	18.618	93,2	19.565	99,9	19.121	93,3	18.933	98,6
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	4.843	89,2	5.068	87,9	5.004	96,5	4.885	86,4	4.952	88,7
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	1.500	84,0	1.292	81,8	1.272	99,8	1.228	80,1	1.226	84,2
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.262	92,3	1.324	91,3	1.466	98,4	1.463	92,4	1.373	94,7
Solidarkreditnehmergruppen	15.595	99,3	14.986	99,4	16.100	99,4	15.392	99,4	15.893	99,6
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	157.847	93,6	163.173	94,0	174.187	99,4	167.904	94,0	171.047	96,9
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	157.847	93,6	163.173	94,0	174.187	99,4	167.904	94,0	171.047	96,9
Sonstige inländische Kreditnehmer	27.575	99,2	27.399	99,3	28.637	99,9	27.715	99,3	28.183	99,5
Öffentlicher Sektor	59.545	88,0	51.326	83,9	28.637	58,8	50.108	83,6	48.975	97,9
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	183.706	88,9	187.039	90,3	194.306	100,0	191.100	90,4	184.573	96,8
Ausland ²	119.036	90,1	110.413	86,7	112.656	100,0	121.441	88,2	123.961	99,3
Euroraum ohne Österreich	102.177	79,7	92.528	76,8	97.162	100,0	95.921	77,2	95.885	98,8
Summe Kredite gem. ZKR – Kreditinstitute insgesamt	649.887	88,9	631.877	88,1	655.650	99,8	654.188	88,4	652.624	97,8

Quelle: OeNB.

¹ Die Meldepflicht für Vertragsversicherungen sowie für KAGs, Immo-KAGs und BVKs endete mit dem Meldetermin 31.08.2018. Darüber hinaus kommt es ab dem Meldetermin 30.09.2018 zu einem Datenbruch bei der Meldung von Leasinggesellschaften.

² Bezogen auf alle Sektoren (siehe Tabelle 7).

³ Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

Tabelle 9

Sonstige Finanzintermediäre

	2016	2017	2018	Q3 17	Q4 17	Q1 18	Q2 18	Q3 18	Q4 18
<i>in Mio EUR</i>									
Investmentfonds									
Bereinigtes Fondsvolumen (abzüglich der „Fonds-in- Fonds“-Veranlagungen)	148.684	156.179	148.940	153.720	156.179	154.436	155.437	156.153	148.940
Veränderung des bereinigten Fondsvolumens	4.753	7.495	-7.235	1.958	2.459	-1.742	1.005	716	-7.214
Bereinigte Nettomittelveränderung	628	3.383	1.150	899	1.156	887	577	327	-641
Kapitalveränderung durch Ausschüttungen zum Ex-Tag	1.453	1.417	1.353	301	604	291	244	231	587
Kapitalveränderung durch Kurswert- veränderungen und Erträge	5.578	5.529	-7.032	1.360	1.907	-2.338	672	620	-5.986
Pensionskassen									
Vermögensbestand	20.882	22.234	21.494	21.933	22.234	22.224	22.271	22.285	21.494
in Euro	20.488	21.770	21.045	21.464	21.770	21.719	21.761	21.821	21.045
in Fremdwährung	394	464	448	468	464	504	509	464	448
Inländische Investmentzertifikate	17.140	18.197	17.010	17.938	18.197	17.997	17.945	18.031	17.010
Ausländische Investmentzertifikate	2.656	3.001	3.369	3.039	3.001	3.224	3.270	3.301	3.369
Versicherungen¹									
Inländische Schuldverschreibungen	x	16.403	15.864	15.868	15.864	15.702	15.759	15.370	15.091
Ausländische Schuldverschreibungen	x	37.814	39.049	38.882	39.049	38.586	38.575	38.385	38.074
Inländische Anteilswerte und sonstige inländische Wertpapiere	x	17.267	15.974	18.431	15.974	15.899	15.455	15.255	14.194
Ausländische Anteilswerte und sonstige ausländische Wertpapiere	x	5.215	5.314	5.307	5.314	5.411	5.250	5.480	5.492
Investmentfondsanteile	x	33.676	34.538	33.804	34.538	34.322	34.537	34.840	33.028
Summe der Aktiva	x	139.079	137.155	140.797	137.155	137.345	136.647	135.619	133.082

Quelle: OeNB.

¹ Seit dem 3. Quartal 2016 wird die Versicherungsstatistik gem. EZB-VO 2014/50 anhand der aufsichtsrechtlichen Solvency II-Daten gem. RL 2009/138/EG erhoben.

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen im vierten Quartal 2018

	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
--	-------------------------------	-----------------------------------	--------------------------------	-----------------------	---	----------------------	----------------------	-------------------	--	------------------------------------

Bestände in Mio EUR

Geldvermögen

Währungsgold und Sonderziehungrechte (SZR)	x	12.139	12.139	x	x	x	x	x	x	2.110
Bargeld	1.590	7.381	7.115	0	45	221	0	23.511	0	3.227
Täglich fällige Einlagen	56.809	129.600	108.223	7.050	9.946	3.260	1.120	153.561	5.450	85.904
Sonstige Einlagen	19.523	162.772	150.460	1.035	10.625	414	238	101.536	1.364	46.221
Kurzfristige Kredite	33.622	74.144	69.402	4	3.735	1.003	0	2.422	0	24.172
Langfristige Kredite	103.281	399.519	376.238	186	17.823	5.257	15	193	12	79.383
Handelskredite	55.750	37	1	0	36	0	0	14	4	19.249
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	130	2.799	2.344	423	32	0	0	1.424	13	9.730
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	5.097	309.078	173.768	78.820	3.038	53.027	423	27.804	1.354	288.761
Börsennotierte Aktien	23.175	46.329	4.145	23.806	17.220	1.159	0	22.393	823	49.788
Nicht börsennotierte Aktien	40.447	90.700	23.046	159	59.605	7.857	34	2.816	21	25.571
Investmentzertifikate	12.010	142.046	15.421	55.295	17.513	33.158	20.658	57.263	2.728	19.052
Sonstige Anteilsrechte	185.863	105.728	27.934	2.016	71.160	4.618	0	122.915	1.686	180.333
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	77.168	x	1.925
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	2.678	3.921	0	0	0	3.921	0	3.408	0	1.140
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	44.825	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	11.457	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	9.022	14.267	6.075	15	7.217	841	118	8.535	12	6.839
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	548.997	1.500.460	976.312	168.810	217.995	114.737	22.607	661.244	13.467	843.405

Über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR

Geldvermögensbildung

Währungsgold und Sonderziehungrechte (SZR)	x	74	74	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	55	2.059	2.178	0	16	-135	0	787	0	-45
Täglich fällige Einlagen	3.685	17.189	13.019	1.468	1.589	735	379	17.783	398	2.449
Sonstige Einlagen	-1.092	3.267	2.408	-234	1.131	-104	66	-6.874	-74	679
Kurzfristige Kredite	1.260	9.774	8.329	1	1.350	94	0	513	0	4.200
Langfristige Kredite	4.598	9.805	12.412	-11	-2.862	266	0	-62	-4	-11.896
Handelskredite	5.636	9	-1	0	10	0	0	-1	0	521
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	46	1.165	1.147	1	18	0	0	75	5	2.043
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-651	3.567	6.288	-900	-58	-1.801	39	-1.766	-62	-5.041
Börsennotierte Aktien	-847	896	524	314	52	6	0	4	-4	-1.921
Nicht börsennotierte Aktien	-1.577	-1.348	140	64	-1.676	132	-7	74	-1	1.138
Investmentzertifikate	336	-305	-191	-1.284	901	27	242	2.068	117	-155
Sonstige Anteilsrechte	-124	4.787	-751	-119	5.657	1	0	363	9	6.695
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	-1.385	x	-76
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	-4	-118	0	0	0	-118	0	-5	0	125
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	122	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	1.045	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	349	-2.245	-1.492	29	-579	-233	30	266	3	-1.148
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	11.671	48.578	44.085	-670	5.548	-1.132	748	13.007	388	-2.433
Nettogeldvermögen	-276.836	5.602	16.395	-4.700	-19.749	11.250	2.406	469.551	10.417	-14.804
Finanzierungssaldo	-961	-2	-2.322	-1.807	2.383	1.007	737	7.571	430	-7.536

Quelle: OeNB.

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten im vierten Quartal 2018

	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Bestände in Mio EUR										
Verbindlichkeiten										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR) ¹	x	2.110	2.110	x	x	x	x	x	x	12.139
Bargeld	x	33.556	33.556	x	x	x	x	x	x	2.357
Täglich fällige Einlagen	x	426.443	426.443	x	x	x	x	x	x	25.540
Sonstige Einlagen	x	252.762	252.762	x	x	x	x	x	x	86.966
Kurzfristige Kredite	49.415	14.217	0	97	11.700	2.418	1	9.996	465	59.948
Langfristige Kredite	255.413	30.817	0	168	29.951	678	20	178.882	2.371	112.133
Handelskredite	52.571	79	40	0	39	0	0	55	1	20.898
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	532	5.082	5.079	x	3	0	0	x	x	2.182
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	38.442	146.352	131.818	0	11.307	3.227	0	x	x	182.877
Börsennotierte Aktien	77.776	36.358	25.825	x	5.416	5.117	x	x	x	43.881
Nicht börsennotierte Aktien	35.799	59.357	48.600	508	3.761	6.315	172	x	x	83.983
Investmentzertifikate	x	172.695	32	172.664	0	0	x	x	x	70.311
Sonstige Anteilsrechte	282.422	181.330	19.674	72	161.473	111	0	x	11	137.638
Lebensversicherungsansprüche	x	74.403	x	x	0	74.403	x	x	x	4.690
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	8.390	x	x	0	8.390	x	x	x	2.757
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	14.463	30.236	7.928	x	0	2.301	20.007	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	11.457	0	0	11.457	0	0	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	18.999	9.216	6.051	1	2.636	527	0	2.760	201	9.910
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	825.833	1.494.858	959.917	173.509	237.744	103.487	20.201	191.693	3.049	858.209

Über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR

	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Finanzierung										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR) ¹	x	0	0	x	x	x	x	x	x	74
Bargeld	x	2.295	2.295	x	x	x	x	x	x	606
Täglich fällige Einlagen	x	39.729	39.729	x	x	x	x	x	x	-1.278
Sonstige Einlagen	x	-5.930	-5.930	x	x	x	x	x	x	1.756
Kurzfristige Kredite	5.794	2.691	0	-129	1.950	876	-6	330	-83	6.458
Langfristige Kredite	-1.575	-2.108	0	-64	-1.574	-475	5	4.823	39	1.728
Handelskredite	5.747	40	30	0	10	0	0	7	0	389
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-15	1.465	1.510	x	-45	0	0	x	x	533
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-2.165	4.545	6.403	x	-1.219	-639	0	x	x	-1.995
Börsennotierte Aktien	-3.103	159	137	x	22	0	0	x	x	1.071
Nicht börsennotierte Aktien	729	341	235	x	7	48	0	x	x	-2.847
Investmentzertifikate	x	1.277	-3	1.280	0	0	0	x	x	1.273
Sonstige Anteilsrechte	6.663	5.205	2.012	21	3.154	17	0	x	-1	-517
Lebensversicherungsansprüche	x	-1.749	0	x	0	-1.749	0	x	x	288
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	29	0	x	0	29	0	x	x	-30
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-127	249	138	x	0	100	12	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	1.045	0	0	1.045	0	0	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	683	-702	-149	-22	-185	-345	0	275	2	-2.407
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	12.632	48.581	46.407	1.137	3.165	-2.139	11	5.436	-42	5.103
Nettogeldvermögen	-276.836	5.602	16.395	-4.700	-19.749	11.250	2.406	469.551	10.417	-14.804
Finanzierungssaldo	-961	-2	-2.322	-1.807	2.383	1.007	737	7.571	430	-7.536

Quelle: OeNB.

¹ Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, der eine imputierte Verbindlichkeit des Auslands gegenübergestellt wird.

Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global

		2016	2017	2018	Q1 18	Q2 18	Q3 18	Q4 18
		<i>in Mio EUR</i>						
Leistungsbilanz	Netto	8.825	7.217	8.987	5.540	848	692	1.907
	Credit	219.194	231.763	247.144	62.360	60.369	60.968	63.447
	Debet	210.369	224.546	238.157	56.821	59.521	60.276	61.539
Güter	Netto	1.881	872	4.487	1.358	1.786	1.098	245
	Credit	130.510	139.261	151.764	37.515	38.526	37.292	38.431
	Debet	128.629	138.390	147.277	36.157	36.740	36.194	38.186
Dienstleistungen	Netto	10.770	10.151	10.298	5.971	602	1.293	2.433
	Credit	55.629	59.191	62.860	17.310	13.571	15.956	16.023
	Debet	44.860	49.040	52.561	11.339	12.969	14.663	13.590
Primäreinkommen	Netto	-406	-982	-2.037	-786	-596	-904	249
	Credit	27.951	27.894	27.248	6.284	7.029	6.431	7.503
	Debet	28.357	28.877	29.285	7.070	7.625	7.335	7.254
Sekundäreinkommen	Netto	-3.421	-2.823	-3.762	-1.003	-944	-795	-1.020
	Credit	5.104	5.416	5.272	1.250	1.243	1.289	1.490
	Debet	8.524	8.240	9.035	2.254	2.187	2.084	2.510
Vermögensübertragungen	Netto	-372	-253	-299	-115	-67	-1	-116
	Credit	984	322	422	86	64	136	137
	Debet	1.356	575	721	200	131	137	253
Kapitalbilanz	Netto	10.671	8.995	7.536	7.894	-1.200	394	448
Direktinvestitionen i.w.S.	Netto	1.882	44	-8.652	-923	-289	-6.921	-519
Forderungen	Netto	-24.726	13.702	732	3.192	49	261	-2.771
Verpflichtungen	Netto	-26.608	13.658	9.384	4.116	338	7.182	-2.252
Direktinvestitionen i.e.S.	Netto	5.550	-470	-7.087	-985	-451	-6.251	601
Im Ausland	Netto	-1.836	9.373	-632	2.236	384	-4.236	983
In Österreich	Netto	-7.386	9.843	6.454	3.222	836	2.015	382
Portfolioinvestitionen	Netto	23.699	18.816	4.500	1.805	-424	1.078	2.039
Forderungen	Netto	5.354	7.830	-1.189	-441	51	2.193	-2.992
Anteilsbriefe und Investmentzertifikate	Netto	8.240	9.767	2.043	1.214	826	933	-931
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	Netto	-2.977	-692	-3.852	-1.540	-979	1.043	-2.377
Geldmarktpapiere	Netto	92	-1.245	620	-115	204	217	315
Verpflichtungen	Netto	-18.345	-10.986	-5.688	-2.246	475	1.115	-5.032
Anteilsbriefe und Investmentzertifikate	Netto	1.071	4.594	-3.261	-1.461	-873	52	-978
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	Netto	-20.353	-10.991	-4.471	-2.425	1.953	2.649	-6.648
Geldmarktpapiere	Netto	937	-4589	2.043	1.639	-605	-1.586	2.594
Sonstige Investitionen	Netto	-14.965	-5.850	10.323	4.562	109	6.695	-1.043
Forderungen	Netto	-19.152	7.496	5.681	13.686	-1.319	911	-7.596
davon Handelskredite	Netto	216	1.450	191	1.144	-116	-114	-723
davon Kredite	Netto	-4.950	-460	5.047	813	1.936	1.808	491
davon Bargeld und Einlagen	Netto	-14.888	6.587	448	12.688	-3.141	-759	-8.341
Verpflichtungen	Netto	-4.187	13.346	-4.642	9.124	-1.428	-5.784	-6.553
davon Handelskredite	Netto	1.105	1.240	713	205	135	194	180
davon Kredite	Netto	3.002	3.257	-8.249	1.124	-4.207	-5.094	-72
davon Bargeld und Einlagen	Netto	-8.206	9.285	3.083	7.870	2.529	-1.122	-6.194
Finanzderivate	Netto	-395	-905	-755	-376	-388	-106	116
Offizielle Währungsreserven	Netto	451	-3.110	2.120	2.825	-208	-352	-145
Statistische Differenz	Netto	2.218	2.031	-1.152	2.469	-1.980	-297	-1.344

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2015 endgültige Daten, 2016 und 2017 revidierte Daten, 2018 provisorische Daten.

Tabelle 13

Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland

	Q1 17 – Q4 17			Q1 18 – Q4 18		
	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto
	<i>in Mio EUR</i>					
Dienstleistungen	59.191	49.040	10.151	62.860	52.561	10.299
Gebühren für Lohnveredelung	1.698	2.058	-360	1.686	2.421	-735
Reparaturdienstleistungen	656	707	-52	714	863	-149
Transport	13.987	14.329	-343	14.629	14.903	-273
Internationaler Personentransport	1.839	1.870	-32	1.850	1.906	-56
Frachten	9.873	11.253	-1.380	10.342	11.808	-1.468
Transporthilfsleistungen	1.599	854	743	1.739	849	890
Post- und Kurierdienste	677	350	327	699	340	359
Reiseverkehr	18.111	9.454	8.657	19.457	10.143	9.315
Geschäftsreisen	2.439	1.468	972	2.667	1.449	1.217
Urlaubsreisen	15.672	7.987	7.685	16.791	8.694	8.098
Bauleistungen	779	659	119	872	648	225
Versicherungsdienstleistungen	435	903	-467	472	937	-465
Finanzdienstleistungen	2.360	1.861	498	2.407	1.843	564
Finanzdienstleistungen im engeren Sinn	935	857	78	1.023	888	135
unterstellte Bankgebühr (FISIM)	1.425	1.005	420	1.384	955	430
Patente, Lizenzen, Franchise und Handelsmarken	1.147	1.580	-433	1.174	1.666	-493
Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	5.791	4.474	1.317	6.239	5.133	1.106
Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen	13.202	11.723	1.480	14.204	12.592	1.613
Forschungs- und Entwicklungsleistungen	2.308	1.027	1.280	2.465	1.002	1.462
Rechts- und Wirtschaftsdienste, Werbung und Marktforschung	3.390	4.185	-796	3.609	4.382	-772
Technische Dienstleistungen	3.657	2.100	1.556	3.811	2.448	1.364
Dienstleistungen für Landwirtschaft, Bergbau und Recycling	97	64	33	109	78	32
Operational Leasing	595	276	320	640	291	349
Handelsleistungen	1.027	1.288	-260	1.126	1.334	-209
Übrige unternehmensbezogene Dienstleistungen	2.128	2.782	-653	2.444	3.056	-614
Dienstleistungen für persönliche Zwecke, für Kultur und Erholung	520	1.193	-672	548	1.311	-762
Regierungsleistungen, a.n.g.	502	99	402	454	103	350
Dienstleistungsverkehr nach Regionen						
EU-28	45.458	38.857	6.602	48.377	41.704	6.674
davon Euroraum-19	35.971	28.014	7.956	38.284	29.922	8.361
davon Deutschland	24.162	14.537	9.625	25.612	15.532	10.080
davon Italien	2.804	2.807	-3	2.763	3.004	-241
davon Vereinigtes Königreich	2.399	1.965	434	2.614	2.210	405
davon Ungarn	1.580	1.654	-74	1.654	1.734	-82
Extra-EU-28	13.733	10.185	3.550	14.482	10.858	3.625
davon Schweiz	4.720	2.020	2.701	4.856	2.222	2.634
davon USA	1.879	2.022	-145	2.050	2.151	-100
davon Russische Föderation	824	714	110	1.017	677	341
davon China	537	379	157	677	426	252

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2015 endgültige Daten, 2016 und 2017 revidierte Daten, 2018 provisorische Daten.

Transaktionen Aktiver Direktinvestitionen

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	
	<i>in Mio EUR</i>									
nach Komponenten										
Transaktionen	Netto	7.237	15.763	10.203	11.725	-547	6.335	-1.836	9.373	-632
Eigenkapital	Netto	3.239	12.341	5.523	7.268	-3.040	3.772	-4.488	7.602	-3.079
Neuinvestitionen (+)	Netto	12.499	21.981	20.457	20.310	32.554	16.723	21.292	20.303	10.930
Desinvestitionen (-)	Netto	9.260	9.640	14.934	13.042	35.595	12.951	25.779	12.701	14.010
Reinvestierte Gewinne	Netto	2.210	2.091	947	1.306	-1.114	650	5.025	3.739	2.161
Sonstiges DI-Kapital ¹	Netto	1.788	1.332	3.733	3.152	3.607	1.913	-2.373	-1.967	286
Forderungen (+)	Netto	1.697	-1.261	1.415	4.502	3.263	1.851	-1.982	-161	2.827
Verbindlichkeiten (-)	Netto	-90	-2.592	-2.318	1.351	-345	-62	391	1.807	2.541
nach Zielregion										
Global		7.237	15.763	10.203	11.725	-547	6.335	-1.836	9.373	-632
EU-28		1.137	7.125	3.215	9.549	1.502	3.666	5.455	6.297	-3.475
Deutschland		673	3.476	-952	2.924	-805	543	1.160	-103	-543
Italien		131	-137	699	-949	-339	508	734	-80	575
Vereinigtes Königreich		-45	1.090	-208	1.130	-806	-15	747	-657	-930
Niederlande		856	-44	-4.352	5.335	5.183	-910	6227	4.840	-2.280
Ungarn		136	390	227	-357	-214	661	-753	-276	-552
Tschechische Republik		692	371	1.400	819	356	610	-922	576	384
Rumänien		461	744	825	789	-1.056	1.195	-918	425	310
Extra-EU-28		6.101	8.638	6.988	2.176	-2.050	2.668	-7.291	3.076	2.842
Schweiz		651	590	1.294	-210	362	589	1.119	371	-1.603
Türkei		1.251	1.676	1.540	-1.503	428	191	-2.430	-1.228	336
USA		165	791	537	1.602	1.115	583	-193	228	1.336
Russland		1.235	1.386	686	917	247	392	-468	1.706	184
China ⁴		690	624	-263	-440	-173	127	243	544	306
Europa		4.823	12.114	8.659	11.143	1.579	5.182	3.685	6.358	-5.250
Euroraum-19		1.463	3.390	84	6.965	3.808	794	10.144	5.024	-2.366
CESEE ³		3.168	6.165	4.928	2.464	-3.254	4.423	-6.359	3.274	154

Transaktionen Passiver Direktinvestitionen

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	
	<i>in Mio EUR</i>									
nach Komponenten										
Transaktionen	Netto	1.945	7.636	3.105	4.308	3.450	1.341	-7.386	9.843	6.454
Eigenkapital	Netto	1.619	7418	1.753	5.113	4.547	2.729	-6.033	4.770	5.992
Neuinvestitionen (+)	Netto	14.380	13.825	7.152	11.456	21.327	13.250	8.938	17.833	29.494
Desinvestitionen (-)	Netto	12.761	6.407	5.399	6.343	16.781	10.521	14.971	13.064	23.502
Reinvestierte Gewinne	Netto	964	1.839	237	-2.654	-2.564	570	3.442	4.772	3.247
Sonstiges DI-Kapital ²	Netto	-639	-1.620	1.114	1.849	1.468	-1.958	-4.795	302	-2.785
Forderungen (+)	Netto	596	4.012	-279	-265	658	-726	5.244	1.000	1.745
Verbindlichkeiten (-)	Netto	-43	2.392	835	1.584	2.125	-2.685	449	1.302	-1.040
nach Herkunftsregionen										
Global		1.945	7.636	3.105	4.308	3.450	1.341	-7.386	9.843	6.454
EU-28		3.795	3.846	2.962	-939	-778	7.703	-9.776	6.287	7.870
Deutschland		-255	2.490	2.466	1309	-1.421	3.460	176	2.288	3.524
Italien		2.418	273	-689	-1.724	-1.019	1.207	-6.904	262	338
Vereinigtes Königreich		538	433	-325	430	-1.221	614	52	562	179
Niederlande		1.340	-235	485	1.127	1.183	1.708	-3.769	742	3.325
Luxemburg		134	74	147	1.081	926	814	777	1.947	920
Belgien		238	63	-281	-311	24	-28	-31	-63	80
Spanien		289	64	320	-66	-444	-193	239	-3	-14
Frankreich		197	123	110	-678	196	-442	-258	500	-93
Extra-EU-28		-1.850	3.791	142	5.247	4.228	-6.362	2.389	3.556	-1.416
Schweiz		556	701	-355	311	-349	103	712	909	359
USA		-1.441	-559	-609	-565	155	-3.193	116	-4.761	-423
Russland		254	591	624	3.663	559	69	-211	6.746	-877
Japan		-161	174	51	-30	773	-207	-57	-27	304
Europa		4.400	5.990	3.061	2.954	-620	8.061	-9.178	13.306	7.422
Euroraum-19		3.318	3.116	3.038	108	521	7.045	-10.063	5.930	7.630
MOEL ³		24	824	603	3.561	511	188	-121	6.678	-860

Quelle: OeNB.

¹ Nettogewährung Konzernkredite bei Aktiven Direktinvestitionen: Nettoveränderung der Forderungen abzüglich Nettoveränderung der Verpflichtungen.² Nettogewährung Konzernkredite bei Passiven Direktinvestitionen: Nettoveränderung der Verpflichtungen abzüglich Nettoveränderung der Forderungen.³ Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.⁴ Einschließlich Hongkong.

Anmerkung: Bis 2015 endgültige Daten, 2016 und 2017 revidierte Daten, 2018 provisorische Daten.